

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



Oktober 2023

Inklusive Ruder-Regatta am SoVD-Aktionstag „tag des wir“

Begrüßung neuer Mitglieder

Was bietet sich besser an, den SoVD kennenzulernen, als der „tag des wir“? Ein Tag, der den Zusammenhalt und das Miteinander in der Gemeinschaft vorlebt. Ein Tag, der Barrieren überwindet, die Inklusion stärkt und die Werte des SoVD nach außen trägt!

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Landesvorsitzende, und Sebastian Freese, Bundesvorsitzender der SoVD-Jugend, begrüßten das Publikum mit den Worten: „Wir sind dankbar für solche Momente, die uns daran erinnern, wie wichtig es ist, sich gemeinsam für eine vielfältige und offene Gesellschaft einzusetzen! Lasst uns gemeinsam feiern an dieser historischen Stätte und neue Kontakte knüpfen“. Grußworte gab es auch von der SoVD-Vorstandsvorsitzenden Michaela Engelmeier.

Landesgeschäftsführerin Birgit Domröse begrüßte die neuen Mitglieder und stellte diese ihren zuständigen Kreis- und Ortsvorsitzenden vor. Schnell ergaben sich unterschiedlichste Fragen bezüglich der monatlichen Mitgliedertreffen, Veranstaltungen, aber auch zum ehrenamtlichen Engagement im Verband. Die Vorsitzenden der Kreis- und Ortsverbände gaben gerne Auskunft und nahmen die neuen Mitglieder unter ihre Fittiche.

Die Regatta fand im Rahmen des „tag des wir“ statt. Mehrere SoVD-Landesverbände organisierten an dem SoVD-Aktionstag Veranstaltungen, die Menschen mit und ohne Behinderungen und unterschiedlicher Herkunft zusammenbringen.

Sportler*innen verschiedener Altersklassen mit und ohne Behinderungen legten bei der Ruderregatta eine Strecke von 500 Metern zurück und saßen dabei buchstäblich in einem Boot. Die Wettkämpfe wurden in den Kategorien Para, Mixed und Inklusion ausgetragen. Alle Teilnehmenden erhielten Medaillen und Urkunden. Michaela Engelmeier und Thomas Härtel,



Fotos (3): Ronny Behnert

Thomas Härtel, Präsident Landessportbund Berlin, Ursula Engelen-Kefer und Matthias Wodtke, Landesruderverband Berlin.



Auch die Jüngsten waren dabei und erhielten eine Medaille. Rechts die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier.

Präsident des Landessportbundes Berlin, nahmen die Ehrungen gemeinsam vor.

Abseits der Strecke gab es ein buntes Programm für Kinder und Familien. Ein begeistertes Publikum erlebte spannende Rennen und feuerte die Sportler*innen an.

Zu Gast waren die Abgeordnete Catrin Wahlen (Die Grünen)

sowie weitere Vertreter*innen der Berliner Politik und der Berliner Verbändelandschaft, wie Thomas Härtel, Präsident des Landessportbundes Berlin, Patrick Meinhardt, der Bundesgeschäftsführer des Taxi- und Mietwagenverbandes Deutschland, und Steffen Sambil, Vorstandsmitglied der Sportjugend Berlin.



Alle gemeinsam im voll besetzten Ruderboot auf der Dahme.

Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,

das Ehrenamt ist die tragende Säule unseres Verbandes!

Einst gegründet im Jahre 1917 in Berlin, zunächst als Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsschädigten, sind wir heute eine starke, bundesweite Gemeinschaft von circa 600.000 Mitgliedern. Wir verstehen uns als eine soziale, humanitäre und sozialpolitische Selbsthilfeorganisation, die sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat bekennt.

Unabhängig von parteipolitischen und weltanschaulichen Interessen ist der SoVD generationsübergreifend für alle Menschen offen.

Als Landesvorsitzende möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, junge Menschen für unseren Verband zu begeistern und ermutigen sich ehrenamtlich zu engagieren. Bei uns im SoVD verstehen sich Jung und Alt als Partner für ihre Aufgaben. Daraus ergeben sich wiederum besondere Chancen, seine persönlichen Fähigkeiten und Erfahrungen einzubringen, leicht Kontakte zu anderen Menschen zu knüpfen und sich mit unserer Unterstützung weiter zu entwickeln.

Die Möglichkeiten, sich bei uns zu engagieren, sind vielfältig. Gemeinsam finden wir eine passende Aufgabe, die Spaß macht, Sinn stiftet und damit anderen helfen kann. Zum Beispiel als Digital-Pate oder -Patin zur Unterstützung älterer Menschen beim Kennenlernen der digitalen Welt und im Umgang mit Internet, Smartphone & Co. Oder im Besuchsdienst: Dabei geht vor allem darum, einsamen Menschen Zeit und Aufmerksamkeit zu schenken. Unsere Ehrenamtskoordinatorin in der Landesgeschäftsstelle fungiert als Ansprechperson und Begleiterin im Ehrenamt.

Wir wollen und müssen jünger werden, ein wahres Zukunftsprogramm. Wir bauen Generationenbrücken für ein gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen und setzen uns für eine inklusive und solidarische Gesellschaft ein, die allen jungen Menschen, mit und ohne Behinderungen, Chancengleichheit ermöglicht. Sport ist dabei ein gutes Modell, wie unser Aktionstag „tag des wir“ im August gezeigt hat, bei dem Sportlerinnen und Sportler mit und ohne Behinderungen in verschiedenen Altersklassen bei der Ruderregatta buchstäblich in einem Boot saßen.

Habe ich Dein / Ihr Interesse für ein ehrenamtliches Engagement bei uns im Verband geweckt?

Ich freue mich auf Deinen / Ihren Anruf!

Eure Ursula Engelen-Kefer, Landesvorsitzende



Ursula Engelen-Kefer



Schenke Zeit, Wärme und Aufmerksamkeit. Ehrenamt im SoVD.

www.sovd-bbg.de/ehrenamt

Sozialverband Deutschland
Landesverband Berlin-Brandenburg

SOVD

SoVD kritisiert Kranken- und Pflegekassen

Leichtere Anerkennung von Pflegestufe 3!

„Die Prüfung und Abstellung der Verletzung von Patientenrechten durch die gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung“ mahnt die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer in einem Schreiben an die Berliner Gesundheitssenatorin Ina Czyborra an.

Von der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden Medikamente abgelehnt, die für bestimmte Krankheiten zugelassen sind, aber in speziellen Fällen auch für andere Erkrankungen verschrieben werden. Die in den Informationsschreiben der GKV an die Versicherten enthaltene Rechtsbehelfsbelehrung ist so unverständlich formuliert, dass für Betroffene der irrtümliche Eindruck entsteht, dass noch Verhandlungs- oder Nachbesserungsmöglichkeiten bestehen. Wird dann aus Unkenntnis nicht fristgemäß Widerspruch erhoben, ist der Bescheid der GKV bestandskräftig. Außerdem hat der SoVD feststellen müssen, dass Widerspruchsverfahren von der GKV übermäßig hinausgezögert werden. Dies belastet insbesondere ältere und gesundheitlich eingeschränkte Versicherte unnötig.

Ein besonders schwerwiegendes Problem stellt der SoVD als Rechtsvertretung bei den Auseinandersetzungen seiner Mandant*innen mit den Pflegekassen fest, wenn es um die Anerkennung von Pflegestufen geht. Dies gilt vor allem beim Übergang von Pflegestufe 2 zu Pflegestufe 3. Häufig werden lebensnotwendige, kostenaufwendige Hilfen für pflegebedürftige Menschen erst mit der Pflegestufe 3 gewährt. Die Verweigerung des Übergangs von Pflegestufe 2 zu 3 bedeutet somit eine nicht vertretbare Härte im Lebensalltag für die Pflegebedürftigen gleichermaßen wie für die Pflegepersonen.



Mitarbeiter*innen der SoVD-Landesgeschäftsstelle berieten bei den Sozialtagen in Marzahn auch zur Inklusion.

Inklusionsberatung in Marzahn

Die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland sieht vor, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben verbessert wird. Dies betrifft das Arbeitsleben, die Bildung sowie das soziale Leben.

Um die Inklusion in Marzahn-Hellersdorf voranzutreiben, haben vier Inklusionsberater*innen die Arbeit im Bezirk aufgenommen. Sie bieten Beratung für Menschen mit Behinderungen aller Altersklassen sowie deren Angehörige an und informieren über Freizeitangebote im Sozialraum und unterstützen bei der Maßnahmenplanung.

In einer Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Stadtverband Berlin Ost präsentierte Thomas Trintzek von der Integrationsberatung in Marzahn seine Arbeit und beantwortete Fragen. Vermittelt hatte seine Teilnahme an der Versammlung Elisabeth Schmidek, Mitglied im Vorstand des Ortsverbandes und im Behindertenbeirat Marzahn-Hellersdorf. Dabei wurde die breite Palette der verschiedenen Integrationsmaßnahmen angesprochen, für Menschen im höheren Lebensalter, mit Behinderungen sowie mit Migrationshintergrund.

SoVD-Spaziergang „Historische Geländeführung Campus Charité Mitte“

Ein Stück Berliner Geschichte

Die Teilnehmenden des SoVD-Spazierganges erhielten einen faszinierenden Einblick in die Geschichte der Charité. Der historische Rundgang führte die reiche Vergangenheit des Krankenhauses vor Augen und ließ die bedeutende Entwicklung dieses medizinischen Zentrums hautnah miterleben.

Die Charité ist ein Berliner Institution und weit über die Stadt hinaus bekannt. Die Anfänge des Krankenhauses gehen in das Jahr 1710 zurück. Ursprünglich als Pesthaus vor den Toren Berlins von König Friedrich I. errichtet, wurde es nach der überstandenen Pest ein Hospiz für Bedürftige, ein Arbeitshaus für Bettler und eine Entbindungsanstalt für unehehlich schwangere Frauen. 1727 benannte König Friedrich Wilhelm I. das Gebäude in Charité um und etablierte es als Lazarett, Krankenhaus und Ausbildungsstätte für Militärärzte.

Traditionsreiches Haus mit bewegter Geschichte

1795 wurde die Militärärztliche Bildungsanstalt „Pépinière“ gegründet, die später in „Friedrich-Wilhelm-Institut“ umbenannt wurde. Über die Jahrhunderte behielt die Charité ihre Rolle als klinische Schule für Militärärzte. Nach der Gründung der Berliner Universität im Jahr 1810 wurden auf dem Gelände der Charité Universitätskliniken und -institute zur Ausbildung ziviler Ärzte errichtet.

Das Gelände erfuhr mehrere bauliche Veränderungen, darunter den Neubau zwischen 1896 und 1917. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wurden die historischen Gebäude saniert. Die medizinischen Fakultäten „Rudolf-Virchow-Klinikum“ und „Charité“ fusionierten 1997 zur „Medizinischen Fakultät Charité der Humboldt-Universität zu Berlin“ und das größte Universitätsklinikum Europas entstand.



Während des Rundgangs gab es viele Informationen zur Geschichte der Charité. Im Hintergrund die Psychiatrische Klinik.



Eine Büste ehrt Friedrich Althoff. Er war maßgeblich für den Umbau des Geländes im frühen 20. Jahrhundert verantwortlich.

Im Jahr 2010 feierte die Charité ihr 300-jähriges Bestehen und knüpft damit an ihre Tradition als renommierte medizinische Einrichtung an.

Insgesamt bot der Spaziergang eine anregende Gelegenheit, die historischen Wurzeln

der Charité kennenzulernen und ihre bedeutende Entwicklung im Laufe der Zeit nachzuvollziehen. Ein Ort voller Wissen, Innovation und Hingabe, alle waren begeistert von den Schätzen, die sie entdecken durften!

Überfüllte Züge verkomplizieren Reisen für Menschen mit Behinderung

Probleme beim 49-Euro-Ticket

Für 49 Euro im Monat unbegrenzt nach Lust und Laune mit Bus und Bahn durch ganz Deutschland fahren, das hört sich denkbar einfach an, doch nach Einführung des Deutschlandtickets gibt es immer noch viele Stolpersteine. Diese Hürden betreffen besonders Menschen mit Behinderungen.

Der SoVD fordert: Bei Erwerb und Nutzung der verbilligten ÖPNV-Tickets ist Barrierefreiheit umzusetzen!

Es kann nicht sein, dass das Deutschlandticket nur online oder in langen Schlangen vor den Schaltern zu erwerben ist.

Infolge der Überfüllung vieler Regionalzüge, die Pendler*innen zu ihren Arbeitsstätten oder auch Urlauber*innen in die Erholungsgebiete befördern, überleben nur die „Fittesten“.

Menschen mit vielfältigen Behinderungen bleiben auf der Strecke.

Das widerspricht dem Gebot einer inklusiven Gesellschaft gemäß UN-Behindertenrechtskonvention. Daher muss der Zugang zu Bahnhöfen und Bahnsteigen flächendeckend barrierefrei gestaltet sein. „Erforderlich sind auch Hilfen des Zugpersonals beim Zugang zu den Zügen und die Möglichkeit der Reservierung von genügend

Plätzen für Menschen mit Behinderungen im Zug“, fordert die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer.

„Barrierefreiheit fängt bereits beim Weg von der Wohnung zum ÖPNV an. Deshalb ist der Berliner Senat gefordert, die öffentliche Förderung der Umrüstung zu Inklusionstaxis fortzuführen und mit der Taxirückmeldung dafür zu sorgen, dass Inklusionstaxis besser genutzt werden.“

Projekt ist gut angelaufen und soll ausgeweitet werden – SoVD-Besuchsdienst hat ähnliche Zielrichtung

Hausbesuche gegen Einsamkeit im Alter

Wie kann ich an der Gemeinschaft in meinem Umfeld teilhaben, meine Gesundheit erhalten und meine Selbstständigkeit auch im Alter bewahren? Das Pilotprojekt „Berliner Hausbesuche“ ist genau auf diese und ähnliche Fragen älterer Menschen ab 70 plus zugeschnitten. Die Senatsverwaltung Wissenschaft, Gesundheit und Pflege hat dazu ein Projekt entwickelt.

In Berlin gibt es eine Fülle von Unterstützungsmöglichkeiten und Beratungsstellen, auch für Senior*innen, aber nur wenige kennen die Vielfalt der Angebote insbesondere in ihrem direkten Umfeld. Die „Berliner Hausbesuche“, die im Sommer 2021 gestartet wurden, sollen das ändern.

Der Malteser Hilfsdienst hat als Träger des Projektes ein Team aus Sozialarbeiter*innen, Gesundheitswissenschaftler*innen und erfahrenen Pflegekräften als Lots*innen zusammengestellt. Sie knüpfen vor Ort Kontakte zu wichtigen Netzwerkpartner*innen, binden diese ein und führen individu-

elle Beratungsgespräche durch. Der erste Kontakt erfolgt über ein persönliches Informationsschreiben des Wohnbezirkes. So werden Senior*innen ab 70 Jahren gezielt angesprochen. Die Terminvereinbarung machen die Interessierten dann selbst. Auf diesem Wege sollen möglichst viele Menschen über 70 vor dem Erreichen der Hochaltrigkeit kontaktiert werden.

Viele Alleinlebende in der Hauptstadt

Die Lots*innen haben für die Besuche und die Beantwortung der Fragen der Senior*innen ausreichend Zeit, im Schnitt sind es anderthalb Stunden.

Für die Senatsverwaltung sind die „Berliner Hausbesuche“ ein voller Erfolg, denn so haben ältere Berliner*innen auch im Alter die Chance, ein abwechslungsreiches, vitales und selbstbestimmtes Leben zu führen und mit ihrem sozialen Umfeld in Kontakt bleiben. Ein zunehmend wichtiger Aspekt, denn Berlin ist die Stadt mit den meisten Singlehaushalten.

Viele Senior*innen vereinsamen im Alter, weil Freund*innen oder Partner*innen selbst nicht mehr mobil sind oder versterben. So wird das vertraute soziale Netz immer dünner und im Alter neue Kontakte oder sogar



Das Projekt „Berliner Hausbesuche“ geht auf Ältere zu und vermittelt ihnen Kontakt.

Freundschaften zu knüpfen ist vielfach schwerer als in jungen Jahren.

Hausbesuche sollen ausgeweitet werden

Das sind auch die Gründe, warum der SoVD Berlin-Brandenburg seit über 30 Jahren einen ehrenamtlichen Besuchsdienst hat und er auch Teil des neuen Netzwerkes für Senior*innen ist. Die Nachfrage ist hier wie dort groß.

Der 1000. „Berliner Hausbesuch“ fand deshalb erheblich früher als erwartet schon am 9. August statt. Als Ausdruck der Wertschätzung begleitete die Berliner Pflegesektorin Ina Czyborra die Lots*innen bei diesem Besuch und verschaffte sich so einen eigenen Eindruck. Die Auswertung hat gezeigt,

dass fast ein Viertel der Besuchten auch direkt vom vermittelten Folgekontakt profitiert hat. Mittlerweile wurde das Projekt auf sieben Bezirke ausgeweitet: in den Ortsteilen Charlottenburg, Hohenschönhausen, Lankwitz, Mariendorf, Marzahn-Hellersdorf, Reinickendorf und dem Allendeviertel in Köpenick steht Berliner*innen das kostenlose Informationsangebot jetzt zur Verfügung. Wie im Koalitionsvertrag vorgesehen ist ein Ausbau des Angebotes in den kommenden Jahren geplant. Der SoVD wird weiterhin am Ball bleiben.

Mehr Informationen zu dem kostenlosen Angebot „Berliner Hausbesuche“ gibt es unter www.berliner-hausbesuche.de sowie unter Tel.: 030/34 80 03 255.

Mehr als 100 Gesetze und Verordnungen auf einen Blick verfügbar

Gesetze zur Barrierefreiheit

Viele Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene enthalten Anforderungen zur Barrierefreiheit. Ab sofort finden alle Interessierte auf der Website der Bundesfachstelle Barrierefreiheit eine umfassende Rechtssammlung.

Die Sammlung umfasst erstmalig sämtliche Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene, die Barrierefreiheit betreffen; zurzeit sind es über 110 Schriftstücke. Sie bietet nicht nur einen Überblick über die vorhandenen Gesetzestexte, die rechtliche Regelungen für die Barrierefreiheit beinhalten, sondern zeigt auch die Vielfalt der Barrierefreiheit auf. Der Fokus liegt auf dem Bundesrecht, für die landesrechtlichen Vorschriften soll die Sammlung als Beispiel dienen, das in den Bundesländern übernommen und fortgesetzt werden kann.



Die Rechtssammlung ist abrufbar auf www.bundesfachstelle-barrierefreiheit.de/rechtssammlung. Nutzer*innen haben verschiedene Möglichkeiten, die Sammlung zu durchsuchen. Hier drei Beispiele:

Barrierefreiheit

Der Begriff Barrierefreiheit wird in Deutschland nicht einheitlich verwendet. Nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) spricht man von Barrierefreiheit, wenn Menschen mit und ohne Behinderung eine von Menschen gestaltete Umwelt gleichermaßen nutzen können. In diesem Sinne bedeutet Barrierefreiheit eine allgemeine Gestaltung für einen unbestimmten Personenkreis. Da es nur um Gestaltungen geht,

Rund um Barrierefreiheit und Behinderung sind viele Dinge zu beachten. Eine digitale Gesetzessammlung hilft jetzt dabei.

die der Mensch vornimmt, bezieht sich Barrierefreiheit zum Beispiel nicht auf die Natur, die bewusst unberührt bleiben soll. Von Barrierefreiheit spricht man zum Teil auch dann, wenn man individuelle Barrieren abbauen möchte und diese auf eine bestimmte Person bezogen sind – also auf bekannte Nutzerinnen und Nutzer. Auch den Abbau von Vorurteilen zählt man teilweise zum Begriff Barrierefreiheit.

Braille-Schrift

Die Braille-Schrift ist eine tastbare Blindenschrift. Sie ermöglicht blinden und stark sehbehinderten Menschen das Lesen. Die Schrift wurde im

Jahr 1825 vom Franzosen Louis Braille entwickelt. Sie besteht aus Punkten, die dreidimensional auf Papier gedruckt werden und dadurch haptisch erfassbar sind. Mit der Erfindung der Braille-Schrift bekamen blinde Menschen erstmals die Möglichkeit, sich auch schriftlich auszudrücken.

Blind

Wann in Deutschland ein Mensch als blind gilt, ist in der Versorgungsmedizin-Verordnung (VersMedV) zum Bundesversorgungsgesetz geregelt. Danach ist ein Mensch blind, dessen Sehvermögen weniger als 2 Prozent beträgt.

Herzlichen Glückwunsch

Im Namen des gesamten Vorstandes sowie des Mitarbeiter*innenteams wünschen wir unseren Mitgliedern von Herzen alles Gute, beste Gesundheit, Glück und zahlreiche positive Überraschungen für das neue Lebensjahr!

Besondere Glückwünsche gehen an:

- 90 Jahre:** 23.10.: Margot Einst, Berlin; 28.10.: Annemarie Jestremski, Glienicke.
- 91 Jahre:** 16.10.: Günter Büch, Berlin.
- 92 Jahre:** 8.10.: Kurt Rösicke, Hoppegarten; 13.10.: Günter Döberschütz, Berlin.
- 93 Jahre:** 6.10.: Willy Kempka, Berlin.
- 94 Jahre:** 5.10.: Karla Struck, Berlin; 30.10.: Hildegard Hanke, Berlin.
- 96 Jahre:** 3.10.: Waltraud Heyll, Altruppin; 9.10.: Gertrud Vierrath, Berlin; 11.10.: Ursula Triebke, Guben; 24.10.: Udo Dittberner, Berlin.
- 97 Jahre:** 22.10.: Irene Schulz, Berlin.
- 98 Jahre:** 3.10.: Ellen Frieda Minna Mund, Berlin.

- Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband:
- für 35 Jahre:** 1.10.: Christa Fischer, Berlin; 1.10.: Ursula Grimm, Berlin; 21.10.: Jörn Kühn, Berlin.
- für 40 Jahre:** 16.10.: Renate Siebert, Berlin.
- für 45 Jahre:** 5.10.: Marlies Schönfeld, Berlin; 16.10.: Rita Korsch, Berlin.
- für 50 Jahre:** 1.10.: Wolfgang Bieski, Berlin.

Stand: 24. August 2023

5 Termine und Ansprechpartner*innen im SoVD Berlin-Brandenburg

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem etwaigen Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: post@sovd-bbg.de.

Sozial- und Rechtsberatung: dienstags 9–12 Uhr und 13–15 Uhr sowie donnerstags 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, E-Mail: sozialberatung@sovd-bbg.de.

Geschäftsführung: Birgit Domrose, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: birgit.domrose@sovd-bbg.de.

Mitgliederverwaltung / Buchführung: Bernhard Kippert, Tel.: 030/26 39 38 14, E-Mail: bernhard.kippert@sovd-bbg.de.

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ross-ritterbusch@sovd-bbg.de und ehrenamt@sovd-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Lofßin, E-Mail: Ute.Lossin@sovd-bbg.de.

Landesgeschäftsstelle

Jeden Mittwoch, 14–16 Uhr: SoVD-Hörbibliothek. Wer möchte uns dabei ehrenamtlich unterstützen?

20. Oktober, 11 Uhr: SoVD-Spaziergang: Besuch der Polizeihistorischen Sammlung. Treffpunkt: 10.45 Uhr, Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin.

Bitte anmelden bei: post@sovd-bbg.de.

25. Oktober, 15.30–17.30 Uhr: Unser Mittwoch digital, offener digitaler LernRaum für Senior*innen.

26. Oktober, 14.30–16.30 Uhr: Angeleitete Gruppe für pflegende An- und Zugehörige.

Anmeldungen: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Kreisverband Berlin-Ost

Sozialberatung nach telefonischer Vereinbarung.

Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl oder Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

10. Oktober, 14 Uhr: Mitgliedertreffen. Ort: Kommunale Begegnungsstätte „Rusche 43“, Ruschestraße 43, 10367 Berlin.

Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

Ansprechpartner: Michael Nakoinz, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Ansprechpartner: Bodo Feilke, Tel.: 030/81 78 682, E-Mail: kv.charwil@sovd-bbg.de.

Ortsverband Charlottenburg

17. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Stadtteilzentrum Nehringstraße 8, 14059 Berlin.

Ab Oktober finden im Roulaendhaus keine Mitgliedertreffen mehr statt.

Ortsverband Wilmersdorf

19. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen. Vortrag der Feuerwehr über Brandschutz. **Ansprechpartner:** Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.

28. Oktober: Frauenstammtisch, „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin. **Anmeldung bei Barbara Kubanke,** Tel.: 030/38 12 703, E-Mail: babsika@gmx.de.

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

10. Oktober, Tagesfahrt mit Kuhstall-Safari und Altdeutschem Mittagsbuffet in der Schlemmerstube Kolkwitz, Goßmar 47, 15926 Heideblick. **Anmeldung:** Edith Massow, Tel.: 0173 27 29 497 (mobil).

16. Oktober, 16 Uhr: Mitgliedertreffen. Beratung durch einen Referenten der Polizei über Betrügereien am Telefon und Internet. Gäste sind herzlich willkommen. Ort: Gemeindefsaal ev. Dorfkirche Alt-Buckow 36-38, 12349 Berlin

Ansprechpartnerin: Edith Massow, Tel.: 030/26 39 38 03, E-Mail: kv.neukoelln@sovd-bbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

6. Oktober, Ehrenamtliche Beratung, nur nach telefonischer Absprache. Tel.: 030/263 938 05.

8. Oktober, 10 Uhr: Mitgliedertreffen mit Frühstücksbuffet und sozialpolitischem Austausch. **Anmeldungen bis 2. 10. erforderlich.** Tel.: 030/263 938 05.

15. Oktober, 14 Uhr: Mitgliedertreffen. „Gemütlicher Nachmittag“ mit herbstlichen Köstlichkeiten, sozialpolitischem Austausch und mehr. **Anmeldungen bis 10.10.** Tel.: 030/263 938 05.

20. Oktober, Ehrenamtli-

che Beratung, nur nach telefonischer Absprache. Tel.: 030/263 938 05

Alle Veranstaltungen: Geschäftsstelle, Eichborndamm 96, 13403 Berlin, Anfahrt: Bus 221, Bus 322, S25 (Haltestelle S-Bahnhof Eichborndamm).

Ansprechpartnerin und Anmeldungen bei Angelika Golombek, Tel.: 030/26 39 38 05, E-Mail: kv.reinickendorf@sovd-bbg.de. **Sorgentelefon:** 030/54 49 77 71.

Kreisverband Spandau

Sozialberatung: dienstags 10–12 Uhr, Nachmittagstermine nach Vereinbarung. **Ansprechpartner:** Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau-Mitte

18. Oktober, 14 Uhr: Mitgliedertreffen. Sozialpolitische Informationen mit Kaffeetafel. Havelterassen, Spandauer Burgwall 27-29, 13581 Berlin.

26. Oktober, 18.45 Uhr: Mitgliedertreffen. Traditionelle Erntedank-Veranstaltung „Wir fahren Korn ein“. Ort: Seniorenklub „Am Lindenufer“, Mauerstr. 10 A, 13597 Berlin. **Ansprechpartnerin:** Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

19. Oktober, 18.30 Uhr: Mitgliedertreffen. Vortrag von Karl-Heinz Bannasch über das Kriegsende 1945 in Spandau.

28. Oktober, Sozialpolitischer Spaziergang. Ort: Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. **Ansprechpartnerin:** Susanne Witte, Tel.: 030/26 39 809, E-Mail: SoVD_OV_Spandau_Nord-Sued@gmx.de.

Ortsverband Falkensee

Ansprechpartner: Roland Harnoth, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

19. Oktober, 15 Uhr: Die Präventionsabteilung der Berliner Polizei berichtet über aktuelle Entwicklungen bei Betrugsdelikten. Ort: Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, erreichbar mit Bus M82, X83.

21. Oktober, 13 Uhr: Sozialpolitisches Herbsttreffen, Eisbeinessen. Thema: „Für wen wird eigentlich die Sozialpolitik gemacht?“ Ort: Restaurant Dalmacija, Hildburghäuser Straße 62, 12279 Berlin-Marienfelde, barrierefrei. **Anmeldung:** Wolfgang Engelmann, Telefon: 030/263 938 04 oder 030/764 032 10, E-Mail: kv.zehlendorf@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

14. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen.

Sprechstunde und Sozialberatung jeden dritten Mittwoch im Monat, 15–17 Uhr, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Treffpunkt für Ausflüge: U-Bahnhof Rathaus Schöneberg, Freiherr-vom-Stein-Straße.

Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Sozialberatung durch Joachim Krüger, dienstags, nach telefonischer Vereinbarung.

10. Oktober, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen. Bericht von Joachim Krüger über die Neuaufstellung und die Arbeitsinhalte des „Widerspruchsbeirats im Bezirk Mitte“.

24. Oktober, 14:30 Uhr: Mitgliedertreffen. Bericht aus dem Behindertenbeirat von Mitte (Rita Krüger-Bieberstein) und dem Teilhabebeirat von Mitte (Joachim Krüger).

Jeden Dienstag Mitgliedertreffen ab 14.30 Uhr, sozialpolitische Schwerpunktthemen, Kaffee und Kuchen.

Ort für alle Veranstaltungen: Waldstraße 48, 10551 Berlin, Anmeldung erforderlich.

Am 3. Oktober bleibt die Geschäftsstelle geschlossen. **Ansprechpartnerin:** Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

SoVD-Sozialmobil

Stützpunkt: SoVD-Beratungsstelle, Kirchhainer Straße 1,

03238 Finsterwalde. **Ansprechpartnerin:** Cornelia Schreiber, Telefon: 01511/56 54 036. E-Mail: mobil@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Finsterwalde

Persönliche Beratungstermine nach Vereinbarung. **Ansprechpartnerin:** Cornelia Schreiber, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: ks.finsterwalde@sovd-bbg.de.

Cottbus

Ansprechpartner: Michael Netzker, Tel.: 0176/93 22 85 83 (mobil), E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.

Bad Saarow / Oder-Spree

Ansprechpartner: Christoph Kröber, Tel.: 033631/40 96 98, mobil: 0177/46 31 307, E-Mail: ks.bad-saarow@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Ansprechpartnerin: Dagmar Herz, Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg an der Havel, Tel.: 03381/55 15 131, mobil: 0152/58 57 78 46, E-Mail: ks.brandenburg@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665 (mobil), E-Mail: kv.brnbordost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: ov.prignitzruppin@sovd-bbg.de.

17.11: SoVD-Spaziergang retail GARAGE

Digital Einkaufen wird in der Zukunft immer wichtiger. Der SoVD-Spaziergang am 17. November führt in die retail GARAGE Potsdamer Platz. Bitte anmelden unter: post@sovd-bbg.de.





Voller Saal beim Vortrag der SoVD-Landesvorsitzenden: Langzeitarbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund erfuhren viel über Soziales, die Beratung und das Programm des SoVD in Bayern.

SoVD Bayern informiert Langzeitarbeitslose und Migrant*innen in München

„Sozialprogramm“ vorgestellt

Am 8. September übernahm die SoVD-Landesvorsitzende Meta Günther bei einer Bildungsagentur ein Unterrichtsangebot für Kund*innen des Jobcenters München. Es handelte sich um eine spezielle Zielgruppe: Langzeitarbeitslose mit Migrationshintergrund. Ihnen konnte Günther nicht nur lebensnahe Informationen geben, sondern auch die SoVD-Angebote näherbringen.

Etwa die Hälfte der Kund*innen des Jobcenters München hat einen Migrationshintergrund. Laut Bundesagentur für Arbeit sind in der Landeshauptstadt 41.730 Arbeitslose gemeldet, 23.000 beziehen SGB-II-Leistungen. Die Tendenz ist steigend, infolge der Pandemie und des Ukraine-Krieges. Fast 10.000 Menschen sind langzeitarbeitslos, also mindestens ein Jahr. Über das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm gibt es Projekte, Beratungs- und Fördermaßnahmen.

Die Agentur „Mikro Partner“, Vertragspartnerin des Jobcenters München für Weiterbildungen und Maßnahmen zur Aktivierung und Eingliederung, hatte Meta Günther gebeten, einen dreistündigen Vortrag zu halten. Ein Sozialarbeiter war kurzfristig krank geworden. Dankend ergriff die Landesvorsitzende

Langzeitarbeitslose mit großem Interesse und „Vertrauen pur“

diese Möglichkeit. „Denn sicherlich gibt es Menschen, die gerne an unserem Programm als Ehrenamtsmitglied oder als neues SoVD-Mitglied teilnehmen möchten“, so Günther.

Sie berichtet: „Ich habe viele freundliche und sehr interessierte Teilnehmende vorgefunden.“ Das Alter war sehr gemischt, von 25 bis zu 55 Jahren, die Mehrheit waren Männer.

„Die Priorität legt man hier auf die deutsche Sprache und die spätere Selbstständigkeit“, erklärt Günther. „Die Gruppe



Meta Günther erklärte, was ein Sozialverband macht, was für Angebote es beim SoVD gibt und um welche Themen es geht.

hatte das Level B 2: Sie verstehen die deutsche Sprache, aber mit der Bitte, langsam und mit einfachen Wörtern zu sprechen.“

Das sei ihr leicht gefallen: „Aufgrund der Pflege meiner demenzkranken, nun verstorbenen Mutter habe ich gelernt, langsam und verständlich, im Sinne von nachvollziehbaren Berichten oder Geschichten, zu sprechen.“

Überhaupt ging es persönlich zu. „Es hat mir sehr viel Freude gemacht“, so die Landesvorsitzende. „Ich erzählte von meinen sozialen Erfahrungen und wie ich die Probleme meistern konnte, unter anderem auch durch den SoVD. Die Berich-

te kamen als Motivation sehr gut an, zwischendurch wurde auch sehr viel gelacht und es wurden einige Fragen gestellt. Mein persönliches Dankeschön war, dass sich einige Menschen getraut haben, mit ihren wenigen Worten Fragen an mich zu stellen. Das war Vertrauen pur!“

Den SoVD vorstellen: Idee auch für andere Landesverbände

Am Schluss gab es Applaus – und die Frage der Agentur, ob eine Wiederholung möglich sei, denn die lebensnahen Informationen könnten ihren Teilnehmenden sehr helfen.

Meta Günther möchte mit den anderen SoVD-Vorsitzenden über die Erfahrungen sprechen. „Vielleicht gefällt ihnen meine kleine Erfolgsgeschichte, die auch andere Landesverbände aufgreifen möchten.“

Daten zur Förderung von Menschen mit Handicap

Inklusion auf dem Arbeitsmarkt in Bayern

Das ZBFS-Inklusionsamt zog Bilanz – und veröffentlichte im September Zahlen: Über 11.000 Menschen mit Behinderungen hat es in Bayern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützt. 90 Arbeits- oder Ausbildungsplätze konnten die neuen „Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber“ (EAA) im Jahr 2022 an schwerbehinderte Menschen vermitteln.

Das habe 90 Menschen eine Perspektive eröffnet, „die sonst womöglich im ‚Förderdschudel‘ verloren gegangen wären“, heißt es aus dem Inklusionsamt. Genau deshalb habe der Gesetzgeber die EAA verankert. Inklusion werde so transparenter. Das Inklusionsamt der Landesbehörde „Zentrum Bayern Familie und Soziales“ (ZBFS) hat die Integrationsfachdienste beauftragt, die EAA durchzuführen.

Potenziale von Menschen mit Behinderungen nutzen

Zusätzlich zu den neu vermittelten Stellen konnten sie 198 gefährdete Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern. Dafür nahmen die EAA über 3.000-mal aktiv Kontakt zu Arbeitgebenden auf und standen ihnen mit weiteren rund 1.200 Beratungen zur Seite.

ZBFS-Präsident Dr. Norbert Koller bezeichnete die EAA als „wichtige Säule für mehr Inklusion im Arbeitsleben“ und unterstrich: „Wir alle können nur davon profitieren, wenn Arbeitgeber die enormen Potenziale von Menschen mit Behinderungen nutzen. Die EAA können hier noch den finalen Anstoß für Unternehmen geben.“

Das Inklusionsamt Bayern unterstützte diese Aufgabe und andere Bereiche der beruflichen Inklusion im vergangenen Jahr mit über 71 Millionen Euro. Damit konnte es insgesamt über 11.000 Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt helfen.

Neben Beratung auch finanzielle und persönliche Hilfen

Sowohl schwerbehinderte Menschen als auch Arbeitgeber*innen, die sie beschäftigen, können finanzielle Hilfen erhalten.

Über das Sonderprogramm „Initiative Inklusion“ förderte das Inklusionsamt 46 neue Ausbildungsplätze für junge und 75 Arbeitsplätze für ältere Menschen mit Schwerbehinderungen. In 107 Inklusionsbetrieben unterstützte es knapp 4.000 Menschen. Sie arbeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt mit nicht behinderten Menschen zusammen.

Schwerbehinderte Menschen haben auch Anspruch auf direkte Hilfe. 2022 erhielten rund 1.200 Menschen persönliche finanzielle Förderung. „Das können Leistungen für technische Arbeitshilfen und Fortbildungskosten sein oder Kosten einer Arbeitsassistenz, die am Arbeitsplatz benötigt wird“, erklärte Amtsleiter Christian Weißenberger. Dies seien rund 5,6 Millionen Euro gewesen.

Das Inklusionsamt finanziert seine Leistungen aus der Ausgleichsabgabe. Diese müssen alle Betriebe ab 20 Arbeitsplätzen bezahlen, wenn sie ihre Pflicht-Beschäftigungsquote von fünf Prozent für Menschen mit Behinderungen nicht erfüllen. ZBFS/ele



Foto: Svitlana / Adobe Stock

Für Menschen mit Behinderungen, aber auch für die Betriebe, die sie beschäftigen, gibt es Beratungen und direkte Unterstützung.

5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs/Adobe Stock

Ortsverband Ansbach

6. Oktober, 9.30–12 Uhr: Sprechtag in den Räumen der Selbsthilfekontaktstelle Kiss am Bahnhofsplatz 8. (Nächster Termin: 3. November.)

11. Oktober, 15 Uhr: Mitgliederversammlung in der Gaststätte „Zur Sommerfrische“ in der Oberhäuserstraße 38.

Glückwünsche



Foto: smileus/Adobe Stock

*Zufriedenheit ist der Stein der Weisen,
der alles in Gold verwandelt, das er berührt.*

Benjamin Franklin

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 5.10.: Jutta Kaspers, München.

70 Jahre: 10.10.: Ingrid Diers, Erding; 24.10.: Bernhard Koller, Dietfurt; 31.10.: Wolfgang Lehmann-Lehnert, Regen.

75 Jahre: 10.10.: Helmut Bauer, Lautertal; 26.10.: Gabriele Kreuter, Oberscheinfeld.

80 Jahre: 3.10.: Hermann Schwede, Lautertal; 9.10.: Gisela Kraus, Coburg; 15.10.: Inge Pfannschmidt, Bad Kissingen; 28.10.: Udo Weller, Ansbach.

85 Jahre: 24.10.: Ulrike Mascher, München.

91 Jahre: 5.10.: Ruth Plawetzki, München.

94 Jahre: 6.10.: Rosa Spickenreuther, Floß.

95 Jahre: 26.10.: Herta Fischer, Lautertal.

Jetzt Mitglieder werben

Die Aktion „Mitglieder werben Mitglieder“ des Landesverbandes Bayern geht weiter: Für jedes neu geworbene Mitglied, sei es für Einzel-, Partner- oder Familienmitglieder, bekommen SoVD-Mitglieder einen 15-Euro-Gutschein. Weitere Informationen dazu gibt es unter Tel.: 089/53 05 27 oder per E-Mail an: info@sovd-bayern.de.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Ansbach

Am 28. Oktober wird Udo Weller, bis 2022 langjähriger 1. Vorsitzender und jetzt noch als 2. Vorsitzender des Ortsverbandes Ansbach aktiv, 80 Jahre alt.

Anlässlich dieses besonderen Ehrentages wünscht ihm der Vorstand nicht nur alles Gute und Gesundheit. Gleichzeitig nutzt er die Gelegenheit, sich für die Tätigkeiten im Ortsverband zu bedanken.

Ortsverband Bayreuth

Der Ortsverband Bayreuth hat mittlerweile einen sehr großen Einzugsbereich, was seine Mitgliedschaft anbelangt. Trotzdem bemüht sich der Vorstand immer wieder,

den Zusammenhalt unter allen aufrechtzuerhalten.

Deshalb ist es auch zu einer schönen Tradition geworden, die in Marktredwitz im Landkreis Wunsiedel lebenden Mitglieder zu einer Zusammenkunft einzuladen. Unter anderem am 12. Juli war es wieder einmal soweit. Im Café des gro-

ßen Edeka-Marktes hatten sich buchstäblich alle eingefunden. Schatzmeister Rainer Thomas hatte die Versammlung hervorragend organisiert.

Dr. Josef Haas, Vorsitzender des Ortsverbandes, nannte es eine Notwendigkeit, derartige Treffen auch weiterhin stattfinden zu lassen.

www.sovd-bayern.de



Foto: traveldia/Adobe Stock



Sozialberatung



Foto: pictworks/Adobe Stock

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089/53 05 27.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, Mo–Do, 9–11 Uhr, und nach telefonischer Vereinbarung. Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle Coburg: nach Voranmeldung bei Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691, E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Jo-

sef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin: Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: erster Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz/Weiden: Ansprech-

partner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken/Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache bei Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.



Urteile aus dem Sozialrecht

Sozialversicherungsbeiträge auch für Kursleiter fällig

Ist ein Fitnesstrainer als Kursleiter in einem Studio tätig, so kann er nicht als „freier Mitarbeiter“ wie ein Unternehmer geführt werden, wenn er die Kurse im Fitnessstudio geben muss, keinen Einfluss auf die Inhalte hat, vom Betreiber des Studios nach Stunden bezahlt wird und keinerlei unternehmerisches Risiko tragen muss.

Der Betreiber muss für derartige Beschäftigungsverhältnisse

Sozialversicherungsbeiträge an die Rentenversicherung abführen. Es komme auf die tatsächlichen Umstände an, nicht auf die geschlossenen Verträge für „freie Mitarbeiter“ (Bayerisches LSG, Az.: L 7 BA 72/23 B ER).

Unfallversicherung deckt Homeschooling ab

Stürzte eine 13-jährige Schülerin zu Hause zu einer Zeit, in der sie wegen der Corona-Pandemie am Homeschooling teilnahm, so ist das ein Fall für die

gesetzliche Unfallversicherung. Ist der Unfall während des Unterrichts daheim passiert (hier holte das Mädchen sich ein Buch und fiel, was erhebliche Gesichtsverletzungen nach sich zog), bestehe ein enger Zusammenhang zum digitalen Lernen.

Dass in dem Moment weder Kamera noch Mikrophon angeschaltet waren, sodass es vorübergehend keinen Kontakt zur Lehrkraft gab, sei unerheblich (SG München, Az.: S 9 U 158/22). *wb*



Foto: alfa27/Adobe Stock

Ein Sturz passiert schnell: Auch das eigene Zuhause kann gesetzlich unfallversichert sein, wenn es gerade für Schule oder Job dient.



Die Gruppe aus dem Kreisverband Marburg-Biedenkopf auf der Tribüne im Parlamentssitzungsaal.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf in Wiesbaden: Politik und Sehenswürdigkeiten

Besuch im Hessischen Landtag

Auf Einladung des Marburger Landtagsabgeordneten Dirk Bamberger (CDU) besuchte der SoVD aus Marburg-Biedenkopf am 21. Juli den Hessischen Landtag in Wiesbaden. Eine Gruppe von 29 Personen erhielt Einblicke in die Parlamentsarbeit. Danach konnte sie noch die Stadt erkunden. Ein Nachbericht.

Gleich morgens um 10 Uhr traf die SoVD-Reisegruppe in Wiesbaden ein und wurde bereits am Bus von Landtagsmitglied Dirk Bamberger empfangen. Im Landtag erwartete sie ein Power-Point-Vortrag über Aufgaben und Zusammensetzung des Parlamentes. Zudem gab es bei einem Rundgang die historischen Räume des Landtagsgebäudes zu besichtigen. Das imposante Gebäude war vor 1946 Stadtschloss und Residenz der Herzöge von Nassau.

Danach hatten die SoVDler*innen eine ganze Stunde lang Gelegenheit, um mit Bamberger zu sprechen. Er

schilderte seine umfangreiche Tätigkeit als Abgeordneter im Landesparlament – und bekam viele Fragen gestellt.

Im Anschluss war Zeit zur freien Verfügung, um die Innenstadt etwas kennenzulernen. Zuletzt ging es nachmittags noch zur historischen „Nerobergbahn“ und mit der Bahn auf den Neroberg, Wiesbadens Hausberg, mit einer tollen Aussicht auf Stadt und Umgebung. Oben befinden sich eine russisch-orthodoxe Kirche, ein Tempel und natürlich auch Gastronomie.

Bei der Heimreise blickten alle auf einen informativen und schönen SoVD-Ausflug zurück.



Dirk Bamberger, MdL (CDU, re.), führte durch das Gebäude.

Gelungene Aktion des Ortsverbandes Rotenburg-Bebra-Solz

Infostand beim Strandfest

Ein Bootskorso auf der Fulda, ein Strandfestlauf und ein Festumzug: Das sind nur drei der Höhepunkte des fünftägigen Strandfestes, das traditionell um das erste Juli-Wochenende herum in dem nordost-hessischen Städtchen Rotenburg an der Fulda gefeiert wird und viele Menschen anzieht.

Mittendrin und erstmals dabei war der SoVD-Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz mit einem Informationsstand am Samstag des Festes. Ein knappes Dutzend Aktive aus dem Ortsverband sowie Landesgeschäftsführer Thomas Hammer informierten von 10 bis 17 Uhr über das Angebot des SoVD, verteilten Flyer sowie Infobroschüren und boten Beratungstermine an.

„Trotz regnerischen Wetters war der Andrang an unserem Stand sehr groß“, freute sich Hammer über die rundum gelungene Aktion.



Großes Angebot an Informationen: der SoVD-Stand in Rotenburg.

Christine Weidenauer und das Schlüssel-Schloss-Prinzip

Im Einsatz für den SoVD

Üblicherweise 100 Tage Schonfrist geben Journalist*innen den Politiker*innen und Amtsträger*innen bei Übernahme einer neuen Aufgabe, ehe unbequeme Fragen und kritische Beurteilung einsetzen. Gut 100 Tage nach dem Start der neuen Sekretärin Christine Weidenauer in der Geschäftsstelle des SoVD-Landesverbandes Hessen in Wiesbadens Luisenstraße 41 erübrigt sich das Nachfragen.

Denn Geschäftsführer Thomas Hammer ist, ebenso wie die Hilfesuchenden, voll des Lobes über die glückliche Besetzung. „Christine Weidenauers Vorkenntnisse fügen sich perfekt in die Aufgaben unseres Sozialverbandes ein. Sie passt wie der richtige Deckel auf den Topf oder der passende Schlüssel ins Schloss“, schwärmt Hammer.

Geboren und aufgewachsen in Mannheim als jüngstes von sieben Kindern, absolvierte Weidenauer nach der Schule eine Ausbildung zur Hotelfachfrau in Esslingen am Neckar. Nachdem sie als Empfangschemin im Hotel gearbeitet hatte, folgte eine Zusatzqualifikation zur Kauffrau der Kommunikation mit den Schwerpunkten EDV, Wirtschaftsenglisch, Textgestaltung nach DIN, Textformulierung und klassisches Schnellschreiben, ehe sie ihr erstes Kind bekam.



Foto: Peter Back

SoVD-Sekretärin Christine Weidenauer am Arbeitsplatz.

Viele Qualifizierungen, Jobs und Wohnorte – und drei Kinder

Bald zog sie nach Rheinhessen und wirkte in einem Mainzer Business-Büro, wo sie für unterschiedliche Firmen und Rechtsanwaltsbüros als Sekretärin tätig war. Sie führte den Empfang, fertigte Statistiken an und übersetzte englische und deutsche Texte in beide Richtungen. Fünf Jahre in der Mainzer Ortsverwaltung der Gewerkschaft der Deutschen Eisenbahner folgten, in denen sie das Büro allein leitete. Sie übernahm die ganze Mitgliederverwaltung und Finanzbuchhaltung sowie die Rechtsschutzangelegenheiten.

Aus privaten Gründen zog Weidenauer 2006 in die Oberpfalz, wo sie mit einer eigenen Agentur im Auftrag eines großen Versicherers zwei Jahre tätig war. Sie beriet Ärzt*innen als Direktionsbeauftragte zu Kranken-, Pflege- und Lebensversicherungen und bereitete Verträge bis zur Unterschriftsreife vor. Dabei kam ihr der soziale Aspekt zu kurz. So begann sie 2008, für den Anbauverband „Bioland“ in Mainz zu arbeiten, ehe sie ihr zweites Kind bekam.

Nach dem dritten Kind war sie in der Auftragsverarbeitung für einen Caterer aktiv und machte sich 2017 mit einem Café mit biologischem Hintergrund in Oppenheim selbstständig. „Die Tätigkeit war anstrengend, aber sehr erfüllend“, erinnert sich die stets gut gelaunte Weidenauer. Berufliche Weiterentwicklung war ihr stets wichtig, so zog sie zu einem Journalistenverband in Hessen weiter.

Suche nach einem „sozialen“ Job führte nun zum SoVD

Eineinhalb Jahre später stand für die Frau mit sozialem Gewissen fest: „Jetzt gehe ich dorthin, wo Menschen wirklich Hilfe brauchen.“ Sie startete in einem Männerheim mit rund 60 Bewohnern, das ein großer Sozialdienstleister betrieb. Weitere eineinhalb Jahre war sie dort als Verwaltungsfachkraft für die Wirtschafts- und Bewohnerkasse, Korrespondenzen mit Kostenträgern sowie Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern und Betreuern zuständig, bevor gesundheitliche Probleme sie bremsten.

„Die Tätigkeit beim SoVD ist ein Potpourri dessen, was ich bisher beruflich gemacht habe“, schaut Weidenauer erwartungsvoll nach vorne. Nicht zuletzt ihre ursprüngliche Ausbildung im Hotelfach-Internat in Bad Überkingen, in der Thomas Goerke, einer der anerkanntesten deutschen Serviermeister, einer ihrer Lehrer war, erklärt ihren stets zuvorkommenden und wertschätzenden Umgang mit allen Menschen, die mit dem SoVD in Kontakt treten.



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben, gratuliert der Landesverband Hessen herzlich.

Kranken Mitgliedern wünscht er eine baldige Genesung.

60 Jahre: 2.10.: Klaus Hörth, Wetzlar; 3.10.: Terelija Vrljicak, Eiterfeld; 5.10.: Sigrid Hermine Hoffmann, Mücke; 9.10.: Christina Schubert, Ebsdorfergrund; 16.10.: Wolfgang Wagner, Frankfurt; 24.10.: Thilo Abel, Rodgau, und Andrea Roweck, Kriftel.

65 Jahre: 3.10.: Werner Hettler, Wesertal; 7.10.: Lilybeth Ninofranco Diaz, Fulda; 27.10.: Sabine Bouillon, Wiesbaden,

und Andrea Rankl, Wesertal; 30.10.: Werner Linne, Münchhausen; 31.10.: Martin Krämer, Kirchhain.

70 Jahre: 1.10.: Pupus Külhan, Stadtallendorf; 3.10.: Elisabeth Meyer, Trendelburg; 8.10.: Karlfriedrich Schmitz, Niederdorfelden; 13.10.: Irene Dingel, Neustadt; 27.10.: Gabriele Krieger, Neustadt; 30.10.: Luca Evic, Frankfurt.

75 Jahre: 12.10.: Monika Springer, Ronshausen.

80 Jahre: 25.10.: Margarete Hilmes, Bebra; 27.10.: Friedhelm Schmidt, Münchhausen.

85 Jahre: 27.10.: Martha

Curth, Bebra.

90 Jahre: 3.10.: Gertrud Saam, Frankfurt.

92 Jahre: 18.10.: Hans Müller, Oestrich-Winkel.

96 Jahre: 14.10.: Helene Hupfeld, Sontra.

103 Jahre: 31.10.: Margarete Satz, Hofgeismar.

In den Geburtstagsgrüßen für hohe Jubiläen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben.

Alle anderen Mitglieder, die der Veröffentlichung nicht zugestimmt haben, sind ihrem Wunsch gemäß nicht genannt.



Foto: divergentis/pixabay

Der SoVD-Landesverband Hessen wünscht alles Gute im Oktober!



Sprechstunden und Sozialberatung

Bitte erkundigen Sie sich vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die jeweilige Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen. Für Fragen oder Informationen zum SoVD wenden Sie sich gern telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Bürozeiten sind montags bis freitags 9–13 Uhr.

Info-Telefon Pflege: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen, Tel.: 01525/26 91 280 (mobil). Sprechzeit: dienstags und donnerstags 15–18 Uhr.

Sozialrechtsberatung in Herborn: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei Sozialjuristin Sigrid Jahr in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, Terminvergabe unter Tel.: 06432/92 49 480, mobil 0151/43 10 67 54, E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Freigericht

Sozialberatung bei Thomas Hammer im Rathaus Freigericht, samstags 8–13 Uhr, nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0151/50 71 01 56.

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde bei Evelyn Kaletsch-Damm nach Anmeldung zur Beratung im Beratungszentrum Gießen unter Tel.: 06033/74 88 999.

Sozialrechtsberatung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr nach Anmeldung unter Tel.: 06432/92 49 480 oder 0151/43 10 67 54 (mobil) und E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung im AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88, 65929 Frankfurt/Main, nach Terminabsprache unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Herborn

Sozialrechtsberatung jeden ersten Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Sozialjuristin Sigrid Jahr in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn. Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480 oder 0151/43 10 67 54 (mobil), E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung in der Kreisgeschäftsstelle, Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 01525/26 91 280 (mobil).

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel.: 06432/92 49 480 oder 0151/43 10 67 54 (mobil), E-Mail: s.jahr@sovd-hessen.de.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialrechtsberatung nach telefonischer Terminvergabe bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61348 Bad Homburg v. d. H., Termine unter Tel.: 06432/92 49 480 oder 0151/43 10 67 54 (mobil) sowie per E-Mail an: s.jahr@sovd-hessen.de.

Sozialberatung bei Evelyn Kaletsch-Damm in Gießen, Tel.: 06033/74 88 999.

Ortsverband Wiesbaden

Sozialberatung nur nach Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0611/85 108, Fax: 0611/85 043 oder E-Mail an: info@sovd-hessen.de.

Beratung mit Termin in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden.

Sozialberatung im Rheingau: Anfragen und Terminvereinbarungen ebenfalls über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/85 108, Fax: 0611/85 043 oder E-Mail an: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Annette Mülöt-Carvajal, dienstags 14–17 Uhr und donnerstags 10–13 Uhr im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach Anmeldung unter Tel.: 0561/14 657 oder Fax: 0561/76 68 603.

Sozialrechtsberatungen nach Terminvergabe in Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/32 777.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Beratung durch den zertifizierten Sozialberater Hans-Jürgen Schmidt, montags 13–18 Uhr und mittwochs 9–15 Uhr, Trumpe 2, Eingang: Bahnhofstraße, 34537 Bad Wildungen.

Die Sozialrechtsberatung

erfolgt nur nach Anmeldung mit Terminvereinbarung unter Tel.: 05621/96 78 787, 0151/19 18 19 99 (mobil) oder E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhof. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Sontra-Ringau-Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e. V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege. Jeden ersten Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e. V., Niederstadt 41, 36205 Sontra.

Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden ersten Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (EG). Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45, E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, Neues Rathaus, „Altenstube“, 1. OG, 36199 Rotenburg. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26

oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45, E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung im SozialkompetenzZentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Ortsverband Korbach

Die Sozialberatungsstelle in Korbach ist mittwochs 10–13.30 Uhr und nach telefonischer Terminvergabe auch außerhalb dieser Zeit für alle Ratsuchenden geöffnet. Montags bis freitags 9–17 Uhr ist sie unter Tel.: 05631/57 88 724 erreichbar. Es berät Ralf Wiegmann.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung jeden ersten und dritten Montag im Monat, 15.30–18 Uhr, Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter.

Während der Beratungszeit: Tel.: 06423/82 23 oder 0152/58 62 96 77 (mobil); außerhalb der Zeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs, Tel.: 06422/89 87 202, oder Hans-Werner Dersch, Tel.: 06423/51 524.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain: Es berät Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, jeden ersten Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Brießelstraße 15, nur nach Terminabsprache über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0611/85 108.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung findet zurzeit beim Ortsverband Münchhausen-Wetter statt (Ort und Zeiten siehe oben).

SoVD-Podiumsdiskussion des Kreisverbandes Kusel zur Zukunft der medizinischen Versorgung

Mehr ärztliche Praxen auf dem Land nötig

Wie schon in der Juli- / August-Ausgabe bundesweit berichtet (Seite 8) hatte Helmut Burkhardt, Kreisvorsitzender der Region Kusel, für den 24. Juni ein hochkarätiges Plenum aus Politik und Medizin zur Podiumsdiskussion „Neue (Haus-)Ärzte braucht das Land“ eingeladen. Im gut besuchten Gemeindehaus von Hoppstädten ging es um die Versorgung im ländlichen Raum. Eine ausführliche Nachlese.

Durch die Debatte führte SoVD-Landesgeschäftsführer Christian Dirb. Er beschrieb die Situation im Kreis Kusel mit 63,6 Ärzt*innen pro 100.000 Einwohner*innen und statistischer Überalterung der Praktizierenden. Wie gehe es weiter?

Daniel Stich, Ministerialdirektor im rheinland-pfälzischen Gesundheitsministerium, fand eine Strukturänderung nötig sowie eine Entlastung der Hausärzt*innen durch personelle und technische Assistenz. Die Zeit der Modellprojekte sei vorbei. Es gehe ans Umsetzen, vielleicht auch mit einer Erweiterung der Krankenhausversorgung um ambulante Angebote.

Das hielt der Ärztliche Direktor des Klinikums Idar-Oberstein, Dr. med. Ulrich Frey, für keine Lösung: Das in Kliniken ebenso dünne Personalgeflecht mit weiteren Aufgaben zu belasteten, verschiebe nur den Mangel. Seine Verwaltung habe schon durch „Headhunter“ 53 Prozent der Ärzt*innen im Ausland angeworben. Viele durchliefen das Anerkennungsverfahren und wanderten dann, sofern sie keine örtliche Bindung hätten, in die Ballungszentren Berlin und München ab. Ein Arzt aus Aserbaidschan, Dr. Nurlan Abdullayev, berichtete über das mehrjährige Prozedere und die Schwierigkeiten, wegen derer viele Kolleg*innen weggingen.

Arbeitsbedingungen für junge Ärzt*innen verbessern

Die Vorsitzende des Hausärzterverbandes Rheinland-Pfalz, Dr. med. Barbara Römer, fand den mit rund 30 Prozent hohen Anteil von Hausärzt*innen über 60 Jahre bedenklich. Das Problem sei, Nachwuchs zu finden. Aus Mainz komme niemand in ländliche Regionen, auch weil diese gar nicht bekannt seien. Imagepflege sei nötig. Die Arbeit auf dem Land müsse sich zudem den Wünschen junger Mediziner*innen anpassen. Dabei gehe es nicht nur um Geld, sondern um attraktive Rahmenbedingungen. Dr. Römer sah die Zukunft in größeren Einheiten – wie Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), mit angestellten wie leitenden Ärzt*innen.

Davon berichtete der Leiter des MVZ Pfälzer Land GmbH, Dr. med. Thomas Schneider. Mit der MVZ-Gründung hatte er, auch nach den Ärztemorden in Weilerbach, auf plötzliche Unterversorgung im Gebiet reagieren wollen – ein Erfolgsmodell: An neun Standorten „in der ländlichen Region um Kaiserslautern“ kümmern sich rund 20 Ärzt*innen, fünf Weiterbildungsassistent*innen und viele Mitarbeitende um die Patient*innen. Das ermögliche geregelte Arbeitszeiten und Raum für sich und die Familie.

Modell MVZ: schwierige Gründung und Finanzierung

Der Landrat des Landkreises Kusel, Otto Rubly (CDU), und der Büroleiter der Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein, Christian Sauer, verdeutlichten, welche Hürden man bei der Schaffung des MVZs am Standort Wolfstein über Jahre zurücklegen musste, bis die Finanzierung stand und die Verträge mit Mediziner*innen geschlossen waren. Die geforderten „Rahmenbedingungen“ vor Ort seien nur bei auskömmlicher Finanzierung möglich. Durch immer weitere Sparzwänge an anderer Stelle sei das in Zukunft nicht mehr möglich.

Der Landtagsabgeordnete Dr. med. Oliver Kusch (SPD), selbst Inhaber einer Gemeinschaftspraxis, betonte, die Landesregierung wolle Unterstützungsprojekte forcieren, aber auch die vielen zusammenspielenden Systeme führ-

ten zu Problemen. Er sah nicht nur die Politik in der Pflicht. Zum Beispiel sperren sich die Krankenkassen vor Ort, die Abrechnung von Assistenzkräften zu übernehmen. Auch er sah einen Systemwechsel als nötig an, um Aufgaben besser zu verteilen.

Digitalisierung und bessere regionale Zusammenarbeit

Der Bundestagsabgeordnete für den Kreis Kaiserslautern, Matthias Mieves (SPD), ging davon aus, dass schon die Zahl der Menschen im System die Probleme nicht aus dem Stand lösbar mache. Neben verschiedenen Arbeitsmodellen, wie den MVZ, müsse der Ausbau der Technik als Teil der Zusammenarbeit über große Räume hinweg vorankommen. Bei allem müsse die Versorgung der Menschen im Mittelpunkt stehen.

Dass aber die Digitalisierung auf dem Land immer wieder an ihre Grenzen stößt, veranschaulichte die Wortmeldung einer Besucherin: Wenn das Telefon tagelang gar nicht und das Internet nur in Kriechgeschwindigkeit funktioniere, grenze die „Innovation“ Menschen ebenfalls aus.

Einhellig wendeten sich besonders die Mediziner*innen außerdem gegen die voranschreitende Öffnung für nicht-medizinische Investoren. Gerade in den Regionen weit weg von Ballungszentren könnten diese nicht den gleichen Profit erwarten. Monopolstrukturen in der ambulanten Versorgung müssten verhindert werden.



Fotos (2): Sven Heidenmann

Gut besuchte und spannende Debatte, hier v. li.: Christian Dirb, Daniel Stich, Dr. Barbara Römer, Dr. Oliver Kusch und Matthias Mieves.

Viele Interessen im System vereinen und Anreize geben

Unterstützung durch Digitales könne nur dort gelingen, wo die Infrastruktur vorhanden und gut nutzbar sei. Das beginne nicht erst bei komplizierten Apps, sondern schon bei Einfachem wie elektronischer Post.

Im Ergebnis zeigte sich: Ambulante ärztliche Versorgung ist ein hochkomplexes Thema.

Dessen Probleme haben die vielen Akteure (Hausärzt*innen, Kassenärztliche Vereinigung, Politik, Krankenkassen, Patient*innen und andere) erkannt, können sie aber jeweils allein nicht lösen. Zusammenarbeit ist gefragt, wie das Beispiel MVZ zeigte. – Ob sich dann eine Ärztin oder ein Arzt wirklich auf dem Land niederlässt, bleibt „die größte Unbekannte“.



Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

*Krankenhausreform, Ärzt*innen- und Pflegekräftemangel, schlechte Erreichbarkeit von Praxen, gefühlt ewig lange Terminvorläufe (erst recht bei Fachärzt*innen), regionale Initiativen zur „Behandlung“ des Fachärzt*innenmangels, Medizinische Versorgungszentren, ein Mehr an Studienplätzen für Medizin und so weiter: Das waren alles Themen, die wir im Juni auf unserer Podiumsdiskussion mit Lokal-, Landes- und Bundespolitikern sowie Mediziner*innen thematisiert haben.*

Beim Thema Fachkräftegewinnung aus dem Ausland hat ein geworbener Mediziner aus Aserbaidschan über seine Erfahrungen und die unterschiedlichen Bearbeitungszeiten und Anforderungen berichtet. Interessant waren auch die Fragen sowie Beiträge aus dem Publikum: angefangen von Problemen mit der Netzabdeckung im ländlichen Raum bis hin zu Praxen, die noch nicht einmal auf E-Mails antworten.

*Was war das Ergebnis dieser Veranstaltung? Politisch werden Weichen in die richtige Richtung gestellt mit mehr Studienplätzen, Fördermaßnahmen und einer Beschleunigung des Breitbandausbaus. Praxen müssen sich digital aufrüsten und Medizinische Versorgungszentren sind ein Baustein in der ärztlichen Versorgungsstruktur. Und wir Patient*innen müssen weiterhin Geduld haben und uns an eine veränderte ärztliche Versorgungsstruktur gewöhnen. Vielleicht ist diese gar nicht so schlecht, sondern einfach nur ein wenig anders.*



Christian Dirb

Ihr Christian Dirb, Landesgeschäftsführer



Teilnehmende an der Diskussion über bessere ärztliche Versorgung.

Wandern mit dem Ortsverband Mainz-Bingen

Rheinhessen entdecken

Sie möchten die schöne Region Rheinhessen kennenlernen und mit anderen Mitgliedern ins Gespräch kommen? Der Ortsverband Mainz-Bingen ruft zum Oktober eine Wandergruppe ins Leben.

Unter fachkundiger Führung bietet er nicht zu lange und große Wanderungen an. In Etappen gilt es die be- und verkannten Seiten von Rheinhessen zu erkunden. Start ist in und um Bingen. Haben Sie Zeit und Lust? Der SoVD freut sich auf eine Nachricht über die Landesgeschäftsstelle Kaiserslautern oder per E-Mail an: info@sovd-rps.de und setzt Sie auf die Teilnahmeliste. Ort und Zeit sowie die Route gibt der Ortsverband rechtzeitig bekannt.



Foto: Alexa / pixabay

Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, **Tel.: 0631 / 73 657 oder 06131 / 69 30 165**, die Ihnen den*die zuständige*n Berater*in nennt.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

- **NEU:** Ab dem 1. November gibt es Sozialrechtsberatung auch in **Andernach**, im Haus der Familie, Gartenstraße 4, 56626 Andernach, nach Terminvergabe bei Sigrid Jahr, Tel.: 06432 / 92 49 480.
- Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236 / 46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151 / 22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06432 / 43 10 67 54 zur Verfügung.
- Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351 / 13 14 141 zur Verfügung.
- Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Andrea Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 0151 / 43 13 59 02 zur Verfügung.

Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch weiterhin ehrenamtliche Beratende (z. B. Gabriele Schepelmann, **Spiesen-Elversberg**, Mobiltel.: 0176 / 34 03 41 58, Richard Dörzapf, **Rülzheim**, Tel.: 07272 / 61 60, und Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382 / 80 01) nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erteilt die Landesgeschäftsstelle.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67655 Kaiserslautern, Tel.: 0631 / 73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131 / 69 30 165.

Sozialrechtsberatung im Saarland

Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e. V. Sozialrechtsberatung vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an. Sozialrechtsberater Sven Heidenmann steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich.

Sprechtage nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351 / 13 14 141 oder 0151 / 41 49 15 98 (mobil).

Spiesen-Elversberg: 11. Oktober, 9.30-12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.

Homburg (Saar): 11. Oktober, 13.30-16 Uhr, Mehrgenerationenhaus „Haus der Begegnung“, Spandauer Straße 10.

Nonweiler: 25. Oktober, 9.30-12 Uhr, AWO-Wohnheim, Am Hammerberg 1.

Saarbrücken: 25. Oktober, 14-16.30 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.

SoVD auf Veranstaltungen präsent

Am 3. September fanden gleich zwei Veranstaltungen in Rheinland-Pfalz statt: der

Ehrenamtstag in Haßloch und das Seniorensommerfest in Mainz. Bei beiden war der SoVD

Rheinland-Pfalz / Saarland dabei. Am Infostand führten die Aktiven gute Gespräche.



Besuch am SoVD-Stand beim Ehrenamtstag in Haßloch.



Seniorensommerfest Mainz: mit Sozialdezernent Dr. Eckart Lensch und Regine Schuster, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Kreisverband Westerwald

Am 20. August trafen sich fast 50 Mitglieder und ihre Familien der Ortsverbände Berzhahn, Unnau und Weyerbusch zu ihrem traditionellen Dorffest in Werkhausen.

Der Westerwalder Kreisvorsitzende Richard Klünder war schon zeitig da und begrüßte die Leute persönlich. Auch Ortsbürgermeister Ottmar Orfgen und das Bundestagsmitglied

Erwin Rüttel (CDU) waren der Einladung gefolgt. Mit regem Austausch bei Kaffee und Kuchen flog die Zeit vorbei. Jürgen Metzger, Ortsvorsitzender in Unnau, dankte allen Teilnehmenden fürs Kommen und den Helfer*innen für den Einsatz.

Ortsverband Berzhahn

Eine tolle Idee, um Mobilität für alle möglich zu machen: Dank des Engagements des

Ortsverbandes Berzhahn gibt es dort jetzt eine „Mitfahrerbank“. Alle, die nicht selbst mobil sind, aber gern mitgenommen werden möchten, können sich dort aufhalten – oder vielleicht einfach nur für ein Schwätzchen.

Die Bank steht in der Brunnen-Ecke Bahnhofstraße. Wer also jemanden dort sitzen sieht: einfach anhalten, fragen, wo es hingehen soll, und im besten Fall mitnehmen!



Kreisverband Westerwald



Ortsverband Berzhahn



Glückwünsche

60 Jahre: 1.10.: Andrea Hoffmann, Neupotz; 8.10.: Stefanie Rechtenwald, Blieskastel, und Frank Norbert Fuchs, Spiesen-Elversberg; 17.10.: Thomas Eichhorn, Lustadt; 27.10.: Claudia Ritzheim, Sprendlingen; 28.10.: Claudia Von Dungen, Worms; 29.10.: Marina Eckel, Herren-Sulzbach.

65 Jahre: 1.10.: Karin Wildgrube, Kaiserslautern; 17.10.:

Ralf Hartmann, Steinweiler; 28.10.: Kirsten Gerhard, Monzernheim.

70 Jahre: 5.10.: Edeltraut Laninger, Zweibrücken; 17.10.: Edgar Hoffmann, Neuwied; 20.10.: Frank Kloppe, Germersheim; 28.10.: Helmut Heiter, Rülzheim.

75 Jahre: 9.10.: Monika Hörner, Bellheim; 18.10.: Mario Amaral, Bad Kreuznach; 27.10.:

Hans Georg Schöven, Rutsweiler.

80 Jahre: 18.10.: Gertrud Dreyer, Rülzheim.

85 Jahre: 6.10.: Rainer Baus, Friedrichsthal; 14.10.: Elisabeth Weintz, Neustadt.

91 Jahre: 31.10.: Margarete Kirstgen, Vallendar.

92 Jahre: 10.10.: Günter Vogel, Gau-Bischofsheim; 22.10.: Günther Schorr, Sulzbach.

Landesverband und Ortsverbände machten mit beim bundesweiten Aktionstag des SoVD

Inklusion und Dankeschön zum „tag des wir“

Seinen Aktionstag zum Mitmachen, den „tag des wir“ am 21. August, veranstaltet der Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD) seit 2021 jährlich im ganzen Bundesgebiet. Er lädt dazu ein, einmal ganz bewusst Menschen, die im Alltag oft soziale Unsicherheit und Ungerechtigkeit erleben, in den Mittelpunkt zu rücken. Alle Gliederungen des SoVD konnten sich rund um das Datum vor Ort beteiligen.

In diesem Jahr war der SoVD in Baden-Württemberg gleich mit zwei Veranstaltungen dabei. Für die eine war der Ortsverband Schwetzingen-Neulußheim verantwortlich, der schon 2022 mitgemacht hatte, für die andere der Ortsverband Bodman-Ludwigshafen.

Erstere Aktion führte anlässlich des „tag des wir“ ins benachbarte Bundesland Rheinland-Pfalz. Sie ermöglichte Menschen mit Behinderungen ein inklusives Gemeinschaftserlebnis.

Die Lebenshilfe Hockenheim „hebt ab“: Flugtag in Speyer

So hatte der Landesverband mit Geschäftsführerin Heike Sommerauer-Dörzapf und der Vorsitzenden des Ortsverbandes Schwetzingen-Neulußheim, Ursula Bäuerlein, für eine Wohngruppe der Lebenshilfe, Region Mannheim-Schwetzingen-Hockenheim e. V., etwas Besonderes organisiert: einen „Flugtag“ beim Flugsportverein (FSV) in Speyer am 26. August.

Bäuerlein, bekannt als Netzwerkerin der besonderen Art und so mit gutem Kontakt zum FSV, hatte Jahre zuvor ein ähnliches Erlebnis ermöglicht und nahm auch diesmal Kontakt auf.

Martin Hauß, Schriftführer im Vorstand des Flugsportvereines und dort zuständig für interne Kommunikation, Kooperationen mit anderen Vereinen, Gästebetreuung und anderes mehr, war sofort von der Idee begeistert und gab dem SoVD die Zusage.

Der FSV Speyer ist ohnehin dafür bekannt, dass er ge-

meinsam mit der Flugplatzgesellschaft gemeinnützigen Institutionen, Schul- und Jugendgruppen vielerlei Möglichkeiten am Flughafen bietet. So beteiligt sich der Verein an sozialen Projekten in und um Speyer und unterstützt zum Beispiel seit 1994 mit Begeisterung die Sommeraktion „Ferienspaß mit dem Ferienpaß“ des Kinder- und Jugendzentrums Speyer (JUFÖ Speyer). Dabei führen Vereinspilot*innen ehrenamtlich Rundflüge für Kinder und Jugendliche in die Umgebung von Speyer durch. Die Flugplatzgesellschaft unterstützt die Aktionen durch Verzicht auf die Landegebühren.

Der Flugsportverein, gegründet 1950, wird ehrenamtlich geführt und hat etwa 160 Mitglieder. Dort werden Privatpilot*innen ausgebildet auf Motorflugzeugen, Motorsegeln und Segelflugzeugen. Es gibt aber auch die Möglichkeit zum passiven Mitfliegen bei einem Rundflug über die Metropolregion Rhein-Neckar. Das Fliegerbistro „Bordküche“ mit großem Erlebnis-Biergarten nahe der Rollbahn ist dabei Dreh- und Angelpunkt für viele der Ausflüge und Touren.

Hier trafen an dem Samstagmorgen auch die Bewohner*innen des „Wohnhauses Hockenheim“ in der Oberen Hauptstraße nebst Betreuer*innen erwartungsfroh ein. Sie wurden herzlich empfangen von Ursula Bäuerlein und ihren Mitstreiter*innen aus dem Ortsverband – Margarethe

Geiger, Inge Wehe, Rudolf Enzmann und Kurt Frey, der an diesem Tag dankenswerterweise als Fotograf mit professioneller Ausrüstung agierte – sowie Heike Sommerauer-Dörzapf vom Landesverband.

Schon Tage zuvor hatte die Gruppe der Lebenshilfe dem großen Tag entgegengefebert. Nicht alle trauten sich, in ein Flugzeug zu steigen; andere wiederum konnten es kaum erwarten, endlich darin zu sitzen.

Die Vereinspiloten Martin Hauß und Guido Steinhauer, unterstützt von Sohn Pascal, begleiteten die Flugwilligen zu den Motorflugzeugen und halfen ihnen umsichtig und einfühlsam, ihre Plätze einzunehmen. So starteten mehrere Flieger nacheinander, besetzt mit je zwei Bewohner*innen, einer Betreuung und dem Piloten, zum eindrucksvollen Rundflug.

Engagement, tolle Erfahrung und ein schöner Tag für alle

Den An- und Abflug bestaunte und beklatschte stets eine bunt gemischte Gruppe Schaulustiger mit SoVD-Vertreter*innen und Wohngruppenmitgliedern. Die glücklichen Gesichter der Ankommenden sprachen Bände über das schöne Erlebnis.

Zum Abschluss gab es für alle im Biergarten ein schmackhaftes Spaghetti-Bolognese-Essen, das auch die „am Boden Zurückgebliebenen“ glücklich machte. Landesgeschäftsführerin Sommerauer-Dörzapf überreichte den Teilnehmenden noch eine SoVD-Tasche mit kleinen Über-



Fotos (2): Kurt Frey

Gemeinschaftserlebnis mit Einsatz: Wer traut sich ins Flugzeug?

raschungen – und nach Gruppenfotos traten sie mit vielen Eindrücken ihren Heimweg an.

Bäuerlein und Sommerauer-Dörzapf bedankten sich bei Hauß, der im Namen des Flugvereins Speyer dem SoVD

dieses wunderbare Erlebnis zu einem symbolischen Preis ermöglichte. So ging ein ereignisreicher und dank des Engagements vieler Ehrenamtlicher sehr schöner Tag zu Ende.

Fortsetzung auf Seite 14

Nachruf

*Der Tod ist groß.
Wir sind die Seinen lachenden Munds.
Wenn wir uns mitten im Leben meinen,
wagt er zu weinen mitten in uns.*

(Rainer Maria Rilke)

Gerade erst stellte sich

Conny Boldt

noch als unsere Landesvorsitzende in Baden-Württemberg mit ihren Zukunftsplänen in der letzten Ausgabe der SoVD-Zeitung persönlich vor. Ein paar Tage nach ihrem Urlaub, am 8. September, wurde sie plötzlich und unerwartet im Alter von 67 Jahren aus unserer Mitte gerissen.

Seit 2006 und bis zuletzt setzte sie sich als Kreisvorsitzende aktiv für alle Ortsverbände im Kreis Bodensee-Alb ein und wurde von ihren Mitstreiter*innen für ihr Wirken geschätzt. Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass der SoVD Conny Boldts größtes Hobby war.

Während der letzten vier Jahre hatte sie im Landesvorstand die Position der Schriftführerin und die der Stellvertreterin des Landesvorsitzenden Hartmut Marx inne und agierte während seiner Krankheit als verantwortungsvolle Ansprechpartnerin im Landesverband. Als Hartmut Marx aus gesundheitlichen Gründen keine weitere Kandidatur anstrebte, wurde sie nun am 1. April 2023 zur Landesvorsitzenden gewählt.

Der Landesvorstand und sämtliche Kreis- und Ortsvorsitzenden danken Conny Boldt für ihre langjährig geleistete Arbeit für den SoVD. Der Landesverband Baden-Württemberg wird ihr Andenken in Ehren halten. Unser Mitgefühl gilt ihrem Bruder und seiner Familie.



Cornelia Boldt



Ein aufregender Tag für die Lebenshilfe-Wohngruppe aus Hockenheim, ermöglicht vom SoVD Baden-Württemberg, vom Ortsverband Schwetzingen-Neulußheim und vom Flugsportverein Speyer.



Glückwünsche



Foto: Swetlana Wall / Adobe Stock

Wenn wir jung sind, gelten alle Gedanken der Liebe.
Im Alter gilt alle Liebe den Gedanken.

Albert Einstein

Allen Mitgliedern, die im Oktober Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich. Gleichzeitig wünschen wir kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 16.10.: Andrea Scholz, Wald.

70 Jahre: 16.10.: Erwin Holzer, Bad Schönborn; 17.10.: Wiltrud Mayer, Fronreute; 18.10.: Werner Fieger, Walldürn.

75 Jahre: 10.10.: Horst Josef Zimmermann, Albstadt.

80 Jahre: 14.10.: Karl Jürgen Guggel, Albstadt; 16.10.: Manfred Christ, Hockenheim; 20.10.: Rudolf Tanner, Eberhardzell.

85 Jahre: 4.10.: Doris Bachiner, Mannheim; 6.10.: Elisabeth Hatzing, Tettang; 14.10.: Anna-Charlotte Wenter, Markdorf; 16.10.: Ernst Pelster, Freudenstadt; 25.10.: Elfriede Jenter, Balingen.

93 Jahre: 17.10.: Ermelinde Krumm, Sinzheim.

In den Geburtstagsgrüßen werden nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung ihres Geburtstages zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.



Termine



Foto: Wellnhofer Designs / Adobe Stock

Ortsverband Albstadt

27. Oktober, 12 Uhr: Mittagessen mit anschließendem Vortrag der Polizei, Thema: „Schutz vor Dieben und Betrugern“, im Brauhaus „Zollernalb“, Bahnhof 4, 72458 Albstadt-Ebingen. Referent ist Kriminalhauptkommissar Lothar Rieger vom Referat Prävention des Polizeipräsidiums Reutlingen. Er klärt über aktuelle „Maschen“ auf und gibt Tipps, wie man sich vor Kriminellen schützen kann. Vor allem ältere Menschen werden immer wieder Opfer von Tricks.

Orts- und Landesverband freuen sich auf rege Beteiligung und erbiten vorige Anmeldung über die Landesgeschäftsstelle bei Corinna Stein, Tel.: 0621 / 84 14 172 oder E-Mail: info@sovd-bawue.de.

Ortsverband Friedrichshafen

Jeden ersten Dienstag im Monat, 14–16 Uhr: Kaffeetreff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße 35, 88045 Friedrichshafen.

Ortsverband Hockenheim

21. Oktober: Mitgliederversammlung in der „Zehntscheune“.

Ortsverband Mannheim-Mitte

7. Oktober, 15 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Stollenwörthweiher“, Rheingoldstraße 204, 68199 Mannheim-Neckarau.

Ortsverband Neukirch

13. Oktober, 19.30 Uhr: Herbstversammlung.

www.sovd-bawue.de



Foto: santosha57 / Adobe Stock

Landesverband und Ortsverbände machten mit beim bundesweiten Aktionstag

Dankeschön zum „tag des wir“

Fortsetzung von Seite 13

Den „tag des wir“ feierte man in Bodman-Ludwigshafen am Bodensee schon am 12. August, und zwar mit Mitarbeitenden von helfenden Berufen wie Pflegedienst und Feuerwehr.

Dank an helfende Berufe in Bodman-Ludwigshafen

Die SoVDler*innen wollten einfach einmal Danke sagen für die ganzjährige schwere und engagierte Arbeit für die Allgemeinheit. Das Dankeschön sprachen sie in Form eines Fleischkäsebrötchens und diverser Getränke aus – und zwar bei einer Veranstaltung im Johannes-Hüglin-Saal der Evangelischen Kirchengemeinde.

Im offiziellen Teil stellten sich die Vorstandsmitglieder vom SoVD-Ortsverband Bodman-Ludwigshafen vor: die kurz danach leider plötzlich verstorbene Conny Boldt (siehe Nachruf auf Seite 13), die gerade erst auch Landesvorsitzende geworden war, sowie Rainer Wester und Gerald Sauter. Sie bedankten sich bei den Beteiligten für die Organisation und bei den Gästen für das Kommen. Gekommen war auch der neue



Von Pflegedienst bis Feuerwehr: Den „Helfer*innen“ einmal danken wollte der Ortsverband Bodman-Ludwigshafen am Bodensee.

Bürgermeister der Seegemeinde, Christoph Stolz (parteilos). Er hatte es am 23. April im ersten Anlauf geschafft, mit einer Mehrheit von 72 Prozent gewählt zu werden. Stolz zeigte großes Interesse an den Gästen und beteiligte sich engagiert an der aufkommenden Diskussion.

Dabei ging es unter anderem um Themen rund um die „Sorgende Gemeinde“ und die Situation von Pflegediensten im Ort. Frau Behnke vom ambulanten Pflegedienst Seerose

erzählte von einem ausfüllenden und anspruchsvollen Beruf. Die Aufgabe mache ihr im Team viel Spaß. Jeder könne sich auf den anderen verlassen. Der Bürgermeister zeigte sich beeindruckt, da der Pflegedienst ohne Dachverband alles selbstständig stemmt.

Die Anwesenden hatten im Austausch einiges voneinander erfahren und bedankten sich für die schöne Veranstaltung und die anregende Debatte.



Sprechstunden

Eine persönliche Sozialrechtsberatung findet in den einzelnen Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialrechtsberater*innen statt. Bei dringenden Anliegen können nach telefonischer Terminvereinbarung auch außerhalb dieser Sprechzeiten telefonische Beratungen durchgeführt werden. Teilweise sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online-/Video-Beratungen möglich.

Sozialberatung in Albstadt

Die Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16, 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431 / 26 30.

Sozialberatung im Kreisverband Bodensee-Alb

Die Terminvereinbarung für die Sprechstunden erfolgt durch die Rechtsberatungsstelle Albstadt unter Tel.: 07431 / 26 30.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Die Sozialsprechstunden finden jeden dritten Donnerstag im Monat von 10 bis 13 Uhr statt. Eine vorherige Anmel-

dung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431 / 26 30.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden ersten Dienstag im Monat von 10 bis 13 Uhr in Kressbronn statt. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich unter Tel.: 07431 / 26 30.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialrechtsberatung findet in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim nur nach vorheriger Vereinbarung unter Tel.: 0621 / 84 14 172 statt.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag eines Monats von 10 Uhr bis 11.30 Uhr im Gasthof „Zum Ochsen“ statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621 / 84 14 172, oder Leopold Lokotsch (1. Vorsitzender), Tel.: 06283 / 54 39.

Sozialberatung in Hockenheim

Die Sprechstunden finden am letzten Mittwoch eines Monats (außer August und Dezember)

von 15 bis 16 Uhr in den Räumen der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621 / 84 14 172, oder Heidegard Busch (1. Vorsitzende), Tel.: 06205 / 15 190.

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden jeden dritten Mittwoch von 9.30 bis 12 Uhr im Gebrüder Schmid Zentrum Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13 in 70199 Stuttgart, statt. Bitte melden Sie sich bei Bedarf unbedingt vorher bei Sozialrechtsberater Dario Becci unter Tel.: 0621 / 84 14 172 zur Beratung an. Bei dringenden Anliegen können auch außerhalb dieser Sprechzeiten telefonische Beratungstermine vereinbart werden.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die telefonische Sozialberatung findet unter Tel.: 0621 / 84 11 51 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68305 Mannheim unter Tel.: 0621 / 84 14 172 zur Verfügung.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. besuchte den SoVD-Landesverband

Verbände mit Schnittstellen

Ein wohlwollendes Zusammentreffen fand Ende August in der Bremer SoVD-Landesgeschäftsstelle statt: Zu Gast waren Landesvorsitzender Dietmar Werstler und Landesgeschäftsführer Matthias Sobotta vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Bremen.

Beide Verbände kennen einander gut und schätzen die Arbeit der jeweils anderen Institution. Auch diesmal gab es einen angeregten Austausch

mit dem SoVD-Vizepräsidenten und 1. Bremer Landesvorsitzenden Joachim Wittrien sowie der SoVD-Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski.

Die thematischen Schwerpunkte waren die Zukunftsfähigkeit von Verbänden, mögliche Strukturveränderungen sowie der Austausch darüber, wie wichtig das ehrenamtliche Engagement in Verbindung mit der hauptamtlichen Arbeit ist. Daneben spielte auch der Bereich Digitalisierung eine große Rolle.

Das Gespräch fand wie gewohnt in freundlicher Atmosphäre statt. Es gab dabei inhaltlich viele Schnittpunkte. „Wir haben verabredet, weiter im Gespräch zu bleiben“, berichtet Wittrien, „es ist sowohl für unseren Landesverband als auch für den Volksbund wichtig, jetzt die Weichen für eine tragfähige Zukunft zu stellen. Die Herausforderungen ähneln sich sehr. Eine gute Sache, wenn man sich über Vorstellungen und Pläne austauschen kann, dann muss nicht jeder das Rad neu erfinden!“



Foto: M.Dörr & M.Frommherz / Adobe Stock

Hohe Temperaturen über eine längere Zeit hinweg sind für viele Menschen gefährlich, zum Beispiel für ältere oder kranke.

Strategie für 2024: SoVD Bremen fordert frühes Handeln

Die nächste Hitzewelle kommt ganz sicher

2023 ist der Norden glimpflich an der Hitze vorbeigeschrammt, anders als im ungewöhnlich trockenen, heißen Sommer des letzten Jahres. Nach wissenschaftlichen Erkenntnissen führt der Klimawandel aber dazu, dass es auch in Bremen in den nächsten Jahren zu längeren Hitzewellen mit Temperaturen über 30 Grad kommen wird.

Anhaltende Temperaturen über 30 Grad gefährden die Gesundheit gerade von älteren und vorerkrankten Menschen. Aus diesem Grund entwickelt die Bundesregierung aktuell eine Hitzestrategie für Bund, Länder und Kommunen.

Joachim Wittrien, SoVD-Vizepräsident und 1. SoVD-Landesvorsitzender in Bremen, mahnt zeitnahes Handeln an: „Wir können es uns nicht erlauben, erst dann an die Umsetzung von Hitzestrategien zu gehen, wenn der Schweiß bereits fließt! Jetzt im Winter müssen die Pläne ausgearbeitet werden, die im nächsten Sommer vielen Bürger*innen das Leben erleichtern sollen.“



Foto: Miljan Živković / Adobe Stock

Mehr Trinkbrunnen in allen Stadtteilen zu schaffen, das wäre eine der nötigen Schutzmaßnahmen.

Insbesondere für Ältere jetzt rechtzeitig vorsorgen

Der Landesverband fordert daher die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung auf, schnellstmöglich dafür zu sorgen, bremenweit öffentliche Trinkwasserbrunnen zu installieren. „Auch die Möglichkeit, in Zeiten extremer Hitzeeinwirkung klimatisierte Räume für besonders gefährdete Menschen zur Verfügung stellen zu können, muss sondiert werden“, fordert Wittrien, „genauso, wie Pflege- und Altenheime sowie Krankenhäuser klimatisiert sein müssen. Wir können nicht wieder ältere oder gesundheitlich gefährdete Menschen in überhitzten Räumen schmoren lassen. Hier sehen wir einen dringenden Handlungsbedarf!“

Öffentliches Trinkwasser, klimatisierte Heime und Kliniken

Den Erfolg der Hitzestrategie misst Wittrien daran, wie sie in den einzelnen Bremer Stadtteilen umgesetzt wird. „Zusätzliche Trinkwasserbrunnen sind gut für alle, aber eine Bereitstellung von klimatisierten Räumen in Heimen, Krankenhäusern, aber auch in Schulen oder Bürgerhäusern ist unerlässlich für Menschen, die unter der Hitze stark leiden. Diese muss jeder Stadtteil anbieten können!“



Fotos: Karsten Reimer

Austausch in der Landesgeschäftsstelle, v. li.: Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski, 1. Landesvorsitzender und SoVD-Vizepräsident Joachim Wittrien sowie Landesvorsitzender Dietmar Werstler und Landesgeschäftsführer Matthias Sobotta vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Bremen.

Konstruktives Gespräch über knappen Wohnraum und Barrierefreiheit im Verkehr

Zu Gast bei der Bausenatorin

Kaum war sie im Amt, schon nutzte Özlem Ünsal, die neue Bremer Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SPD), die politische Sommerpause für ausführliche Informationsgespräche in Bremen und Bremerhaven. Der SoVD-Landesverband war gleich Anfang August mit von der Partie und nahm die Einladung der Senatorin zu einem Kennenlern- und Austauschgespräch gern an.

„Es war ein sehr angenehmes Gespräch mit vielen Überschneidungen“, berichtete der 1. Landesvorsitzende sowie zugleich SoVD-Vizepräsident Joachim Wittrien. Er nahm zusammen mit der SoVD-Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski an dem Treffen mit der Senatorin teil.

Dabei konnten sie wichtige Anliegen des Landesverbandes Bremen bereits ansprechen: „Mit dem Thema Wohnraumknappheit haben wir bei Frau Ünsal offene Türen eingernannt. Genauso wie mit der Barrierefreiheit im Straßenverkehr – auch dies ist für sie eine wichtige Herausforderung in der neuen Legislaturperiode“, so Wittrien.

Die drei Gesprächsteilnehmer*innen verabredeten, weiterhin in Kontakt zu bleiben. „Kritische Nachfragen sind er-

wünscht“, sagte Wittrien und kündigte an: „Dies werden wir sicherlich nutzen, denn für viele unserer Mitglieder ist

die Wohnraumnot ein beherrschendes Thema. Dem wollen wir mit ganzer Kraft entgegensteuern.“



Lernten einander kennen und sprachen über Themen rund um Bauen, Wohnen und Verkehr, v. li.: Landesvorsitzender und SoVD-Vizepräsident Joachim Wittrien, Bremens Bausenatorin Özlem Ünsal und Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski.

KV/OV Termine

Kreisverband Bremen Ortsverband Bremen-Süd

Jeden dritten Dienstag im Monat, 15 Uhr: Klönschnack bei „Starke Bäcker“, Pappelstraße 89, 28199 Bremen.

Ortsverband Gröpelingen

21. Oktober, 12 Uhr: Mitgliedertreffen mit Suppenessen im „Kultur vor Ort“, Liegnitzstraße 63, 28237 Bremen, Anmeldung bis eine Woche vorher bei Marianne Stelzenmüller, Tel.: 0421 / 70 90 73 80, oder Guido Wilharm, Tel.: 0421 / 38 00 803, montags bis freitags zwischen 19 und 20 Uhr.

Kreisverband Bremen-Nord Ortsverband Blumenthal-Farge

18. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Lokal „Zum Grünen Jäger“ in der Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Lesum

9. Oktober, 16.30 Uhr: Gesamtvorstandssitzung / Mitgliedertreffen im „Lesumer Hof“, Oberreihe 8, 28717 Bremen.

Ortsverband Vegesack

26. Oktober, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Bürgerhaus Vegesack, Raum E 03, Voranmeldung nicht erforderlich.

Vorschau: 2. Dezember, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Jahresabschlussfeier im Restaurant „Zum Alois“, Breite Straße 12, 28757 Bremen-Vegesack. Gebeten wird um Anmeldung bis zum 18. November unter Tel.: 0421 / 60 07 315.

Kreisverband Bremerhaven

Ortsverband Bremerhaven Nord-Süd

10. Oktober, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Information zur Fahrt nach Varel im Altbürgerhaus Lehe, Neulandstraße 48, 27576 Bremerhaven.

17. Oktober: Fahrt nach Varel gemäß vorheriger Besprechung.

Ortsverband Geestemünde

27.10., 14.30 Uhr: Mitgliederveranstaltung im Ernst-Barlach-Haus, Anmeldung erbeten bei der Ortsvorsitzenden Karin Michaelsen unter Tel.: 0471 / 55 222 oder per E-Mail an: k.michaelsen@nord-com.net.

Ortsverband Leherheide

13. Oktober, 10 Uhr: Mitgliedertreffen mit Frühstück in der Lukaskirchengemeinde, Louise-Schröder-Straße 1, 27578 Bremerhaven. Achtung, wegen des Frühstücks beginnt das Treffen diesmal schon vormittags!

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Monat Oktober Geburtstag haben, gratuliert der SoVD-Landesverband Bremen herzlich. Er wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

All denjenigen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünschen wir eine baldige Genesung.

Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421 / 16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Gelebte Gemeinschaft und Begegnungen beim Ortsverband Bremen-Süd

Grillfest zum „tag des wir“

Eine tolle Idee des Ortsverbandes Bremen-Süd: Zum „tag des wir“, den der ganze SoVD rund um den 21. August begeht, organisierte der Vorstand ein Grillfest für die Mitglieder. Es fand im „Rotheo“ statt, einer inklusiven Stadtteilküche im Bremer Stadtteil Huckelriede.

Rund 30 Gäste verlebten einen schönen, gemeinschaftlichen Nachmittag bei leckerem Essen, netten Gesprächen und einem interessanten Vortrag über das Projekt „Wünschewagen“ des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) Bremen, dem der SoVD zur Unterstützung eine Spende überreichte.

Sarah Stahmann, die Referentin des ASB, berichtete über dieses rein ehrenamtlich getragene und ausschließlich aus Spenden finanzierte Projekt, mit dem schwerkranken Menschen ein letzter Wunsch erfüllt werden kann.



Fotos (2): Karsten Reimer

Die Grillmeister des inklusiven Bistros „Rotheo“ in Aktion.



Rund 30 Gäste vor dem „Rotheo“ im Quartierszentrum Huckelriede, wohin der SoVD eingeladen hatte.

Ortsverbände unterstützen

Spannende Aufgaben im Ehrenamt

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren und suchen dafür eine Aufgabe?

Zur Unterstützung seiner Ortsverbände, die nicht nur die kulturellen Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, sucht der SoVD Bremen Interessierte, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer freien Zeit machen wollen.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Herausforderung suchen und gern Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle! Über Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421 / 16 38 490,
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471 / 28 006.

Neues bequem per E-Mail

Monatlicher Newsletter des SoVD Bremen

Mitglieder, die gern einmal im Monat (außer zur Sommerausgabe der Verbandszeitung „Soziales im Blick“) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen und Tipps erhalten möchten, bittet der Landesverband um eine E-Mail an: newsletter@sovd-hb.de.

Kooperationen im Norden

Viele Vorteile mit der Mitgliedskarte

Von Vergnügen bis Vorsorge: Die SoVD-Mitgliedskarte bietet Ermäßigungen oder vergünstigten Eintritt bei vielen Kooperationspartnern, auch regional in Bremen und Bremerhaven.

Mehr dazu auf der Internetseite des SoVD Bremen, www.sovd-hb.de, im Menü „Gemeinschaft“ unter „Kooperationen“.

www.sovd-hb.de



Foto: Ulrich Müller / Adobe

SoVD Hamburg und Sozialpartner fordern Inflationsausgleich und 29-Euro-Ticket für Rentner*innen

Demo zur Rente – gestiegene Kosten abfedern

Rentner*innen erhalten bislang keinen Inflationsausgleich. Das ist eine Ungerechtigkeit aus Sicht von SoVD Hamburg, AWO Hamburg, ver.di Hamburg Seniorinnen und Senioren, ver.di-Bundessenior*innenvorstand sowie den Bezirks-Seniorenbeiräten in Hamburg-Mitte, Hamburg-Nord und Hamburg-Altona. Deshalb demonstrierten sie Anfang September gemeinsam in der Innenstadt.

Rund 1.000 Demonstrierende zogen am 2. September bei schönstem Wetter durch die Mönckebergstraße in Richtung Rathaus. Sie folgten dem Aufruf von SoVD und AWO Hamburg sowie von den ver.di Hamburg Senior*innen, den ver.di-Bundessenior*innen und den Bezirks-Seniorenbeiräten Hamburg-Mitte, -Nord und Altona, um gemeinsam lautstark einen steuer-, abgaben- und anrechnungsfreien Inflationsausgleich für Rentner*innen sowie ein 29-Euro-Ticket für Senior*innen zu fordern.

Die Organisator*innen waren begeistert. Klaus Wicher, Landesvorsitzender des SoVD Hamburg, resümiert: „Die Demonstration war ein voller Erfolg. Wir haben schon mit vielen Menschen gerechnet, aber dass am Ende so viele mit dabei waren, freut uns sehr. Aber es zeigt auch, wie sehr das Thema auf den Nägeln brennt.“

Denn 67.000 ältere Menschen über 65 Jahre gelten in Hamburg als arm. Ihre Zahl steigt kontinuierlich. 53 Prozent der Rentner*innen bezieht eine Mini-Rente bis zu 1.000 Euro. Mehr als 31.000 von ihnen erhalten in Hamburg Grundsicherung, weil sie mit ihrer Rente nicht auskommen (Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistikamt Nord; Deutsche Rentenversicherung Nord; Statistisches Bundesamt).

Die aktuelle Rentenerhöhung (4,39 Prozent West, 5,86 Prozent Ost) bedeutet vor dem Hintergrund einer deutlich höheren Inflation einen klaren Verlust an Kaufkraft und Lebensqualität bei Millionen von Rentner*innen in Deutschland. Gestiegene Energiekosten, Mieten und Lebensmittelpreise treffen gerade auch ältere Menschen hart. Die Tarifabschlüsse 2023 beinhalten Einmalzahlungen zum Ausgleich – auch

für den öffentlichen Dienst, in Höhe von 3.000 Euro. Nur Menschen in Rente gehen leer aus.

Wicher sagte in seiner Rede: „Unsere Renten reichen für viele Menschen in Hamburg nicht. Sie leben in bitterer Armut und kamen schon vor der Pandemie nicht über die Runden. Mit den hohen Preissteigerungen können sie nicht zurechtkommen. Sie brauchen einen Inflationsausgleich von 1.500 Euro in diesem Jahr und nochmals den gleichen Betrag im nächsten Jahr.“ In Richtung Bundesregierung rief er mit vielen anderen Stimmen: „Bessern Sie schnell nach!“ Auch ein 29-Euro-Ticket könne helfen, Teilhabe trotz hoher Lebenshaltungskosten zu sichern.

Er warnte eindringlich vor der größer werdenden Vertrauenskrise gegenüber den etablierten Parteien und versprach: „Wir machen so lange weiter, bis wir Erfolg haben! Wir wehren uns!“



Foto: Susanne Rahlf / SoVD Hamburg

Klaus Wicher (3. v. li.) u. a. mit Tanja Chawla, Vorsitzende DGB Hamburg, Gerd Lütjens, Vorsitzender ver.di-Landessenior*innenvorstand Hamburg, und Horst Emmel, stv. Präsidiums vorsitzender AWO Hamburg.



Ansichten

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,

der Landesverband Hamburg hat im Sommer nicht auf der faulen Haut gelegen, sondern in vielen Stadtteilen Menschen an Infoständen zum Thema Wohngeld und Beratungstätigkeiten sowie anderen Dienstleistungen des SoVD beraten. Eines wurde sehr klar: Es herrscht nach wie vor große Unsicherheit, welche staatliche Hilfen es gibt und wer diese in Anspruch nehmen kann.

Inzwischen erhalten zudem viele Hamburger*innen hohe Nachzahlungsforderungen bei Mietnebenkosten. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von SoVD und Mieterverein zu Hamburg haben wir dazu Stellung genommen und darüber aufgeklärt, welche Hilfen hier greifen und welche Schritte schnell zu gehen sind, damit keine Fristen versäumt und drohende Kündigungen verhindert werden.

Besonders betroffen von hohen Wohn- und Lebenshaltungskosten sind derzeit auch Rentner*innen. Eine große Ungerechtigkeit hat uns dazu bewegt, auf die Straße zu gehen: Die Gewerkschaften haben in den Tarifabschlüssen 2023 Einmalzahlungen zum Inflationsausgleich durchgesetzt – zuletzt für den öffentlichen Dienst. Rentner*innen gehen bisher leer aus. Rund 1.000 Demonstrierende kamen bei schönstem Hamburger Wetter zur gemeinsamen Demonstration von SoVD Hamburg, AWO Hamburg, ver.di Hamburg Seniorinnen und Senioren, ver.di-Bundessenior*innenvorstand sowie den Bezirks-Seniorenbeiräten Mitte, Altona und Nord, um einen Inflationsausgleich für Rentner*innen zu fordern. Das Thema war ernst, die Stimmung trotzdem gut. Und wir bekamen sehr viel Zuspruch für die Aktion.

Genau diese gemeinsamen Aktionen sind es, die wir brauchen, um immer wieder auf soziale Missstände aufmerksam zu machen. Wir freuen uns über jede Unterstützerin und jeden Unterstützer! Wir brauchen Sie! Kommen Sie zu uns in den SoVD und helfen Sie mit, soziale Ungerechtigkeiten hartnäckig wieder und wieder deutlich zu machen. Das war nicht die letzte Aktion, das versprechen wir.

Wir erreichen mit Ihnen und für Sie mehr, wenn unsere starke SoVD-Gemeinschaft weiterwächst – jetzt Mitglied werden!



Klaus Wicher

SoVD-Sozialkaufhaus feierte Jubiläum beim Kulturfest in Osdorf

Zehn Jahre Cappello für alle

Im Rahmen des Hamburger Tages der Familien fand am 26. August wieder das jährliche Kulturfest am Osdorfer Born statt. Gleich zwei Geburtstage gab es zu feiern: Das SoVD-Sozialkaufhaus Cappello ist in diesem Jahr zehn Jahre alt geworden – genauso wie das benachbarte Bürgerhaus Bornheide.

In seiner Rede ging SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher auch auf Ernstes ein: „Cappello ist am Osdorfer Born und im SoVD Hamburg nicht mehr wegzudenken. So richtig in Feierlaune sind wir allerdings nicht, wenn wir auf die Zahlen gucken. Denn unser Sozialkaufhaus verzeichnet seit dem Start vor zehn Jahren steigende Besuchszahlen und spiegelt die steigende Zahl armutsgefährdeter Menschen in Hamburg wider.“

Die gute Laune überwog aber am Ende. Bei schönster Sonne konnten die Besucher*innen ihr Glück am Capello-Glücksrad auf die Probe stellen und kleine Gewinne einheimsen. „Wir drücken den Menschen die Daumen, dass sie ein glückliches Händchen haben“, sagte Wicher. Regina Bachner, die gute Seele von Cappello, und ihre ehrenamtlichen Helfer*innen kümmerten

sich wie immer mit viel Herzblut um ihre Gäste.

Auf der großen Bühne gab es beim Kulturfest ein weiteres Schmankerl: einige Ständchen



Foto: SoVD Hamburg

Einmal aus Spaß am Rad drehen wollte auch Klaus Wicher; mit Regina Bachner von Cappello.

des SoVD-Chores. Groß und Klein lauschten gebannt. Wer den Chor verstärken möchte, ist herzlich willkommen. Freude am Singen ist mitzubringen, weitere Bedingungen gibt es nicht. Ob Volkslied, Schlager, Pop oder Hamburger und internationale Folklore, die Sänger*innen unter Chorleiter Michael Starke beherrschen ihr Repertoire. Proben sind mittwochs um 19 Uhr im Kulturzentrum Heidbarghof, Langelehstraße 141, 22549 Hamburg.

Info

Mehr zu Cappello: www.sovd-hh.de/wir-ueber-uns/cappello-sozialkaufhaus-hamburg.

Mehr zum SoVD-Chor: www.sovd-hh.de/wir-ueber-uns/sov-chor.

**Ihr Klaus Wicher,
Landesvorsitzender**

Fonds für Bedürftige

Wenn Sie Hilfe brauchen, wenden Sie sich gern an den SoVD Hamburg! Der Hilfsfonds richtet sich an bedürftige Frauen, denen der Landesverband entweder direkt hilft oder ihren Mitgliedsbeitrag für den SoVD übernimmt. Zusätzlich bezuschusst er den Erholungsurlaub bedürftiger Frauen und Männer.

Das Vorliegen der Bedürftigkeit wird individuell geprüft, unabhängig von Leistungsbezügen wie der Grundsicherung oder Sozialhilfe. Ein Rechtsanspruch auf eine Zahlung besteht nicht.

Senden Sie uns eine kurze E-Mail oder einen Brief und beschreiben Sie, welches Problem Sie haben. Ihre Anfrage wird vertraulich behandelt und geprüft.

Kontakt: Karin Wöhrmann, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, E-Mail: karin.woehrmann@sovd-hh.de. Mehr Infos unter: www.sovd-hh.de/sozialberatung-hamburg/hilfe-beduerftige.

Podcast des SoVD Hamburg geht weiter

Reinhören lohnt sich!

Einmal im Monat diskutiert SoVD-Landeschef Klaus Wicher mit Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Praxis drängende soziale Fragen und Problemlagen.

In der neuen Folge spricht er mit Dr. Arne Eppers, Landesvorstand der Arbeiterwohlfahrt, kurz AWO, in Hamburg. Sie reden über wichtige Stellschrauben auf der Agenda von AWO und SoVD zu Kinderarmut, sozialer und beruflicher Integration von Geflüchteten und Migrant*innen, Gesundheitsversorgung und Senior*innenarbeit.

Hören Sie rein – online unter: www.sovd-hh.de/news-service/sovd-podcast! Dort gibt es auch alle bisherigen Sendungen noch zum Nachhören oder -lesen.

Sozialrechtsberatung



Foto: rcfotostock/Adobe Stock

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, ob unter Tel.: 040/611 60 70 oder per E-Mail an: info@sovd-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

• **SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle**
Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/611 60 70, Fax: 040/611 60 750, Öffnungszeiten: Mo–Mi 9–16 Uhr, Do 9–18 Uhr und Fr 9–14 Uhr.

• **SoVD-Beratungszentrum Harburg**
Mieterverein, Hölertwiete 2, 21073 Hamburg, Beratung zum Rentenantrag nach Terminvereinbarung. Öffnungszeit: Di 9–12 Uhr.

• **SoVD-Beratungszentrum Altona**
Mieterverein, Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeiten: Di und Do 9–12 Uhr.

• **SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt**

Kulturhaus Eidelstedt, Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeit: Mi 9–12 Uhr.

• **SoVD-Beratungszentrum Bergedorf**

DGB-Gewerkschaftszentrum, Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeit: Fr 10–12 Uhr.



Mehr Infos auf www.sovd-hh.de, auch bequem mit dem QR-Code.

SoVD-Infostände mit Beratung über Wohngeld und andere Zuschüsse

Tour durch Hamburger Bezirke

Auch im SoVD Hamburg hieß es in der Ferienzeit: Taschen packen und los! Aber nicht, um am Strand zu liegen, sondern um Bürger*innen in ihrem Stadtteil zu begegnen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. In sieben Bezirken war der SoVD mit einem Infostand vor Ort, um seine Angebote bekannter zu machen und Menschen unter anderem zum Thema Wohngeld zu beraten.

Landeschef Klaus Wicher nutzte die Gelegenheit, um mit den Menschen darüber zu reden, wo der Schuh drückt. Sein Fazit: „Die finanziellen Sorgen vieler Hamburger*innen werden größer, aber sie scheuen sich, staatliche Hilfen anzunehmen. Wir haben in unseren Gesprächen Mut gemacht, diese Hürde zu nehmen, und klargemacht, dass sie nicht allein sind.“

Geschäftsführerin Karin Wöhrmann und ihr Stellvertreter Mathias Mollenhauer berieten überwiegend zu Wohngeld und Wohngeld Plus. „Immer noch wissen zu wenige Menschen, dass sie einen Anspruch auf Wohngeld haben“, weiß Wöhrmann. „Wir konnten in

den kurzen Beratungen vor Ort schon so einige Unsicherheiten beseitigen und erklären, wie die Beantragung funktioniert.“

Die meisten informierten sich über Wohngeld und Mietzuschuss. Nur wenige fragten nach dem Lastenzuschuss bei Eigentum. „Offensichtlich rechnen Eigentümer*innen überhaupt nicht damit, dass sie berechtigt sein könnten, was nach Prüfung so sein kann“, so Wöhrmann. Auch Heimbewohnende können Anspruch haben.

„Die Menschen waren sehr dankbar für unsere Informationen, nicht wenige traten in den SoVD ein“, freute sich Wicher. Auch so war es ein erfolgreicher Sommer für den SoVD Hamburg.



Foto: Nicola Timpe/SoVD Hamburg

Mathias Mollenhauer, Jurist und stellv. Geschäftsführer des SoVD Hamburg, im Beratungsgespräch zu Wohngeld in Bramfeld.

Hohe Nachzahlungsforderungen aus Nebenkostenabrechnungen

Hilfe bei den Mietnebenkosten

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz informierten Klaus Wicher, Vorsitzender des SoVD Hamburg, und Dr. Rolf Bosse, Vorsitzender des Mietervereins zu Hamburg, am 5. September, dass auf viele Mieter*innen hohe Nachzahlungen bei den Nebenkosten zukommen – und dass es Hilfsangebote gibt.

Viele können kaum noch die hohen Mieten bezahlen – und nun flattert ihnen auch noch die jährliche Nebenkostenabrechnung ins Haus. Diesmal sind die Nachzahlungsforderungen teils exorbitant hoch und ein Schock. „Die sehr hohen Preise, die für Gas und Öl zu Beginn des Angriffskriegs in der Ukraine gezahlt werden mussten, kommen jetzt bei den Mieter*innen an“, so SoVD-Landeschef Klaus Wicher. „Es gibt Hamburger*innen, die das Vierfache der üblichen Rechnung bezahlen sollen. Das führt zu Wut, Not und großen Existenzsorgen.“

Von diesen Sorgen wussten Anwesende zu berichten, die sich zum Teil mit Nachzahlungsforderungen zwischen 1.000 und 1.500 Euro konfrontiert sehen. Zu den äußeren Einflüssen kommen die üblichen Abrechnungsfehler, die Hamburgs Mieterhaushalte nach Schätzung des Mietervereins jährlich mindestens zwölf Millionen Euro kosten. „Unserer Erfahrung nach ist jede zweite Nebenkostenabrechnung fehlerhaft. Deshalb ist es immer sinnvoll, die Abrechnung genau zu prüfen“, sagte Dr. Rolf Bosse, Vorsitzender des Mietervereins zu Hamburg. Häufig wurden die Dezemberhilfen trotz gesetzlicher Pflicht in der Heizkostenabrechnung nicht nachgewie-



Foto: Susanne Rahlf/SoVD Hamburg

Klaus Wicher erklärte auf der Pressekonferenz, wie der SoVD hilft.

sen, Vorauszahlungsbeträge nicht korrekt berücksichtigt oder Wohn- und Gewerbeflächen nicht aufgeteilt. Dieses Jahr besonders gebeutelt seien Mieter*innen des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA, wenn sie mit Gas heizen. Denn SAGA hat mit seinem Energielieferanten einen langfristigen Vertrag geschlossen, der keinen Festpreis für die Laufzeit vorsieht. Die heftigen Preissteigerungen an der Gasbörse 2021 und 2022 treffen Mieterparteien deshalb direkt. Der Mieterverein berät dazu kompetent.

Wicher berichtete, wie es vor allem Menschen mit kleinen Einkommen in der Situation geht. Sie gerieten wegen der

teils sehr hohen und fehlerhaften Abrechnung direkt in finanzielle Not. Doch es gebe mehr Hilfe als vermutet. „Wer wegen seiner Wohnkosten in finanzielle Schräglage gerät, hat sogar mehrere Möglichkeiten, sich helfen zu lassen. Betroffene sollten sich unbedingt bei uns in der Landesgeschäftsstelle beraten lassen“, so Wicher Rat. „Wer seine Rechte kennt und beispielsweise den SoVD im Rücken hat, kann sich gegenüber Vermieter*innen stark machen. Ein Wohnungsverlust sollte immer mit allen Mitteln verhindert werden, denn das wäre vor dem Hintergrund akuter Wohnungsnot in Hamburg eine echte Katastrophe.“

Kreisverband Mittelbe besichtigte Parlament und erlebte Debatten mit

Politik live: Besuch im Landtag

Sachsen-Anhalt Mitglieder des SoVD-Kreisverbandes Mittelbe sowie einige Ehepartner*innen besuchten kürzlich zusammen den Landtag von Sachsen-Anhalt in Magdeburg. Dazu eingeladen hatte der CDU-Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Burg, Markus Kurze.

Bevor die Teilnehmenden aus dem Jerichower Land an einer Sitzung teilnehmen konnten, wurden sie durch das Gebäude geführt. Dabei erfuhren sie, dass es einst vier separate, benachbarte Häuser waren. Gebaut in den 1720er-Jahren, gegenüber vom Magdeburger Dom, wurden sie unterschiedlich genutzt. Das Gebäude mit bürgerlich-barocker Fassade wurde Anfang der 1990er-Jahre umgebaut und ist seither Parlamentssitz des Landtages. Sein „Bürgerfoyer“ wird regelmäßig für Ausstellungen genutzt, aktuell „Imagekampagne für Einelternfamilien“ (siehe September-Ausgabe).

Im Plenarsaal erlebten die Besucher*innen dann etwa, wo die einzelnen Parteifractionen sitzen. Am Besuchstag fand unter anderem die Regierungsbefragung statt. Alle Fraktionen hatten Gelegenheit, dem Ministerpräsidenten Reiner Haseloff (CDU) und seinen Minister*innen Fragen zu stellen.

Markus Kurze wies auf die belastende Verkehrssituation



Foto: Monika Lück

Die SoVD-Gruppe aus dem Jerichower Land am Landesparlament.

im Jerichower Land hin, die derzeit durch Baumaßnahmen und bei Unfällen auf der A2 besteht. Er fragte, ob es im Ministerium für Infrastruktur und Digitales Überlegungen gebe, bei einem Unfall oder einer Vollsperrung den Verkehr früh umzuleiten. Sperrungen führten regelmäßig zu kilometerlangen Staus auf den Umleitungsstrecken. Das verärgere die Anwohner*innen.

Am Rande der Sitzung empfing der CDU-Abgeordnete die Gäste vom SoVD zum Gespräch. Er erläuterte die Aufgaben eines parlamentarischen Geschäftsführers. Im Anschluss entstand eine lebendige Debatte über aktuelle Fragen, die auch die Bundespolitik mit einschloss.

Nach einem Mittagessen in der Kantine ging es mit dem Bus wieder nach Burg und Genthin.

Forderung des SoVD Mitteldeutschland im Bündnis

Inflationsausgleich auch für Menschen in Rente

Die Lebenshaltungskosten sind extrem gestiegen. Daher fordert auch der SoVD Mitteldeutschland von der Bundesregierung einen steuer-, abgaben- und anrechnungsfreien, pauschalen Inflationsausgleich für Rentner*innen. Denn diese gehen bisher leer aus.

Der Landesverband fordert 1.500 Euro sofort für 2023 und 1.500 Euro am 1. Januar 2024. „Durch diese Einmalzahlungen muss die Bundesregierung dafür sorgen, dass Rentnerinnen und Rentner nicht weiter von der realen Lohnentwicklung in Deutschland abgehängt werden“, so die 1. Landesvorsitzende Kerstin Römer. Sie verweist dabei auf die Ergebnisse der aktuellen Tarifrunden. Dort seien, neben den prozentualen Anpassungen der Löhne und Gehälter, völlig zu Recht auch solche Einmalzahlungen vereinbart worden.

Sehr viele Rentner*innen seien arm oder armutsgefährdet, auch in Mitteldeutschland. Sie litten besonders unter den steigenden Lebensmittelpreisen, Energie- und Mietkosten. Angesichts dieser prekären Lage müsse die Bundesregierung handeln, erklärt Römer weiter. Die prozentuale Rentenerhöhung von 5,86 Prozent für Ostdeutschland federe den Kostenanstieg kaum ab.

„Durch seine Forderung erklärt sich der SoVD Mitteldeutschland mit einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften und Sozialverbänden solidarisch, das am 2. September in Hamburg für den Inflationsausgleich demonstriert hat“, ergänzt Dr. Karsten Lippmann, Mitglied des Landesvorstandes und Sozialpolitischen Ausschusses (SPA).

Gegen Ausgrenzung: gemeinsam Flaggen gehisst

Regenbogen am Rathaus

Sachsen-Anhalt Bei den Aktionswochen zum CSD vom 4. bis zum 20. August fanden in Magdeburg viele Veranstaltungen statt. Auch der SoVD Mitteldeutschland war vertreten. CSD steht für „Christopher Street Day“, er wird jährlich in vielen Städten weltweit begangen.

Die Ursprünge liegen im Stonewall-Aufstand 1969 in der Christopher Street in New York. Eine Polizeirazzia im „Stonewall Inn“ löste Protest gegen Diskriminierungen und Übergriffe gegenüber Schwulen und Lesben aus – und tagelange Kämpfe. Noch heute weist der CSD auf Ausgrenzung und Gewalt hin.

Zum Auftakt gab es ein „Queer Magdeburg Info Meet“ vor dem Rathaus. Riesige, farbige Bänder waren auf dem Pflaster zu einem Regenbogen angebracht, weit sichtbar für Magdeburger*innen und Gäste. Oberbürgermeisterin Simone Borris (parteilos), Gleichstellungsbeauftragte Heike Ponitka und Interessierte hissten vier Regenbogenflaggen. Der Regenbogen ist zum Beispiel ein Symbol für schwule, lesbische oder anders „queere“ Menschen. Er steht zudem für Frieden, Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Borris forderte in ihrer Rede Gleichstellung und gesellschaftliche Akzeptanz sexueller Vielfalt.

Dabei waren Netzwerker*innen vom Politischen Runden Tisch der Frauen/Geschlechtergerechtigkeit, auch Monika Lück vom SoVD: „Mit meiner Teilnahme am gemeinsamen Hisen der Regenbogenflaggen habe ich als Landesfrauensprecherin den Verband vertreten, um auf die Rechte, Gleichstellung und Sichtbarkeit von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgender, intersexuellen und queeren Menschen aufmerksam zu machen.“ Höhepunkte der Aktionswochen waren die Demo am 19. August und das Stadtfest.



Foto: Monika Lück

Flaggen-Aktion zum CSD.

Kommentar

Den sozialen Frieden sichern

Verschlepptes Heizungsgesetz, enttäuschende Kindergrundsicherung: Die Politik zu Klima, Finanzen und Sozialem spiele den Rechten in die Hände, meint Landesvorstandsmitglied Joachim Heinrich.

Soziale Themen geraten wieder ins Hintertreffen. Streit um die Kindergrundsicherung, Einschnitte beim BAföG, vier Milliarden weniger für die Jobcenter: Das ist bisher die traurige Bilanz zum Haushalt des „Sozialstaates“, der bis 2030 die Armut beseitigen will. So wird das nicht gelingen, im Gegenteil sehen wir einen Anstieg. Dass sich mehr Menschen abgehängt fühlen, ist verständlich. Deshalb fordern wir, die Schuldenbremse auszusetzen. Sie ist politisch unklug.

Wer in einer Rezession derart den Rotstift ansetzt, riskiert Zukunftsfähigkeit, Kaufkraft und den sozialen Frieden. Immer mehr Menschen würden ihre Stimme populistischen und rechtsradikalen Parteien geben, wenn heute Bundestagswahl wäre. Die AfD würde 20 Prozent bekommen und



**Joachim Heinrich,
Vorsitzender des SPA**

die Regierungsparteien überholen. Die Politik sollte anfangen, die Gründe ernst zu nehmen. Statistische Aussagen mögen territorial zutreffen, ich habe aber Zweifel, ob die vielen Menschen gefragt wurden, die bei der Tafel anstehen, sich kein Studium leisten können, ohne

Obdach oder langzeitarbeitslos sind. Wobei ich glaube, dass sie nicht unbedingt die sind, die den Populisten ihre Stimme geben würden. Aber soziale Ungerechtigkeiten sind ein Motor dafür – und für größere Nichtwählerschaft.

Trotzdem fährt allen voran die FDP im Finanzministerium weiter ihren Kurs einer Politik für Wohlhabende. Zur Finanzierung der dringenden sozialen Aufgaben und Bekämpfung des Klimawandels brauchen wir eine gerechte, soziale Umverteilung durch die Steuerpolitik. Wer viel hat, muss für das Gemeinwesen mehr abgeben.

Es wird immer wichtiger, den Finger in die Wunde zu legen. Das tut der SoVD gemeinsam mit anderen Verbänden und Vereinen. Kämpfen wir weiter für soziale Gerechtigkeit und gegen rechte Strömungen an!

Neues vom Politischen Runden Tisch der Frauen/Geschlechtergerechtigkeit

„Tag gegen Gewalt“ vorbereitet

Sachsen-Anhalt Am 15. August traf sich wieder der Politische Runde Tisch der Frauen/Geschlechtergerechtigkeit in Magdeburg. Es ging um Aktuelles aus Gremien und Projekten, die Vorbereitung zum Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen sowie Ergebnisse der Klimafachtagung des Deutschen Frauenrates.

Heike Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt, informierte die Netzwerkteilnehmerinnen – zu denen auch die SoVD-Landesfrauensprecherin Monika Lück gehört – zunächst über zwei neue Schutzwohnungen für Frauen, die von häuslicher Gewalt bedroht sind.

Aktion im November informiert zu Gewaltschutz

Der 25. November ist der Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Dazu ist wieder die erfolgreiche Bäckertüten-Aktion geplant. Die Bedruckung mit „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ soll auf das Problem hinweisen und über Hilfen informieren. „Es ist erfreulich, dass immer mehr Bäckereien in Magdeburg und im Umland daran teilnehmen“, so Ponitka. 60.000 Tüten würden bedruckt – mit neuem Layout, denn das Hilfefon ist ab Frühjahr 2024 ohne Vorwahl europaweit erreichbar.

Auftakt am 25. November ist um 11 Uhr vor der Bäckerei Steinecke im Breiten Weg. „Nach der Kundgebung gehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf den Domplatz, um mit einem gemeinsamen Foto zu zeigen, dass wir uns gegen Gewalt an Frauen und Mädchen einsetzen“, so Lück, die ankün-

digte, mit den Frauen des Landesausschusses teilzunehmen.

Besondere Situation von Frauen am Beispiel Klima

Es folgte ein Bericht über Ergebnisse der Klimafachtagung des Landesfrauenrates: Wie betroffen sind Frauen, welche Unterschiede gibt es zu Männern? Deutlich wurde, dass Frauen sich anders im öffentlichen Verkehr bewegen, ihr CO₂-Fußabdruck ist kleiner. Doch beeinflusst der Klimawandel ihre Gesundheit negativ. Vor Klimakatastrophen geflohene Frauen sind oft von sexueller Gewalt und Zwangsprostitution bedroht. Bei extre-

mer Hitze haben Frauen häufiger eine Fehlgeburt. Und in solchen Situationen haben sie andere Zuständigkeiten als Männer, pflegen Kranke und Verletzte.

In der Diskussion ging es dann um Fairness im öffentlichen Raum. Nur wenig bekannt sei das Codewort „Luisa“, das Frauen bei Gefahr in Lokalen dem Barkeeper nennen können.

Ponitka informierte noch über die Veranstaltung „Geht davon aus, dass wir es können!“ zur Lage von Frauen in der Filmindustrie. Dazu hatten das Frauenzentrum Wolfen und die Leitstelle für Frauen und Gleichstellungspolitik Sachsen-Anhalt eingeladen.



Foto: Monika Lück

Magdeburgs Gleichstellungsbeauftragte Heike Ponitka (re.) mit einigen der Netzwerkteilnehmerinnen beim jüngsten Treffen.



Im Gespräch, vorne v.li.: Susanna Fiedler und Hannelore Thiele.



Die Grillmeister Knut Kamann und Martin Henze.

Sommerfest im Kreisverband Wernigerode

Eine Tradition wächst

Sachsen-Anhalt Schon zum neunten Mal – jährlich seit 2015 – hatte der Vorstand des SoVD-Kreisverbandes Wernigerode unter dem Motto: „Gemeinsam statt einsam“ zum Sommerfest eingeladen. Er will die gute Tradition unbedingt aufrechterhalten.

Birgit Jungtorius, die 1. Kreisvorsitzende, begrüßte die Mitglieder. Gäste kamen auch vom Kreisvorstand Halberstadt unter Leitung des dortigen 1. Vorsitzenden Klaus Schatter.

Die Grillmeister Knut Kamann und Martin Henze verwöhnten alle mit Köstlichkeiten. In ungezwungenen Gesprächen ging es dann um die Sorgen und Ängste der Mitglieder über die Zukunft – wegen der Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Gas sowie Erhöhungen der Mieten. Doch ebenso trugen fröhliche Momente zum gelungenen Fest bei. Es endete gemütlich mit einem Kaffeetrinken.

Besonderer Dank gilt Jürgen Sahland von der Freimaurerloge „Zum starken Licht am Brocken“, der erneut deren Räume zur Verfügung stellte, und dem Kreisvorstand, der alles mit Hingabe und Herzblut organisierte und durchführte. „Gemeinsam statt einsam“ bleibt auch künftig das Motto des SoVD Wernigerode.

5 Termine

Kreisverband Wernigerode

10. Oktober, 14.30 Uhr: Mitgliedertreff, Heltauer Platz 1.

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897. Fax: -98. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de.

Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, Terminvereinbarung erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden s. Thüringen.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/ 54 50. Sprechstunden: 1. und 3. Donnerstag, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 0160/42 13 163

(mobil). Sprechstunde: erster Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldungen bitte unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64 733. Sprechzeiten: jeden ersten

Montag und ersten Dienstag im Monat, 11–13 Uhr, sowie nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Sachsen Sozialberatung

Siehe Thüringen.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, 3. Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratung nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Weniger Reize, weniger Belastung: Menschen mit Handicap berücksichtigt

„Stille Stunde“ beim Einkaufen

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es jetzt zwei Supermärkte, die ruhiges Einkaufen während einer „stillen Stunde“ ermöglichen. Denn Menschen im Autismus-Spektrum sind wegen einer sogenannten Reizfilterschwäche schnell durch zu viele Eindrücke überfordert. Das erschwert ihre soziale Teilhabe.

Alltägliche Tätigkeiten des Lebens, wie etwa der Einkauf, sind für viele Autist*innen eine große Herausforderung und mit Hürden verbunden.

Der Rewe-Markt am Greifswalder Südbahnhof (Hans-Beimler-Straße) und der Edeka-Markt im Rostocker Stadtteil Lütten-Klein (Warnow-Park) haben für solche Menschen eine „stille Stunde“ eingerichtet. So gibt es im Greifswalder Rewe dienstags von 18 bis 20 Uhr und im Rostocker Edeka täglich von 8 bis 9 Uhr weniger Beleuchtung, Warenverräumungen und Kassenspiepen sowie weder Durchsagen noch Musik, Radio und TV.



Foto: _KUBE_/Adobe Stock

In Ruhe Lebensmittel holen: Das Angebot einiger Supermärkte erleichtert nicht nur Autist*innen und Hochsensiblen das Leben.

Landesverband informiert über das Seniorenticket in Mecklenburg-Vorpommern

Im Alter günstig „Öffis“ fahren?

Seit dem 1. August besteht für ältere Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit, für 29 Euro monatlich durch Deutschland zu fahren. Natürlich ist die Nutzung des sogenannten Seniorentickets an Voraussetzungen geknüpft. Der Landesverband informiert – und weist auf Probleme hin.

Das Ticket ist für all diejenigen gedacht, die das 65. Lebensjahr erreicht oder überschritten haben und ihren ständigen Wohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern haben. Es ist am Schalter, über eine Handy-App und auch online erhältlich.

Hier liegt ein Problem, welches die Ticketnutzung stark begrenzen kann: Wo ist der nächste Fahrkartenschalter? Oft sehr weit weg. Wann hat er geöffnet? Meistens zu Zeiten, zu denen die Berechtigten dort gar nicht hinkommen, zumindest diejenigen außerhalb der Ballungsräume. Dann vielleicht doch online oder per Handy-App?

Ticket schwer nutzbar ohne Internet und Smartphone

Es handelt sich um ein Seniorenticket. Auch wenn inzwischen immer mehr Behörden ihre Dienstleistungen online anbieten oder deren Nutzung zur Pflicht machen, wie beispielsweise das Finanzamt, gibt es gerade unter Älteren noch genügend Menschen, die weder einen Internetzugang haben – teilweise auch einfach wegen fehlenden Netzes – noch ein Smartphone besitzen, was besonders bei Menschen mit Ein-

schränkungen wie etwa audiovisuellen Defiziten der Fall ist.

Kauft oder beantragt man nun dieses Ticket am Schalter, kommt nach einigen Wochen ein Brief samt der Fahrkarte. Auf der Karte ist vermerkt, wie lange sie gültig ist. Leider fehlt auf ihr und auch im Anschreiben die Mitteilung, ab wann das Ticket gilt. Diese Information ist nicht unwesentlich, da eine Nutzung vor dem festgelegten Datum als „Schwarzfahren“ gilt.

Im Anschreiben findet man zwei Internet-Links, die man



Foto: JackF / Adobe Stock

Das Seniorenticket und Infos dazu gibt es vor allem digital.

nutzen soll, um alle wichtigen Informationen zu dem Seniorenticket zu bekommen – die sogenannten FAQs („frequently asked questions“, englisch für „häufig gestellte Fragen“). Wie kommt nun jemand an diese Informationen, wenn er doch kein Internet hat? Wieso werden bei der Übergabe dieses Seniorentickets nicht alle wichtigen Informationen hinzugefügt?

Gut für Mensch und Umwelt – das muss sich noch zeigen

„Es zeigt sich auch hier: Gut gedacht funktioniert nur, wenn es auch gut gemacht ist“, meint der 1. Landesvorsitzende Dr. Helmhold Seidlein. So hatte der SoVD-Landesverband schon das allgemeine „Deutschlandticket“ zu 49 Euro im Hinblick auf seine Nutzbarkeit in der Praxis kritisiert (siehe Beitrag in der September-Ausgabe). Dr. Seidlein ergänzt: „Im Falle des Seniorentickets in MV besteht noch sehr viel Handlungsbedarf, ehe der beabsichtigte Zweck, gut für Mensch und Umwelt, auch tatsächlich erreicht wird!“

Der SoVD in Mecklenburg-Vorpommern drängt auf Nachbesserungen und wird die Entwicklung beobachten.



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

es geht in das letzte Quartal 2023. Viel hatten wir uns vorgenommen in unseren Jahresplänen und in der Resolution der Landesverbandstagung. Bei den meisten Vorhaben liegen wir im Plan:

Es wurden viele neue Mitglieder gewonnen, mehr Frauen als Männer, und mehr jüngere als in den vergangenen Jahren. Die rechtliche Vertretung unserer Mitglieder war sehr erfolgreich. Die Finanzsituation unseres Landesverbandes wurde stabilisiert.

Der im Mai gewählte Landesvorstand brachte sich intensiv in den Strategieprozess des SoVD-Bundesverbandes ein und wird auch weitere Vorschläge einbringen und Anträge stellen, die aus seiner Sicht wichtig sind, um die Erfolge unserer Arbeit in den letzten Jahren nicht zu gefährden, sondern zu konsolidieren und zu verstetigen.

Dabei wird die von unserem Landesverband über viele Jahre gute Zusammenarbeit mit befreundeten Landesverbänden eine große Rolle spielen. Hier gilt es an den berühmten „Stellschrauben“ zu drehen. Über alle Aktivitäten des Landesverbandes werden wir die Mitglieder weiter umfassend informieren, unter anderem auf der für den Herbst geplanten Landeskonzferenz. Wir werden auch künftig unsere Arbeit wie bisher transparent gestalten und hoffen, dadurch alle SoVD-Mitglieder in Mecklenburg-Vorpommern aktiv mit eigenen Vorschlägen an der Entwicklung des Landesverbandes beteiligen zu können, getreu dem Motto: Wir sind der Verband, jedes Mitglied ist der Verband!



Helmhold Seidlein

Ihr Dr. Helmhold Seidlein, 1. Landesvorsitzender



Foto: Zamrznuti tonovi / Adobe Stock

Nach einer Geburt Kindergeld & Co. zu beantragen, ist kompliziert.

Gemeinsame Beratungsstelle der Behörden in Rostock

Leistungen für Familien

Die Kindergrundsicherung soll bald alle Familienleistungen zusammenfassen und so die Anträge erleichtern. In Rostock sind die Behörden schon praktisch einen Schritt in diese Richtung gegangen.

Für Kindergeld und Kinderzuschlag ist die Familienkasse zuständig. Für Elterngeld sind es die Versorgungsamtsdezernate: in Mecklenburg-Vorpommern vier Elterngeldstellen des Landesamtes für Gesundheit und Soziales (LAGuS). Rostock hat seit gut einem Jahr eine gemeinsame Beratung von Elterngeldstelle und Familienkasse Nord. Eltern finden alles unter einem Dach; das war beim Start bundesweit einmalig. Die Beratung ist im LAGuS-Bürgerzentrum, Friedrich-Engels-Platz 5–8, dienstags 9–12 und 14–17 Uhr. LAGuS/ele

5 Termine

Kreisverband Parchim

30. November (**Vorschau**), 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen als Adventsnachmittag, mit Kaffee und kleinem Unterhaltungsprogramm. Im „Uns Pütter Hus“ der Volkssolidarität, W.-I.-Lenin-Straße 1-4, 19370 Parchim. **Anmeldung bis zum 20. Oktober** unter Tel.: 03871/44 42 31 oder E-Mail: SoVD-Kreisverband-Parchim@outlook.de

Kreisverband Wismar

11. Oktober, 11 Uhr: Frühstück.
17. Oktober, 13 Uhr: Spielenachmittag.

Kreisverband Schwerin – Ortsverband Dreesch

9. Oktober, 14 Uhr: Mitgliedertreffen im Café Kisch (in der Wohnanlage), Egon-Erwin-Kisch-Straße 17, 19061 Schwerin, Großer Dreesch. Infos beim Vorsitzenden Karl-Heinz Müller.

Rechtsberatung

Neubrandenburg / Demmin: 4. Oktober (Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Rostock); **Güstrow / Schwerin:** 25. Oktober. Es berät Doreen Rauch.

Greifswald: 10. Oktober; **Bergen (Rügen) / Stralsund:** 24. Oktober. Es berät Donald Nimsch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalde, 17109 Demmin, Tel. über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381/76 01 090.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter der Glastür rechts, 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

Kreisverband Parchim wieder regelmäßig aktiv für die Mitglieder vor Ort

Neuer Vorstand, neue Angebote

Längere Zeit war es ruhig um den SoVD-Kreisverband Parchim. Das hat sich nun wieder geändert. Ein neuer Vorstand wurde gegründet, der aus bekannten und neuen Mitgliedern besteht. Zudem gibt es wieder mehr Sprechzeiten und Aktivitäten.

Neuer 1. Vorsitzender ist Michael Schulz, 2. Vorsitzender Harald Walczak. Das Amt der Schatzmeisterin übernimmt Carola Walczak. Als Beisitzer fungieren Hans-Heinrich Erke und Michael Schneider.

Der SoVD freut sich, den Parchimer Mitgliedern für ihre Belange nun wieder regelmäßig eine Sprechstunde anbieten zu können. Interessierte erreichen die Kreisgeschäftsstelle im zweiten Stock der Ludwigsluster Straße 29 in 19370 Parchim. Sprechzeit ist immer dienstags von 10 bis 12 Uhr und von 16 bis 18 Uhr sowie nach Absprache unter Tel.: 03871/44 42 31 oder E-Mail: SoVD-Kreisverband-Parchim@outlook.de.

Um auch die Aktivitäten im Kreisverband zu beleben, lädt der Vorstand seine Mitglieder



Foto: Florian Behncke/wikimedia, CC BY-SA 4.0

Luftbild von Parchim mit Mecklenburg-Vorpommerns längstem Fluss, der Elde. Auch in dünn besiedelten Gegenden ist der SoVD-Landesverband für seine Mitglieder da.

außerdem für den 30. November um 14.30 Uhr zu einem Adventskaffee ins „Uns Pütter Hus“ ein (siehe „Termine“) und freut sich auf einen schönen, gemeinsamen Nachmittag.

Worauf Beschäftigte in einem Kündigungsschutzprozess achten sollten

Vergleiche im Arbeitsrecht

Wer nach einer Kündigung klagen will, hat dazu drei Wochen Zeit. Oft münden Klagen vor dem Arbeitsgericht in einem Vergleich. Dafür gibt es einen „Gütetermin“. Ziel ist, dass die Parteien ohne Gerichtsurteil eine einvernehmliche Lösung finden. Was gilt es aus Arbeitnehmersicht zu beachten?

Viele halten es für selbstverständlich, dass das Arbeitsverhältnis durch den Vergleich endet. Möglich ist aber auch, eine Vertragsänderung zu vereinbaren, sodass die Person weiterbeschäftigt werden kann. Das ist etwa denkbar bei einem Wechsel des Arbeitsortes oder veränderten Jobbedingungen.

Abfindung

Abfindungen sind meist Verhandlungssache. Einen festen Anspruch hat man nur selten; etwa, wenn es einen Sozialplan gibt. Das gilt auch für die Höhe, die je nach den Erfolgsaussichten der Klage schwankt. Die Regel „ein halbes Bruttomonatsgehalt pro Beschäftigungsjahr“ wird zwar häufig angewendet, ist aber nicht bindend. Abfindungen sind nicht steuerfrei.

Kündigungsfrist

Die Kündigungsfristen müssen im Auge behalten werden. Gerade bei älteren Beschäftigten sind sie interessant. Eine Verlängerung kann unter Umständen beim Übergang in die Rente oder beim Arbeitslosengeld helfen. Der Rechtsschutz des DGB rät, dass sich Arbeitnehmer*innen grundsätzlich nicht darauf einlassen sollten, die Frist zu verkürzen,



Foto: Drazen/Adobe Stock

Job weg? Bei einer Klage sind viele Fragen individuell zu klären.

da es dann zu Kürzungen beim Arbeitslosengeld kommen kann. Sinnvoll kann es aber sein, wenn schon ein neuer Arbeitsvertrag unterschrieben ist.

Zeugnis

Jede*r hat Anspruch auf eine wohlwollende Beurteilung. Es kann sich lohnen, das Zeugnis in den Vergleich aufzunehmen. Zum einen hindert es den Arbeitgeber, es zu „vergessen“. Zum anderen schafft der Vergleich einen guten Rahmen, um zu einer gemeinsamen Überzeugung zu kommen, welche Beurteilung angemessen ist. Das hilft meist bei der Jobsuche.

Altersvorsorge

Auch betriebliche und gesetzliche Altersvorsorge sind nicht zu vergessen. Führt der Weg aus dem Job nicht direkt in die Rente, können Nachteile drohen. Unter Umständen lässt sich das verhindern. Bei der Betriebsrente sollte man im Auge behalten, dass sie nicht verfällt. Das gilt auch für Altersstufen bei einer privaten Rentenversicherung.

Rechtsbeistand

Wer nicht in einer Gewerkschaft ist und dort keinen Rechtsrat einholen kann, sollte eine*n Fachanwalt*anwältin für Arbeitsrecht konsultieren. mh

www.sovd-mv.de



Foto: Thomas Wolter/pixabay

Bisheriger Landesvorsitzender Bernhard Sackarendt wird Verbandsratsvorsitzender

Neue Verbandsspitze im SoVD

Der SoVD in Niedersachsen verändert seine personellen Strukturen an der Verbandsspitze: Der bisherige Geschäftsführer Dirk Swinke und sein Stellvertreter Dirk Kortylak bilden den neuen hauptamtlichen Vorstand. Bernhard Sackarendt – bislang Landesvorsitzender – agiert zukünftig als ehrenamtlicher Vorsitzender des Verbandsrats. Mit dieser Veränderung stellt sich Niedersachsens größter Sozialverband noch moderner und zukunftsgerichteter auf.

Bereits im Juni hatten die SoVD-Delegierten auf ihrer Landesverbandstagung für diese verbandsinternen Umstrukturierungen gestimmt. Diese sind nun mit der offiziellen Eintragung ins Vereinsregister wirksam geworden. Damit erhält der Verband einen hauptamtlichen Vorstand, der bisherige Landesvorstand fungiert als ehrenamtlicher Verbandsrat und als sogenannte Landeskonferenz.

„Die soziale Ungerechtigkeit in Niedersachsen nimmt immer weiter zu. Unsere Aufgabe als Sozialverband ist es, den Betroffenen Menschen eine starke Stimme zu geben. Dazu braucht es aber auch entsprechende Strukturen“, sagt der neue Vorstandsvorsitzende Dirk Swinke. Mit diesen Neuerungen professionalisiere der SoVD seine Arbeit noch weiter – sowohl in der sozialrechtlichen Beratung als auch

in der politischen Interessensvertretung.

Besonders wichtig ist dabei auch die Arbeit des Verbandsrats und der Landeskonferenz. „Beide Gremien werden in ihrer Arbeit den Fokus unter anderem auf die politische Ausrichtung und die Neukonzeption unserer ehrenamtlichen Strukturen legen“, erläutert Bernhard Sackarendt, der künftig das Amt des Vorsitzenden des Verbandsrats innehat. Gerade letzteres sei für den SoVD mit seinen mehr als 8.000 ehrenamtlich Aktiven von enormer Bedeutung. „Unsere Ehrenamtlichen sind das Fundament unserer Arbeit vor Ort“, so Sackarendt weiter.

Swinke, Kortylak und Sackarendt sind keine Unbekannten im Verband: Swinke und Kortylak leiten seit 2006 gemeinsam als Geschäftsführung die Geschicke des SoVD, Sackarendt ist seit 2019 Landesvorsitzender.



Foto: Martin Bargiel

Dirk Swinke (links) und Bernhard Sackarendt

SoVD: Flickenteppich muss beendet werden Teilhabegeld für alle ermöglichen

Menschen mit Behinderung erhalten – je nach Bundesland – unterschiedliche finanzielle Leistungen. Es gibt zwar überall ein Landesblindengeld, allerdings variiert die Höhe stark. Noch ungerechter ist die Situation für Gehörlose und Taubblinde. „In Berlin, Brandenburg oder Nordrhein-Westfalen bekommen sie pro Monat eine finanzielle Unterstützung, in Niedersachsen erhalten sie keinen Cent“, kritisiert Bernhard Sackarendt, Verbandsratsvorsitzender des SoVD. Es könne nicht sein,

dass es vom Wohnort abhängt, ob Betroffene Leistungen erhalten oder nicht. „Dieser Flickenteppich muss beendet werden. Nur so kann gerechte Teilhabe hergestellt werden“, ist sich Sackarendt sicher. Deshalb fordert der niedersächsische SoVD ein Teilhabegeld, dass alle Betroffenen – unabhängig vom Einkommen – erhalten. So könnten spezielle Bedarfe, die aufgrund ihrer Behinderung entstehen, ausgeglichen werden. „Wichtig ist dabei, dass es jeder*jedem, die*der eine Behinderung hat, zur Verfügung steht, ohne, dass sie langwierig erläutern müssen, für welchen Mehrbedarf sie das Geld genau verwenden“, betont Sackarendt weiter. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für mehr Flexibilität und Selbstbestimmung. „Niedersachsen sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und ein Teilhabegeld auf Landesebene einführen. Ziel wäre aber natürlich eine Lösung auf Bundesebene“, so Sackarendt.



Foto: Chansom Pantip

Taubblinde Menschen haben besondere Bedarfe.

Aktuelle Zahlen zeigen: Weniger Sozialwohnungen in Niedersachsen zur Verfügung

SoVD: Mieten dürfen kein Armutsrisiko sein

Wohnen wird für Menschen mit geringem Einkommen immer unbezahlbarer. Doch anstatt den Bau von Sozialwohnungen in Niedersachsen voranzutreiben, ist die Zahl im vergangenen Jahr sogar gesunken. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linken hervor. Angesichts dieser Ergebnisse fordert der SoVD in Niedersachsen die Landesregierung auf, ihre Anstrengungen beim sozialen Wohnungsbau zu verstärken, damit die Mieten nicht zu einem Armutsrisiko werden.

Die Mieten in Niedersachsen steigen immer weiter. Gerade für Menschen mit wenig Geld wird das zu einem enormen Problem. „Viele unserer Mitglieder mit geringem und teilweise auch mittlerem Einkommen kommen zu uns, weil sie sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten können und keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden“, berichtet Bernhard Sackarendt, Verbandsratsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg hat die Zahl der Sozialwohnungen in Niedersachsen um fast 2.600 abgenommen und liegt mittlerweile nur noch bei 52.601.

„Das muss sich ändern. Wohnen darf bei uns in Niedersachsen kein Luxus sein“, betont Sackarendt. In den vergangenen Jahren sei im Bereich der Sozialwohnungen viel ver-

säumt worden. „Das muss jetzt dringend aufgeholt werden. Die Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft ab 2024 ist zwar sinnvoll, reicht aber bei Weitem nicht aus“, ist sich der Verbandsratsvorsitzende sicher.

Insgesamt müsse der Ausbau der Sozialwohnungen vorangetrieben und die Sozialbindung verlängert werden. Auch das Thema der Fehlbelegungen müsse angegangen werden. „Bei Sozialwohnungen wird nur am Anfang überprüft, ob eine Berechtigung vorliegt. Das führt dazu, dass manche Mieter*innen jahrelang in einer Sozialwohnung leben, obwohl sie mittlerweile ein höheres Einkommen und damit möglicherweise gar keinen Anspruch mehr haben“, so Sackarendt. Das sei angesichts der angespannten Situation nicht hinnehmbar und müsse geändert werden.

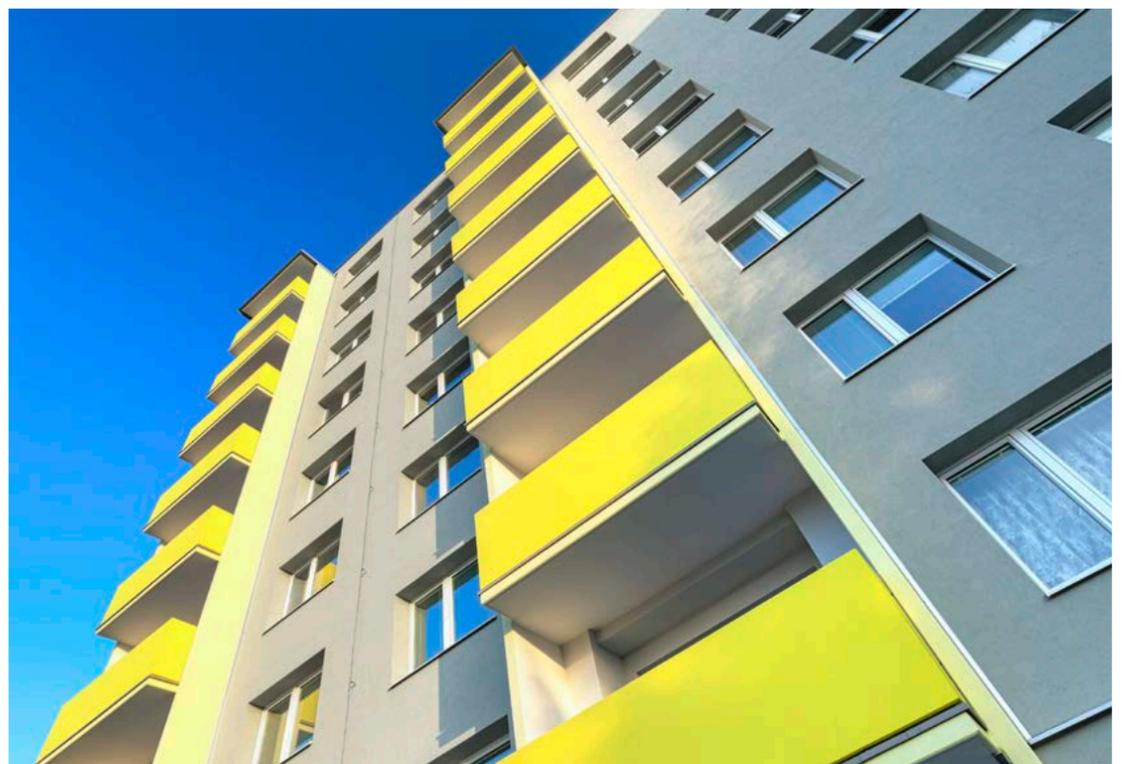


Foto: Vilo Mucha

Die Bundesregierung hatte angekündigt, jedes Jahr 100.000 Sozialwohnungen bauen zu wollen. Neu gebaut wurden 2022 jedoch nur 22.545 Sozialwohnungen.

SoVD fordert: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Kinder und Jugendliche stärker bekämpfen

Psychotherapie für junge Menschen

Fast drei Viertel der Kinder und Jugendlichen haben psychische Probleme – das zeigen Zahlen der Bundesministerien für Familie und Gesundheit. Grund dafür sind die Belastungen, die während der Corona-Pandemie entstanden sind. Eine ausreichende Versorgung mit Psychotherapeut*innen fehlt für die Betroffenen jedoch – auch in Niedersachsen. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb zum internationalen Tag der Jugend am 12. August eine realistische Bedarfserhebung und einen Ausbau der Angebote.

Die Corona-Pandemie hat insbesondere Kindern und Jugendlichen stark zugesetzt. Homeschooling und Lockdown haben dafür gesorgt, dass die psychischen Probleme in dieser Altersgruppe zugenommen haben: Sieben von zehn Kindern und Jugendlichen leiden nach wie vor unter psychischem Stress. „Diese Zahlen sind vor

allem deshalb erschreckend, weil solche Belastungssituationen in der sensiblen Phase der Pubertät enorme Folgen haben können, wenn sie nicht schnell behandelt werden“, sagt Saskia Heuck, Sprecherin der SoVD-Jugend in Niedersachsen. Doch genau da liegt aus Sicht des größten Sozialverbands in Niedersachsen das Problem.

„Die Angebote an psychischer Behandlung sind überhaupt nicht auf den aktuellen Bedarf abgestimmt. Die letzten Zahlen dazu wurden vor etwa 24 Jahren geschätzt. Seitdem gab es keine Anpassung mehr“, kritisiert Heuck weiter. Es sei also kein Wunder, dass es eine eklatante Unterversorgung und damit enorm lange Wartezeiten gebe.

Angesichts der dramatischen Entwicklung muss der aktuelle Bedarf realistisch erhoben werden. „Das muss einhergehen mit einem sofortigen Ausbau der psychiatrischen und psychotherapeutischen Angebote für Kinder und Jugendliche“, so die Jugendsprecherin.

Insbesondere die Landesregierung sei jetzt in der Pflicht, da auch die Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit und Soziales vor Ort stärker ausgebaut werden müsse, um psychosoziale Probleme rechtzeitig zu erkennen. „Hierzu gehören nicht nur Vorsorgeuntersuchungen, sondern vor allem auch entsprechende Unterstützung an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen“, betont Heuck. Werde an dieser Stelle nicht schnell gehandelt, seien Kinder und Jugendliche auch weiterhin die Verlierer der Pandemie. Die individuellen gesundheitlichen Folgen wären enorm.



Foto: Valerii Honcharuk / Adobe Stock

Viele betroffene Kinder und Jugendliche müssen lange auf eine Psychotherapie warten.

SOVD-PODCAST

Wichtige Infos zur Betreuung

Kann jemand seine Angelegenheiten nicht mehr selbst regeln, wird häufig eine gesetzliche Betreuung angeordnet. Aus der Beratung wissen die Moderatorinnen: Gerade bei Betroffenen, die eine Erwerbsminderungsrente aufgrund einer psychischen Erkrankung erhalten, kann das vorkommen. Deshalb besprechen sie in dieser Podcast-Folge, wie schwierig es sein kann, wenn man eine solche Leistung beantragen möchte, aber Probleme hat, sich alleine durch die ganzen Anforderungen zu kämpfen. Mit der Vereinsbetreuerin und Rechtsanwältin Ariane Becker-Tönnies vom SoVD-Betreuungsverein Celle reden die Moderatorinnen darüber, welche Aufgaben ein*e Betreuer*in überhaupt hat, und was man tun kann, wenn es bei der Betreuung Probleme gibt.

Die Podcast-Folge ist unter www.sovd-nds.de/podcast.de abrufbar.

SoVD lädt im Oktober zu Online-Vortrag ein

Aufklärung rund um digitales Erbe

Am Donnerstag, 26. Oktober, widmet sich der SoVD in Niedersachsen in einem Online-Vortrag dem Thema „Digitales Erbe“. Die Veranstaltung richtet sich an SoVD-Mitglieder und andere Interessierte.

Die Themen der digitalen Welt beschäftigen viele Menschen zunehmend in allen Lebensbereichen: durch die Nutzung der zahlreichen sozialen Netzwerke, die Kommunikation via E-Mail und Messaging-Diensten, den Austausch von Fotos per Instagram oder sonstigen Cloud-Diensten.

Alle übermittelten und gespeicherten Daten verbleiben auch nach Ihrem Tod beim jeweiligen Anbieter. Deshalb ist

es für jeden ratsam, seine Daten im Blick zu haben, wenn es um Regelungen nach dem Ableben geht. Das gleiche gilt für die Fälle, in denen Sie durch Krankheit oder andere Umstände nicht in der Lage sind, selbst zu handeln. Dies behandelt der Referent Frank Rethmeier in seinem Vortrag am 26. Oktober von 16 bis 17.30 Uhr.

Wer teilnehmen möchte, kann sich bis zum 24. Oktober unter weiterbildung@sovnd.de anmelden. Die Veranstaltung ist kostenfrei und wird per Zoom durchgeführt. Weitere Termine der SoVD-Vortragsreihe sind unter www.sovd-nds.de abrufbar.



Foto: khunaspix / Adobe Stock

Die meisten Menschen nutzen das Internet und haben auf verschiedenen Portalen Konten mit ihren Daten angelegt.

Hochwertige Pflegeversorgung erreichen durch Zusammenarbeit aller Akteur*innen

Austausch mit dem Pflegerat

Die Herausforderungen im Bereich der Pflege sind enorm: Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt bereits seit Jahren, und sie wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aufgrund des demografischen Wandels im Vergleich zu heute noch weiter erheblich anwachsen. Zugleich gibt es viel zu wenige Fachkräfte, um für alle Pflegebedürftigen eine professionelle und qualitativ hochwertige Versorgung zu garantieren. Damit das System nicht kollabiert und um tragfähige Lösungen für die Zukunft zu entwickeln, müssen gesellschaftliche und politische Akteur*innen zusammenarbeiten. Daher tauschte sich der SoVD in Niedersachsen mit dem Niedersächsischen Pflegerat (NPR) aus.



Foto: Stefanie Jäkel

Katharina Lorenz (rechts) im Gespräch mit Vera Lux vom NPR

Aus Sicht des SoVD in Niedersachsen gehört das Thema Pflege dringend in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung. Hier sei nicht nur der Bund in der Verantwortung; sondern auch das Land und die Kommunen. Es sei insbesondere an der Zeit für eine grundlegende Strukturreform der Pflege auf allen Ebenen, so Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim SoVD in Niedersachsen.

Mit Vera Lux, der Vorsitzenden des NPR, tauschte sich die SoVD-Vertreterin in der Landesgeschäftsstelle in Hannover zu den aktuellen Problemlagen aus.

Beide waren sich einig, dass Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Zudem müssten Menschen mit Pflegebedarf frei wählen und entscheiden können, wo und mit wem sie leben wollen. Auch der Wunsch vieler Menschen, so lange wie

möglich in der vertrauten häuslichen Umgebung leben zu wollen, müsse respektiert und ermöglicht werden, so die Auffassung von Lux und Lorenz. Daher brauche es ein vielfältiges Angebot an ambulanten und stationären Leistungen. „Pflege muss allerdings so finanziert werden, dass sie für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen kein Armutsrisiko darstellt“, betont Lorenz.

Weitere wichtige Aufgabenfelder, die sie im Gespräch erörterten, sind politische Maßnahmen, um dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen, die Umsetzung wohnortnaher und barrierefreier Präventionsangebote, um die Selbstständigkeit zu erhalten und die Pflegebedürftigkeit möglichst zu vermeiden. Ebenso sei eine stärkere Entlastung pflegender Angehöriger durch niedrigschwellige und zielgruppengerechte Angebote von zentraler Bedeutung.

Folgen einer Corona-Impfung müssen über übliche Impfreaktionen hinausgehen

Ansprüche bei Impfschäden

Seit Beginn der Corona-Impfkampagne Ende 2020 wurden bundesweit etwa 192 Millionen Impfdosen verabreicht. Löst das erhaltene Vakzin bei Betroffenen Impfschäden aus, haben sie, neben der Möglichkeit einer zivilrechtlichen Klage gegen den*die Hersteller*in, laut Impfschutzgesetz unter bestimmten Bedingungen einen Anspruch auf staatliche Entschädigung.

Es zeigt sich: Nicht in jedem Fall schützt die Corona-Impfung die Gesundheit, wie erhofft. Immer häufiger berichten Betroffene von negativen Folgen. Was viele nicht wissen – unter Umständen steht ihnen eine staatliche Entschädigung zu. „Im Impfschutzgesetz ist ein sogenannter Aufopferungsanspruch verankert.

Dahinter steht der Gedanke, dass Menschen sich nicht nur zum eigenen Schutz, sondern, im Interesse des Staats, auch zum Schutz der Mitmenschen impfen lassen. Erleiden sie dabei Impfschäden, kommt der Staat gegebenenfalls für eine Entschädigung auf“, weiß Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Dies umfasse

beispielsweise die Kostenübernahme von Kranken- und Heilbehandlungen oder Rentenansprüche.

„Damit ein Impfschaden anerkannt werden kann, müssen die gesundheitlichen Schädigungen länger als sechs Monate vorliegen. Wichtig ist dabei, dass die Beschwerden über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion hinausgehen. Relativ normale Symptome wie zum Beispiel Kopfschmerzen, Fieber oder Ausschläge, die üblicherweise nach einiger Zeit verschwinden, berechtigen nicht für eine Ausgleichszahlung“, informiert Lorenz. Gestellte Anträge werden in Niedersachsen zentral von der Außenstelle Oldenburg des Landesamts für Soziales, Jugend und Familie bearbeitet.

Bei Fragen zum Thema Impfschaden helfen die Berater*innen des SoVD gerne weiter. Beratungstermine können unter 0511 65 61 07 20 vereinbart werden.



Foto: Shotprime Studio / Adobe Stock

Wer nach einer Impfung unter schwerwiegenden Nebenwirkungen leidet, kann einen Anspruch auf staatliche Entschädigung haben.

SoVD in Hannover-Land attestiert Barrierefreiheit

Schwimmen ohne Barrieren

Mit einer ausführlichen Checkliste überprüfen die SoVD-Ehrenamtlichen in ganz Niedersachsen, wie barrierefrei Gebäude sind. Eigentlich sollten barrierefreie Gebäude eine Selbstverständlichkeit sein. Leider ist dies oft nicht der Fall, obwohl das für eine gleichberechtigte Teilhabe unerlässlich ist. Deshalb zeichnet der SoVD in Niedersachsen die Gebäude, die ein besonders gutes Beispiel sind, mit einer Plakette aus. Ihr Titel: „Überlegt geplant, an alle gedacht“.

Nun konnten Jürgen Mroz, 1. Vorsitzender des Kreisverbands Hannover-Land, sowie SoVD-Aktive aus dem Sozialpolitischen Ausschuss des Kreisverbands die Plakette an den Geschäftsführer des „Aqualaatzium“ Carsten Otte überreichen. Das Aqualaatzium im Süden Hannovers ist eine weitläufige Anlage mit Schwimmbecken, Sauna- und Wellnessbereich. Der Zugang zum Gebäude ist rollstuhlgerecht, Duschen und Umkleidekabinen sind barrierefrei gestaltet.



Foto: Britta Pötter

Mitglieder des Sozialpolitischen Ausschusses sowie der Kreisvorsitzende des SoVD in Hannover-Land überreichten die Plakette.

WHATSAPP-BERATUNG

Jetzt vormerken: Oktober-Termine

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 10. und 24. Oktober, jeweils Dienstag, von 17 bis 18 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.



Foto: Stefanie Jäkel

Online-Befragung der Bürger*innen bis Ende Oktober

Siebter Armuts- und Reichtumsbericht

Die Bundesregierung erstellt im Auftrag des Bundestags in jeder Legislaturperiode einen Armuts- und Reichtumsbericht (ARB). Dieser Bericht dient als Instrument zur Überprüfung politischer Maßnahmen. Für den siebten ARB sollen Menschen mit Armutserfahrung stärker als früher einbezogen werden. Deswegen hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Beteiligungsprozess angestoßen, über den möglichst viele Betroffene erreicht werden sollen.

Teil des Prozesses unter dem Motto „Armut?! Das geht uns alle an!“ ist eine Online-Befragung. Diese soll über breit gestreute Werbemaßnahmen möglichst viele Menschen mit Armutserfahrung erreichen. So können ihre Sichtweisen und Erfahrungen in die Auswertung einfließen. Die niedrigschwellige Befragung richtet sich an alle Menschen, die selbst armutserfahren oder haupt- oder ehrenamtlich in der Armutsbekämpfung tä-



Grafik: Orbit e.V.

Der Beteiligungsprozess wurde auf verschiedenen Kanälen beworben und endet im Herbst.

tig sind. Teilnehmende können zwischen verschiedenen Themenfeldern auswählen, zu denen sie sich gerne vertiefend äußern möchten: Finanzielle Situation, Wohnen, Mobilität, Familie und Unterstützung, Gesundheit, Bildung, Arbeit sowie Teilhabe und Gerechtigkeit. Die Befragung ist komplett anonym und in sieben verschiedenen Sprachen unter www.armut-das-geht-uns-alle-an.de abrufbar.

INFOS IN LEICHTER SPRACHE



Foto: Leszek Glasner / Adobe Stock

Gut verständlich: Zusätzliches Angebot der Deutschen Rentenversicherung

Die Deutsche Rentenversicherung hat auf ihrer Internetseite www.deutsche-rentenversicherung.de Informationen zur gesetzlichen Rente und zur Reha in Leichter Sprache veröffentlicht.

Vor allem für Menschen mit Lernschwierigkeiten, mit Leseschwierigkeiten oder Menschen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, können die umfangreichen Informationen und Tipps rund um das Rentensystem und ihre Rentenansprüche so besser nachvollzogen werden. Die Texte können auf der Internetseite www.deutsche-rentenversicherung.de gelesen werden. Sie können auch als Heft im PDF-Format heruntergeladen oder als gedrucktes Exemplar bestellt werden.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sov-d-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-97

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

SoVD-Mitglieder können Versicherungen zu attraktiven Konditionen abschließen

Krankenzusatzversicherungen

Zusatzversicherungen können zusätzliche Kosten auffangen, die gesetzlich Krankenversicherte ansonsten selbst tragen müssten. Auch ist es möglich, bestimmte Leistungen, die nur Privatpatienten erhalten, zu versichern. Die SoVD-eigene Maklerin, die VerbandsversicherungsService GmbH (VVS) berät SoVD-Mitglieder kostenlos zu Krankenzusatzversicherungen und ermittelt für sie Angebote mit besonders vorteilhaften Konditionen. Beratung und Betreuung sind für Mitglieder kostenfrei.

Auch wer seine Zähne gut pflegt und regelmäßig zum Zahnarzt geht, kann einmal Zahnersatz benötigen. Gesetzliche Krankenversicherungen übernehmen jedoch nur sehr eingeschränkt Leistungen für Zahnersatz, Implantate oder Inlays. Hier kann sich eine Krankenzusatzversicherung lohnen, um die oft sehr hohen Kosten nicht alleine tragen zu müssen.

Für Menschen, die bestimmte Vorsorgeuntersuchungen oder Kuren in Anspruch nehmen möchten, die die Krankenkasse nicht abdeckt, kann wiederum eine ambulante Krankenzusatzversicherung sinnvoll sein. Stationäre Krankenzusatzversicherungen bieten im Falle eines Krankenhausaufenthalts eine Unterbringung und Behandlung als Privatpatient*in. Beispiele sind eine sogenannte „Chefarztbehandlung“, die Unterkunft in einem Einzelzimmer, aber auch die Übernahme der Transport-



Abbildung: VVS GmbH

Über die SoVD-eigene Maklerin VVS GmbH können Mitglieder besonders leistungsstarke Versicherungen abschließen.

kosten. Mit anderen privaten Zusatzversicherungen können wiederum Krankentagegeld, Krankentagegeld oder Pflegegeld abgesichert werden.

Der genaue Leistungsumfang der verschiedenen Versicherungen unterscheidet sich mitunter stark. Hier ist es wichtig, sich genau zu informieren, um das passende Produkt zu finden. Versicherungsbeiträge sind in der Regel abhängig vom Eintrittsalter der Versicherten, vom Gesundheitszustand und der Art der Leistungen, die versichert werden sollen.

Die VVS vermittelt Versicherungsprodukte, die für die SoVD-Mitglieder bestmögliche Konditionen bieten, das heißt, bei denen Preis, Leistungen sowie Absicherungshöhe im bestmöglichen Verhältnis zueinander stehen. Neben Krankenzusatzversicherungen berät die VVS zu weiteren Versicherungsprodukten für die individuelle Vorsorge.

Für weitere Informationen können Mitglieder Jonar Reese von der VVS unter info@verbandsversicherungs-service.de oder 05101 9922255 kontaktieren.

Unterstützung nach Krankenhausaufenthalt oder bei Krankheit

SoVD-Tipp: Befristete Hilfe beantragen

Nach einer Operation, bei schwerer Krankheit oder nach einem längeren Aufenthalt im Krankenhaus kann der Alltag zur Herausforderung werden. Manche Menschen können in dieser Situation beispielsweise nicht selbst kochen, putzen oder die Kinder versorgen. Deswegen können gesetzlich Versicherte bei ihrer Krankenkasse vorübergehend Hilfe durch eine häusliche Krankenpflege oder eine Haushaltshilfe beantragen.

„Das ist vor allem für ältere Menschen sinnvoll, die allein

leben und keinen Pflegegrad haben“, so Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Dass im Haushalt keine Person lebt, die diese Aufgaben übernehmen kann, ist grundsätzlich die Voraussetzung für eine Bewilligung. Wird sie erfüllt, stehen Betroffenen die Leistungen bis zu einer Dauer von vier Wochen zu.

„Müssen Kinder betreut und versorgt werden, genehmigt die Krankenkasse die Hilfe sogar bis zu 26 Wochen“, weiß Lorenz. Neben der Kinderbetreuung können auch Haushaltsaufgaben wie Einkaufen oder Wäschewaschen übernommen werden. „Der Umfang der Leistungen richtet sich nach den individuellen Einschränkungen der Betroffenen“, erklärt Lorenz. Bei der Beantragung müssen sie eine Notwendigkeitsbescheinigung des*der Arztes*Ärztin vorgelegen, die die genaue Diagnose enthält.

Für Fragen und Unterstützung bei der Beantragung der Leistungen stehen die Berater*innen des SoVD gerne zur Verfügung.



Foto: DC Studio / Adobe Stock

Nach einem längeren Krankenhausaufenthalt kann es zunächst schwierig sein, sich um den Haushalt zu kümmern.

Neue Nummer für Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“: 116 016

Unterstützung für Frauen in Not

An 365 Tagen rund um die Uhr kostenfrei erreichbar: Das Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ berät Hilfesuchende vertraulich und kompetent. Es wurde im März 2013 beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben eingerichtet. Seit diesem Jahr ist es aus Deutschland unter der vereinfachten Rufnummer 116 016 erreichbar.

Jede dritte Frau in Deutschland ist von sexueller und/oder körperlicher Gewalt betroffen – Frauen aus allen sozialen Schichten und allen Altersgruppen, mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne Behinderung. Das Hilfefon „Gewalt gegen Frauen“ richtet sich an all diese Betroffenen. Darüber hinaus können sich auch Angehörige und Fachkräfte an das Hilfefon wenden. Die mehr als 100 Beraterinnen sind qualifizierte Fachkräfte, die Erfahrungen in der Beratung von gewaltbetroffenen Frauen haben und gemeinsam mit den Ratsuchenden Wege aus der Gewaltsituation ermitteln.

Anrufende aus dem deutschen Telefon- und Mobilnetz

erreichen das Hilfefon unter der neuen kürzeren Nummer 116 016. Die längere Nummer 08000 116 016 wird noch mehrere Monate parallel verfügbar bleiben.

Die telefonische Beratung ist in 18 Fremdsprachen möglich. Eine Beratung von Frauen mit Hörbeeinträchtigung in Deutscher Gebärdensprache ist ebenfalls rund um die Uhr gewährleistet.

Weitere Informationen zu Konzept und Geschichte des Hilfefons sind unter www.hilfefon.de abrufbar.



Foto: Nico Bekasinski / Adobe Stock

Das Hilfefon ist ein 24-Stunden-Angebot.

Einblicke, Austausch und Ausstellung im SoVD-Kreisverband Holzminden

„Tag der offenen Tür“

Nach einer langen Pandemiezeit wollte sich der Kreisverband Holzminden „wieder in der breiten Öffentlichkeit zurückmelden“, sagte der Kreisvorsitzende Hermann Schlieker bei der Eröffnung der Veranstaltung „Tag des Wir – Tag der offenen Tür“. Dazu waren alle Interessierten herzlich eingeladen, außerdem nahmen viele Gäste aus Politik und Verwaltung, vom SoVD und von befreundeten Verbänden teil.

Der „Tag der offenen Tür“ fand im SoVD-Beratungszentrum und dem angrenzenden Innenhof in der Karlstraße statt. Alle Interessierten waren herzlich eingeladen, dabei zu sein, sich über den SoVD und seine Arbeit zu informieren, Gespräche zu führen und das Rahmenprogramm mit Musik und Grillen zu genießen.

Neben zahlreichen Besucher*innen nahmen auch Gäste aus Politik und Verwaltung, sowie vom SoVD teil. Darunter Sabine Tippelt, Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtags, Landrat Michael Schünemann, SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, SoVD-Vorstandsvorsitzender Niedersachsen Dirk Swinke und Landesfrauensprecherin Annette Krämer. Die Politiker*innen lobten die vielfältige Arbeit des SoVD und das umfassende sozialrechtliche und sozialpolitische Engagement von Haupt- und Ehrenamt und beispielsweise den Einsatz für eine bessere Inklusion. Auch Engel-



Foto: Jens Bremeyer / JB-Artfoto

Strahlender Sonnenschein begleitete den „Tag der offenen Tür“ und lockte in den Innenhof des SoVD-Beratungszentrums Holzminden.

meier äußerte sich begeistert über das hervorragende Engagement der Ehrenamtlichen wie auch der hauptamtlichen Kolleg*innen. Dieses ist auch sehr notwendig: Swinke wies unter anderem auf enorme Herausforderungen hin, die die Gesellschaft zu bewältigen habe und bei denen sich der SoVD mit seiner Expertise einbringe und für Lösungen engagiere –

etwa beim Fachkräftemangel in der Pflege oder dem Erhalt von Krankenhäusern. Nach dem offiziellen Veranstaltungsteil lud Schlieker die Gäste ein, im Haus die Ausstellung „Über 100 Jahre Sozialverband SoVD“ zu besuchen. Diese zeigt das seit 1917 unveränderte Engagement des Verbands, seine Entwicklung vom Reichsbund hin zu einem Unterstützer in sozialen Fragen.

Zwei aus der Ukraine geflüchtete Frauen lernten die Arbeit des SoVD NRW näher kennen

Ein nicht ganz alltägliches Praktikum

Wenige Tage nach Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine flohen Elena Shyngaryova und Inna Iaroshjenko aus Charkiw vor den russischen Bomben. Schutz fanden die beiden Frauen in Lebach, einer Stadt im saarländischen Landkreis Saarlouis. Einigen glücklichen Zufällen ist es zu verdanken, dass es zum Kontakt mit dem SoVD NRW und in der Folge zu einem Kurzpraktikum in der Landesgeschäftsstelle kam. Ermöglicht wurde dies durch das Mentoren-Programm des Vereins Bifos (Bildungs- und Forschungsinstitut zum selbstbestimmten Leben Behinderter).

Dr. Michael Spörke, Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Kommunales, hatte sich bereit erklärt, bei diesem Programm mitzumachen. „Michael erzählte mir von seiner Arbeit beim SoVD, seinem Einsatz für Menschen mit Behinderung“, erzählt Elena Shyngaryova, und man merkt ihr die Begeisterung und Freude über den Kontakt zum Sozialverband

an. Sie ergänzt: „Bei unserer ersten Videokonferenz haben wir sofort eine Wellenlänge gefunden und viele Gemeinsamkeiten entdeckt. Da wusste ich sofort: Wir müssen uns unbedingt auch persönlich kennenlernen.“

Elena berät den Gouverneur ihrer Heimatstadt Charkiw in Fragen der Behindertenpolitik. Gemeinsam mit Inna hat sie

in Charkiw den Behindertenverband „CreaVita“ gegründet. Mit diesem betrieben sie eine inklusive Schule in der Ukraine. Diese Arbeit setzen sie nun in Deutschland fort. Unter anderem organisieren die beiden Frauen monatliche Hilfstransporte nach Charkiw.

Gemeinsam begleiteten sie Dr. Spörke an drei intensiven Tagen bei seiner Arbeit – und das nicht nur im Büro, sondern auch bei einer Anhörung im NRW-Landtag und einer von ihm geleiteten Fortbildung in Dortmund. „Es war eine Begegnung, die mich sehr beeindruckt hat“, so sein persönliches Fazit. In den Nachrichten werde vor allem die militärische Lage abgebildet, „aber von den Menschen in bzw. aus der Ukraine selbst erfährt man viel zu wenig. Elenas und Innas Schilderungen, ihre Berichte aus erster Hand waren für mich daher sehr eindrücklich, der ganze Besuch eine unglaubliche Bereicherung. Und natürlich werden wir auf jeden Fall im Kontakt miteinander bleiben.“



Trafen sich zum Interviewtermin (v. li.): Dr. Michael Spörke, Elena Shyngaryova und Inna Iaroshjenko.



In der Ukraine spielte Elena Shyngaryova Behinderten-Tennis und stand in der Rangliste ihres Landes sogar auf Platz 1.



Im Rahmen des dreitägigen Praktikums stand auch ein Besuch im Landesparlament von Nordrhein-Westfalen auf dem Programm.

Verband erläutert seine Positionen im Austausch mit Landtagsabgeordneten

SoVD bekräftigt Forderungen

Als Referentin ist Julia Kuhn in der Landesgeschäftsstelle des SoVD NRW zuständig für die Bereiche Frauen und Jugend. Ende August traf sie die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Britta Oellers (Vorsitzende des Ausschusses für Gleichstellung und Frauen) und Anke Fuchs-Dreisbach (Mitglied im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen).



SoVD-Mitarbeiterin Julia Kuhn (Mi.) tauschte sich mit den CDU-Politikerinnen Anke Fuchs-Dreisbach (li.) und Britta Oellers aus.

Bei dem Treffen im Landtag sprach Julia Kuhn die aus Sicht des SoVD wichtigen Themen an. Zu diesen gehört unter anderem die Forderung nach einer barrierefreien gynäkologischen Regelversorgung für behinderte Frauen und Mädchen sowie nach besseren Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Auch müsse der Zugang zu Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen gewährleistet sein. Voraussetzung hierfür, so Kuhn, sei eine dauerhafte Finanzierung der Frauenhäuser durch das Land NRW. Weitere Gespräche mit Vertreter*innen der Landesregierung werden folgen.



Mit einem Blumenstrauß überraschten Franz Schrewe (re.) und Jens Eschmann Landesfrauensprecherin Jutta König.

Gratulation für König

Am Rande einer Sitzung in der Landesgeschäftsstelle des SoVD NRW gab es einen außerordentlichen Tagesordnungspunkt – den 70. Geburtstag von Bundes- und Landesfrauensprecherin Jutta König. Blumen erhielt die engagierte Bochumerin von dem Landesvorsitzenden Franz Schrewe in Begleitung von Landesgeschäftsführer Jens Eschmann.

Christoph Velten und Heike Schumann sind als Vertrauenspersonen für die Stadt Köln tätig

Wie arbeitet die Schwerbehindertenvertretung?

Dieser Frage ist Waltraud Brandt nachgegangen. Die Kreisfrauensprecherin im Kreisverband Köln / Leverkusen / Erft-Kreis / Aachen war Ende Juli zu Besuch im Kölner Stadthaus, dem Hauptsitz der Stadtverwaltung. Dort standen ihr Christoph Velten und Heike Schumann Rede und Antwort.

Christoph Velten ist Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen, Heike Schumann die 1. Stellvertreterin. Die beiden fungieren als Schwerbehindertenvertretung (SBV) der Dezernate OB, I, II, IX. „OB“ steht dabei für die Oberbürgermeisterin, die römischen Zahlen für die Bereiche allgemeine Verwaltung, Ordnung, Finanzen, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales. Rund 7000 Menschen arbeiten in den Dezernaten, davon 600 mit einer anerkannten Schwerbehinderung und Menschen, die diesen gleichgestellt sind.

Was ist der Unterschied zwischen Schwerbehinderten und Gleichgestellten?

Die Schwerbehinderung gilt ab einem Grad der Behinderung (GdB) von 50. Diese wird bei der jeweiligen Kommune beantragt. Bei einem GdB von 30 beziehungsweise 40 können behinderte Menschen die rechtliche Gleichstellung mit schwerbehinderten Menschen beim zuständigen Arbeitsamt beantragen. Gleichgestellte haben keinen Anspruch auf Zusatzurlaub oder auf die abschlagsfreie Rente für schwerbehinderte Menschen (zwei Jahre vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze). Auch erhält man keinen Ausweis. Die übrigen Rechte sind aber gleich.

Und was genau macht ihr eigentlich so?

Wir sind die Ansprechpartner*innen für alle schwerbehinderten und gleichgestellten Mitarbeiter*innen. Wir kümmern uns auch um die Kolleg*innen, die einen Antrag auf einen Grad der Behinderung oder einen Gleichstellungsantrag stellen

möchten und zum Beispiel chronisch erkrankt oder von Behinderung bedroht sind. Wir helfen bei Problemen am Arbeitsplatz, bei Anträgen und begleiten sie bei beruflichen Angelegenheiten sowohl beim BEM (Betriebliches Eingliederungsmanagement) als auch bei Personalgesprächen.

Gemäß Paragraph 178 Absatz 2 Sozialgesetzbuch (SGB) IX hat der Arbeitgebende die Pflicht, die SBV in allen Angelegenheiten, die eine schwerbehinderte oder gleichgestellte Person betreffen, zu unterrichten und vor einer Entscheidung anzuhören. Leider ist das nicht immer der Fall. Die Schwerbehinderten sollten sich daher auch immer selbst bei der SBV melden, da die Arbeitgeber*innen die SBV nicht immer im Rahmen der genannten Vorschrift einbeziehen.

„Angelegenheiten“ können zum Beispiel sein: Personalgespräche, Beurteilungen, BEM-Gespräche, Umsetzungen auf einen anderen Arbeitsplatz, Ermahnungen, Abmahnungen und Kündigungen. Durch regelmäßige Hinweise von uns auf den Paragraphen 178 Absatz 2 des SGB IX haben wir aber schon erreicht, dass sich inzwischen mehr Dienststellen an die Unterrichts- und Anhörungspflicht halten.

Wichtig ist es, den Arbeitgeber*innen klar zu machen, dass die Schwerbehindertenvertretung in allen Bereichen zu informieren ist, die Schwerbehinderte betreffen. Dafür ist es natürlich Voraussetzung, dass die Führungskräfte informiert werden, dass ihnen schwerbehinderte beziehungsweise gleichgestellte Mitarbeiter*innen zugeordnet sind. Führungskräfte haben eine besondere Fürsorgepflicht für

die Gesundheit insbesondere behinderter Kolleg*innen.

Keiner kann alles wissen. Dafür ist der regelmäßige Austausch eine Notwendigkeit. Die Schwerbehindertenvertretung steht auch Führungskräften zur Klärung von Problemen bei Arbeitsplatzgestaltungen, Veränderungen der Arbeitszeiten, Beantragung von behinderungsbedingten Zuschüssen und vielem mehr zur Seite, wenn es um Schwerbehinderte geht – auch bei Wiedereingliederung nach längerer, krankheitsbedingter Abwesenheit.

Was sind BEM-Gespräche genau?

BEM bedeutet Betriebliches Eingliederungsmanagement. Die BEM-Gespräche sind im Sozialgesetzbuch IX vorgeschrieben. Sie gelten für alle Beschäftigten und sie sind für die Betroffenen freiwillig. Ziel ist es, durch entsprechende Maßnahmen die Gesundheit zu fördern und den Arbeitsplatz zu sichern. Sollte eine Kündigung erfolgen, ohne dass durch die Arbeitgeber*innen ein BEM-Gespräch angeboten wurde, kann die Kündigung rechtsunwirksam sein.

Beschäftigte, die innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen arbeitsunfähig erkrankt sind oder waren, haben das Recht auf ein BEM-Gespräch. Der Arbeitgebende muss dazu einladen. Beschäftigte entscheiden selbst darüber, wer daran teilnehmen darf. Das BEM-Gespräch kann auch abgelehnt werden. Man verschenkt jedoch damit die Möglichkeit, Probleme oder gewollte Änderungen am Arbeitsplatz anzusprechen. Diese Besprechungen sind vertraulich. Manchmal geht es auch um so einfache Dinge wie einen neuen ergonomischen Bürostuhl. Menschen mit Behinderungen benötigen hier oft besondere Hilfsmittel und Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz. Daher sollte die SBV von den Betroffenen einbezogen werden.

Oft aber bestehen Probleme für die Menschen mit Handicap, durch ihre Schwerbehinderung allen Anforderungen in der Arbeitswelt gerecht zu werden. Wir sind da, um auf die besonderen Anforderungen an die Arbeitsplätze für behinderte Menschen hinzuweisen und Änderungen durchzusetzen.

Über ihre Rechte sind viele nicht informiert, aber auch über ihre Pflichten nicht. Sowohl bei den Beschäftigten als auch bei



Waltraud Brandt (li.) mit Christoph Velten und Heike Schumann von der Schwerbehindertenvertretung der Stadt Köln.

einigen Führungskräften herrschen dort Defizite. Da kann die Schwerbehindertenvertretung helfen, Licht ins Dunkel zu bringen.

Werden auch Versammlungen der Schwerbehinderten durchgeführt?

Wir führen einmal im Jahr eine Versammlung für schwerbehinderte und gleichgestellte Beschäftigte durch. Auf dieser Versammlung werden die Themen besprochen, die sich in unserer täglichen Arbeit als sehr wichtig herausstellen und es werden Fragen beantwortet.

Wir bieten an, online oder in Präsenz teilzunehmen. Auch Menschen mit Seh-, Hör-, Sprachbehinderung wird die Teilnahme ermöglicht. Während der Versammlung werden Fragen per Mail oder persönlich gestellt, die wir gerne beantworten. Wir laden auch die Rentenversicherung, Jurist*innen, die Zusatzversorgungskasse (ZVK), Sozialverbände und andere zu Vorträgen in diese Versammlungen ein.

Wo seht ihr Schnittstellen zwischen SoVD und SBV?

Als Schwerbehindertenvertretung der Stadt Köln für die Dezernate OB/I/II/IX beraten wir behinderte oder chronisch erkrankte Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung bei betrieblichen und gesundheitlichen Belangen. Wir helfen ihnen bei der Antragstellung auf Schwerbehinderung (mit Gutachten, ärztlichen Unterlagen und so weiter) beziehungsweise bei dem Antrag auf Gleichstellung mit schwerbehinderten Menschen. Wir setzen uns für den Stellenerhalt und die individuelle Anpassung des Arbeitsplatzes sowie der Arbeitsabläufe ein. Unser Ziel ist es dabei, einen behindertengerechten Arbeitsplatz zu schaffen. Die Rechtsprechung hat hierfür den Fachbegriff des „leidensgerechten Arbeitsplatzes“ geprägt.

Das sind natürlich nur einige wenige Beispiele. Wichtig ist jedoch, dass wir vor allem beratend tätig sind und gegenüber Arbeitgeber*innen nichts erzwingen können. Auch können wir nicht für die Betroffenen tätig werden, wenn etwa nach einer Ablehnung eines Antrages auf Schwerbehinderung oder Gleichstellung eine Klage vor dem Sozialgericht nötig wird.

Hier sehen wir vor allem die Schnittstelle zu einem Sozialverband wie dem SoVD. Denn dieser kann hier auch juristischen Beistand bezüglich der Einforderung eines behinderungsgerechten Arbeitsplatzes leisten, wenn sich Arbeitgeber*innen nicht an diese gesetzliche Verpflichtung halten. Darüber hinaus kann der SoVD seine Mitglieder im Widerspruchsverfahren und bei einer Klage vor dem Sozialgericht vertreten.

Der SoVD ist für viele Menschen eine wichtige Anlaufstelle, nicht nur, aber auch für Menschen mit Behinderung. In Köln ist der SoVD mitten in der Innenstadt, also sehr gut erreichbar. Ihre Jurist*innen beraten und helfen ja in vielen Bereichen, die auch für die SBV und die Menschen, die wir vertreten, wichtig sind, zum Beispiel, wenn es um die Anerkennung von Behinderungsgraden geht.

Auch wir helfen und beraten in diesem Bereich. Bei uns haben der Stellenerhalt und die individuelle Anpassung des Arbeitsplatzes und der Arbeitsabläufe Priorität. Die Spannweite ist auch bei uns groß – von Hilfsmitteln bis zur psychologischen Unterstützung. Da gibt es einige Schnittmengen, aber natürlich auch Unterschiede. Aber der Einsatz für Menschen mit Behinderung und überhaupt das Engagement für soziale Gerechtigkeit, das eint uns auf jeden Fall.

Interview: Waltraud Brandt



Foto: WavebreakMediaMicro / Adobe Stock

Welche Hilfsmittel und welche Arbeitsabläufe können behinderten Beschäftigten in ihrem Alltag helfen? Auch mit solchen Fragen befasst sich eine Schwerbehindertenvertretung.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Kreisverband Lippe

SoVD-Kreisverband Lippe

Im „Liemer Krug“ in Lemgo wählten die Delegierten der Kreisverbandstagung Hans Koppmann zum Vorsitzenden des Kreisverbandes Lippe. Koppmann bedankte sich bei den Mitgliedern für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Seine Stellvertreter sind Horst Kuhlmann und Heinz-Friedrich Strate. Kreisschatzmeister ist Axel Böker, seine Stellvertreterin ist die frühere Kreisvorsitzende Gerda Müller, die dem Verband somit erhalten bleibt.

Weitere wichtige Ämter übernahmen Elisabeth Schmelzer (Kreisschriftführerin), Sabine Mügge (2. Kreisschriftführerin) und Hannelore Brinkmann (Kreisfrauensprecherin). Beisitzer*innen im Vorstand sind Gabriele Herbrechtsmei-

er, Brigitte Ost, Helmut Heide, Hans Tscherswieski, Thomas Rathmann, Dr. Ulrich Ketz und Cornelia Brakhage. Als Revisoren gewählt wurden Reinhold Nieden, Ulrich Quapp und Horst Wiebesieck.

Auch Ehrengäste nahmen an der Tagung teil. Zu diesen gehörte der Landrat des Kreises, Dr. Axel Lehmann. In seiner Festrede ging dieser auf die medizinische Versorgung vor Ort und deren Bedeutung ein.

Ebenfalls anwesend war der stellvertretende NRW-Landesvorsitzende Helmut Etkorn. Er war aus Münster angereist und würdigte in seiner Rede die Arbeit des SoVD auf Bundesebene und vor Ort. Etkorn ging auch auf die aktuelle Lage ein und sprach viele Themen an – von der Inflation und den hohen



Ortsverband Waltrop

Energiepreisen bis hin zum Fachkräftemangel und Problemen in der Pflege.

Gemeinsam mit dem neu gewählten Kreisvorsitzenden Hans Koppmann führte Helmut Etkorn zahlreiche Ehrungen durch. Eine Auszeichnung für seine 45-jährige Treue zum SoVD erhielt Heinz-Friedrich Strate. Worte der Anerkennung gab es auch für Hans Koppmann und den langjährigen Vorsitzenden des Ortsverbandes Asemissen/Leopoldshöhe, Ulrich Quapp: Beide schauen auf 20 Jahre ehrenamtliches Engagement zurück. Hannelore Brinkmann wurde eine Ehrung dafür zuteil, dass sie seit 25 Jahre Teil der SoVD-Gemeinschaft ist.

Ortsverband Waltrop

Der Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann (CDU) war zu Gast beim SoVD in Waltrop. Er stellte sich und seine Arbeit im Bundestag vor. Besondere Anliegen seien ihm die Clankriminalität sowie Angriffe auf Rettungskräfte und Polizei. Über beide Themen tauschten sich die Anwesenden aus.

Ortsverband Essen Süd / Ost / West

Anfang August informierte der Bundestagsabgeordnete Dirk Heidenblut (SPD) über das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz (PUEG). In der Buchhandlung „Proust“ beantwortete er auch Nachfragen. Im Verlauf der Diskussion wurde deutlich, dass dieses Gesetz in einigen Punkten noch besser werden muss – insbesondere mit Blick auf das Thema Pflegebedürftigkeit.

Ortsverband Marxloh

Mitte Juli veranstaltete der Ortsverband ein Sommergrillfest auf „Anjas Schützenhof“. Interessierte konnten sich dabei über die Arbeit und die Hilfsangebote des SoVD informieren. Nicht zuletzt zu dem



OV Essen Süd / Ost / West

Bei dem Vortrag wurden wertvolle Tipps gegeben, wo man Hilfe bekommen kann. Das kann für pflegende Angehörige zum Beispiel wichtig werden, wenn sie eine Vertretung benötigen, um neue Kräfte für ihre Arbeit zu schöpfen.

Ortsverband Heeren

Der Ortsverband unternahm Ende Juli eine Fahrt in den Thüringer Wald. Übernachtet wurde in einem Hotel in Ilmenau-Manebach. Die Reise führte unter anderem nach Erfurt, Arnstadt, Suhl und nach Oberhof, wo das dortige Wintersportzentrum besichtigt werden konnte. Als Reiseleitung fungierte die zweite Vorsitzende und Frauensprecherin Karin Clausing (auf dem Foto mit ihrem Hund).



Kreisverband Lippe



Ortsverband Recklinghausen-Suderwich



Ortsverband Marxloh



Ortsverband Heeren

5 Termine

Ortsverband Gelsenkirchen-Buer / Hassel / Beckhausen

18. Oktober, 17.30 Uhr: Mitgliederversammlung im Kolpinghaus, Hagenstraße 9-11, 45894 Gelsenkirchen-Buer.

Ortsverband Neuenrade

Jeden ersten Dienstag im Monat, 11 Uhr: Kaffeetrinken im Hotel Kaisergarten.

Ortsverband Waldbröl / Rupichterath-Oberberg

Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken in den Räumen der AWO Waldbröl, Schladerner Straße 10-12, 51545 Waldbröl.

Kreisverband Köln / Rheinland

14. Oktober, 11 Uhr: Vorstellung der Kreisfrauensprecherinnen und Diskussion zum Thema „Frauenaltersarmut“. DGB-Haus (Großer Sitzungssaal), Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln. Bitte bis zum 7. Oktober anmelden und Mitgliedsausweis mitbringen!

Anreise über Bahnhof Köln West, Hans-Böckler-Platz 2. Ausstattung für Barrierefreiheit. Von Hbf. Köln aus mit der Linie 5 in Richtung Friesenplatz bis Hans-Böckler-Platz. In beiden Fällen ist der Ausgang direkt am DGB-Haus. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an den Mobilitätsservice unter Tel.: 030/65 21 28 88 (Ortstarif) oder per E-Mail an: msz@deutschebahn.com.

Ortsverband Essen Süd / Ost / West

4. Oktober, 17 Uhr: Vortrag zu den Themen Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Buchhandlung Proust (Leseraum), Akazienallee / Am Handelshof 1, 45127 Essen.

Jeden ersten Mittwoch im Monat ab 17 Uhr: Stammtisch im Café Extrablatt in Rüttenscheid.

Kreisverband Bielefeld

21. Oktober, 10.30 Uhr: Treffen der 1. Vorsitzenden, Schatzmeister*innen, Frauensprecherinnen und Schriftführer*innen der Ortsverbände zur Optimierung der Zusammenarbeit. Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 135, 33607 Bielefeld. Eine persönliche Einladung wird noch versandt.

Ortsverband Wellensiek

26. Oktober, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. AWO-Mehrgenerationenhaus, Heisenbergweg 2, 33613 Bielefeld. Anmeldung bis zum 20. Oktober erbeten, Tel.: 05206/923 98 76 (Helga Sack).

Ortsverband Brackwede-Quelle

19. Oktober, 17 Uhr: Mitgliederversammlung. Gaststätte Taverne Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld-Quelle.

24. November, 15 Uhr: Jahresabschlussfeier. Gaststätte Taverne Sprungmann, Osnabrücker Straße 65, 33649 Bielefeld-Quelle. Anmeldung erforderlich!

Außensprechstunde in Bad Godesberg

Das SBZ Köln hält jeden zweiten Dienstag im Monat Termine nach Vereinbarung ab in Bad Godesberg.

Adresse: Offene Tür Dürenerstraße, Begegnung älterer Menschen e. V., Dürenerstraße 2, 53173 Bonn.

Sozialberatung

Sofern eine persönliche Beratung notwendig erscheint, können Mitglieder telefonisch Termine in den SoVD-Beratungszentren vereinbaren. Doch in vielen Fällen kann der SoVD NRW auch weiterhin telefonisch und per E-Mail beraten und konkret weiterhelfen!

Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211/38 60 30.

Alle weiteren Kontaktdaten und Informationen finden sich im Internet auf der SoVD NRW-Homepage unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren.

Monitoring- und Beschwerdestelle für Vorfälle in Heimen und Einrichtungen

Mehr Schutz vor Gewalt

Die Landesregierung richtete eine neue Monitoring- und Beschwerdestelle zum Thema Gewaltschutz ein. Diese soll für mehr Transparenz im Umgang mit freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Maßnahmen in Einrichtungen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz sorgen.

Angesiedelt ist die Stelle bei der Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen, Claudia Middendorf. Personen, die zum Beispiel in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung ar-

beiten oder in einem Alten- und Pflegeheim wohnen, bekommen damit eine neue unmittelbare Anlaufstelle auf Landesebene, an die sie sich bei Erfahrungen mit Gewalt wenden können.

Umgekehrt sind die Einrichtungen, die unter das Wohn- und Teilhabegesetz fallen, dazu

verpflichtet, entsprechende Vorkommnisse an die Monitoring- und Beschwerdestelle zu melden. Diese berichtet dem Landtag über die Ergebnisse.

Die Beschwerdestelle erreichen Sie per Tel.: 0211/855 44 99 oder auch per E-Mail: gewaltschutz@lbbp.nrw.de.



Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören und dem Verband die Treue halten! Der SoVD NRW gratuliert allen Geburtstagskindern und Jubilar*innen. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

KV Bielefeld: Gerhard Schmidtpott (90), Alfred Arlt (91), Ingeborg Stukenbrock (94), Elfriede Krampf (95), Melitta Sommerfeld (98).

KV Bochum-Hattingen: Ingeborg Bögner (93), Margret Gorzelitz (94).

KV Dortmund: Franz Ahr (90), Dorothea Kostrewa (90), Manfred Rosenbaum (90), Ingrid Martin (91), Edith Quick (92), Gustav Kossak (98), Ingeborg Reiffert (98).

KV Düsseldorf: Ursula Sachse (90), Edith Priebe (91), Heinz Meier (91), Elga Wilms (96).

KV Westliches Ruhrgebiet / Niederrhein: Margret Roelcke (94), Meta Szallies (95).

KV Essen: Waldemar Ullrich (95).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Gerhard Brockmann (90), Karl-Heinz Gaub (91), Karl-Heinz Pfeiffer (92), Ilse Lipka (103), Martha Korte (105).

KV Gladbeck: Dieter Fichtner (91).

KV Hamm-Unna: Manfred Pianka (90), Maria Weber (91), Hildegard Behrendt (92), Kurt Domröse (94), Alexander Steinwand (95), Maria Pyschny (97).

KV Herford: Helga Schlarmann (93).

KV Köln / Leverkusen / Rhein-Erftkreis / Aachen: Bruno Böhm (93), Elisabeth Andrae (94).

KV Lippe: Willi Jungemann (92).

KV Lübbecke: Helmut Mielke (91), Hermann Mallü (91), Elfriede Sander (91), Herta Bohne (92), Herbert Jodozy (92), Anneliese Knollmann (92), Inge Matthies (92), Gisela Zarembo (92), Anneliese Sudmann (93), Rosa Alhorn (95),

Ewald Bohne (95), Elfriede Winkelmann (98), Anneliese Winkelmann (98), Else Beneker (103).

KV Märkischer Kreis / Siegen-Olpe-Wittgenstein: Ruth Hoffmann (92), Margarete Menzel (93), Irmgard Neumann (95).

KV Minden: Kurt Schweizer (90), Anneliese Bohnenberg (92), Friedrich Meier (92), Annemarie Teßmer (92), Kurt Filbrandt (95), Anneliese Niemeyer (99).

KV Recklinghausen: Paul-Heinz Sander (90), Gisela Iser (91), Werner Pleuger (96), Maria Linnenbaum (98).

KV Witten: Werner Fieback (91), Agnes Hartung (91).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Margarete Hansmeier, Sigrun Prange (Bielefeld), Udo Balzer, Doris Möbus, Siegfried Waniek (Dortmund), Hans-Jürgen Borntäger (Westliches Ruhrgebiet), Rudolf Haschek (Herne), Herta Meier, Heinrich Rohlfing, Sophie Schwettmann, Wilhelm Wolter (Lübbecke).

45 Jahre: Rainer Völzke (Dortmund), Monika Schledermann (Westliches Ruhrgebiet), Gerd Röllke (Gütersloh), Elisabeth Hagemeyer, Hermann-Ludwig Kottmann, Anita Wedhorn (Lübbecke), Christian Daniel (Märkischer Kreis / Siegen-Olpe-Wittgenstein), Ilse Dalpke (Minden).

50 Jahre: Martin Stiefelmeier (Dortmund).

60 Jahre: Peter Reckordt (Gütersloh), Fredi Gröne (Hamm-Unna).

75 Jahre: Benno Trepnau (Gladbeck).

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211/38 60 30, Fax: 0211/38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovde-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211/38 60 30 14, E-Mail: m.veil@sovde-nrw.de.

Layout / Schlussredaktion: Redaktion der SoVD-Zeitung, Tel.: 030/72 62 22 141, E-Mail:

redaktion@sovde.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!

SoVD kritisiert undurchsichtige Abrechnungen von Pflegeheimen

Alte Menschen ohne Chance

Wer selbst auf Pflege angewiesen ist oder pflegebedürftige Angehörige hat, kennt das: Für die erhaltenen Leistungen muss ein bestimmter Eigenanteil gezahlt werden. Das tat auch SoVD-Mitglied Katharina Schütt. Dann aber fielen ihr hohe Beträge auf der Rechnung des Pflegeheimes auf.

Katharina Schütt aus Eutin ist sauer – und zwar auf das Pflegeheim, in dem ihr Mann Jörg eine Tagespflege besucht. „Das mit den Rechnungen hat immer gut geklappt. Die Pflegekasse hat einen Teil übernommen, den Rest habe ich gezahlt. Auf Rechnung.“

Doch im letzten Jahr wurde die 66-Jährige zum ersten Mal stutzig. Sie sagt: „Ich habe mich gefragt, was das für hohe Beträge für Investitionskosten sind. Es ging um meinen Beitrag bei der Kurzzeitpflege. Damit bin ich erstmal zur Kreisverwaltung.“

Die dortige Mitarbeiterin bestärkt Katharina Schütt in ihrem Zweifel. Die Investitionskosten hätten auf der Rechnung abgezogen werden müssen. Sofort wendet sich die gebürtige Dortmunderin an das Pflegeheim: „Ich habe da ordentlich Alarm gemacht. Sowas geht ja wohl gar nicht!“

Und wirklich: Nach und nach bekommt Katharina Schütt mehrere Gutschriften über die zu viel gezahlten Investitionskosten. Es kommen einige hundert Euro zusammen. Eine große Erleichterung für die Eutinerin. Doch es bleibt ein schaler Nachgeschmack. Schütt erklärt, was sie an dem Verhalten der Einrichtung stört: „Ich hatte nun Glück, dass mir die



SoVD-Mitglied Katharina Schütt aus Eutin setzt sich dafür ein, dass Abrechnungen von Pflegeheimen verständlicher werden.

Dame von der Kreisverwaltung geholfen hat. Das ist eigentlich gar nicht deren Aufgabe. Was machen die ganzen alten Leute im Pflegeheim, die solche Rechnungen erhalten? Da kann doch keiner nachvollziehen, ob das darauf stimmt oder nicht!“

In die gleiche Kerbe schlägt Alfred Bornhalm, Landesvorsitzender des SoVD Schleswig-Holstein: „Die Abrechnungen der Pflegeheime sind zum großen Teil sehr kompliziert und für Laien nicht verständlich formuliert. Das müsste viel einfacher verfasst werden.“ Außerdem fordere der SoVD mehr Anlaufstellen bei Fragen zu sol-

chen Abrechnungen. Bornhalm erläutert: „Nicht jeder kann sich einen Anwalt leisten. Eigentlich ist es die Aufgabe der Heimbetreiber selbst, die Fragen der Patienten und Angehörigen zu beantworten. Aber viele Betroffene erreichen dort niemanden in der Buchhaltung.“

Katharina Schütt jedenfalls wird auch künftig wachsam sein, wenn sie Rechnungen von Pflegeanbietern erhält. Sie bleibt kämpferisch: „Die privaten Heimbetreiber zahlen ihren Aktionären fette Dividenden, und bei den Patienten wird gespart. Dagegen muss der Staat unbedingt vorgehen!“

Projekt „Smart Surfer – fit im digitalen Alltag“ bietet Schulungen an

Souverän durchs Internet

Woran erkennt man „Fake News“ und wie kann man im Internet sicher einkaufen? Was für viele jüngere Menschen geläufig ist, stellt ältere Personen oft vor Probleme. Das Kooperationsprojekt „Smart Surfer – fit im digitalen Alltag“ soll für Aufklärung sorgen.

Das Smart-Surfer-Projekt wird federführend durch die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz koordiniert. Beteiligt an der länderübergreifenden Kooperation ist auch das Verbraucherschutzministerium Schleswig-Holstein.

Zur Zielgruppe gehören Menschen, die ohne Internet aufgewachsen sind. Somit sollen vor allem Verbraucher*innen der Generation 50 plus in ihrer digitalen Kompetenz gestärkt werden. Sie bekommen die Möglichkeit, unterschiedliche



Foto: goodluz / Adobe Stock

Auch Ältere können sich in der digitalen Welt zurechtfinden.

digitale Funktionen zu erlernen, um diese dann sicher und souverän im Alltag zu nutzen.

Unterstützt durch den Landfrauenverband Schleswig-Holstein tragen Multiplikator*innen das Wissen dann in die Fläche des Landes. Ergänzt werden diese regionalen Schulungen durch eine digitale Plattform, die über Themen wie „Einkaufen im Netz“ oder „Altersgerechte Assistenzsysteme“ informiert.

Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie online unter: www.smart-surfer.net.



Kommentar

Es wird kalt in Deutschland

Wie eine Kampfansage wirkte die Ankündigung des Bundesfinanzministers unmittelbar nach dessen „Verständigung“ mit der Familienministerin über die Einführung der Kindergrundsicherung. Der Bund werde mehrere Jahre keine große Sozialreform mehr finanzieren können – so seine Feststellung. Und die Tage später erfolgte Bekräftigung durch den Generalsekretär seiner Partei, macht aus einer Ankündigung quasi eine Tatsache: „Die Kindergrundsicherung ist die letzte große sozialpolitische Reform dieser Legislaturperiode.“

Dabei ist die von der Regierungskoalition vereinbarte Kindergrundsicherung nicht einmal ansatzweise das, was man von ihr erwarten durfte. Von einer Reform, die Kinder tatsächlich aus der Armut heraushilft, kann überhaupt nicht die Rede sein. Gerade deshalb ist die Ankündigung des Finanzministers bezeichnend. Es wird wohl nichts mehr nach vorne gebracht in unserem Sozialstaat!

Aber auch die Sprachlosigkeit der mitregierenden Parteien in diesen Tagen verrät, dass für viele wirtschaftlich und sozial benachteiligte Menschen – etwa ein Viertel unserer Gesellschaft – keine optimistisch stimmende Perspektive gezeichnet werden kann. Es ist wohl nichts zu erwarten. So, als gäbe es keine Baustellen in unserem Sozialstaat. Ganz so, als ob die Rente frei von enormen Anpassungsnotwendigkeiten wäre. Im Gegenteil, sie muss angepasst werden, denn die Rentendurchschnittsbeträge für Frauen, aber auch die für Männer, liegen unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze!

Als ob die Pflege gut organisiert wäre. Im Gegenteil, mehr als 2.500 Euro sind für jeden aufzubringen, wenn stationäre Pflege erforderlich wird. Damit werden fast alle Pflegeservice in Anspruch nehmende Menschen zu Taschengeldempfängern des Sozialamtes!

Als ob die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander ginge. Im Gegenteil, die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher!

Als ob überhaupt kein Anlass bestünde, die Steuerpolitik neu auszurichten und deutlicher als bislang die starken Schultern stärker zu belasten!

Es wird offensichtlich kalt in Deutschland. Unser sozialpolitisches Programm scheint die Politik nicht zu erreichen. Das ist bitter! Dabei müsste gerade in diesen Tagen gefragt werden, wie wir die Menschen erreichen, die sich nicht mitgenommen und nicht verstanden fühlen, jene, die scheinbar abgehängt wurden und Vertrauen in Parteien, Institutionen und Staat verloren haben und deshalb auch immer auffällender und offensichtlicher ganz bewusst auf individuelle demokratische Rechte verzichten und politischen Wahlen fernbleiben.

Alfred Bornhalm
Landesvorsitzender SoVD Schleswig-Holstein

Restaurants und Hotels im Norden sammeln Geld

Schutz der Meere

Saubere Strände und gesunde Meere – das wünschen sich Einheimische und Feriengäste für Nord- und Ostsee gleichermaßen. Mit einer kleinen Spende können die Menschen im Norden jetzt einen Beitrag für den Schutz der Meere leisten.

Jedes Jahr gelangen Millionen Tonnen Plastikabfall ins Meer und bedrohen die Lebewesen im Wasser. Die Spendenaktion „Gemeinsam MEER schaffen“ macht auf dieses Problem aufmerksam und sammelt zugleich Geld, um den Müll zu entfernen. Hierfür stehen seit September in vielen Hotels, Restaurants und Cafés Spendenboxen bereit. Mehr als 35 Einrichtungen im Norden beteiligen sich bereits an der Aktion. Wer also im Urlaub an Nord- oder Ostsee einen Kaffee trinkt oder gemeinsam mit der Familie essen geht, kann nun schnell und unkompliziert etwas zum Schutz der Meere und der Strände in Schleswig-Holstein beitragen.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Appen

Auf dem örtlichen Tag der Vereine präsentierte sich auch der Ortsverband Appen. Viel Anklang fand neben dem Informationsmaterial das Glücksrad für die Kinder. Im Laufe des Tages gab es sehr gute Gespräche über die Arbeit des SoVD, sodass der Ortsverband am Ende des Tages insgesamt sieben neue Mitglieder begrüßen konnte.

Ortsverband Aventoft

Zahlreiche Ehrungen gab es beim Sommerfest des Ortsverbandes Aventoft. Diese nahmen

die Vorsitzende Anne Petersen und ihre Stellvertreterin Maren Christiansen vor. Zu den Geehrten gehörte auch Julius Petersen für 25-jährige ehrenamtliche Mitarbeit und Schatzmeisterin Margrit Storjohann, die dem Vorstand seit 35 Jahren angehört.

Ortsverband Heiligenstedtenerkamp

Der Ortsverband Heiligenstedtenerkamp veranstaltete auch in diesem Jahr wieder sein beliebtes Sommerfest. Die drei „Herren vom Grill“ sorgten für leckeres Fleisch, dazu gab es

verschiedene Salate und Brot. Über 40 Mitglieder und Gäste nahmen an der geselligen Veranstaltung teil.

Ortsverband Geesthacht

Neues Zuhause für unseren Ortsverband in Geesthacht: Anfang August wurden die neuen Räumlichkeiten in der Rathausstraße 34 feierlich eingeweiht. Die Vorsitzende Waltraud Schymura präsentierte zusammen mit ihrer Frauenbeauftragten Ingrid Ahlers und der Schatzmeisterin Anne Niemand das neue Büro. Dabei beantworteten sie Fragen interessierter Gäste und informierten über zukünftige Veranstaltungen. Bei Gebäck und Getränken fanden sich anschließend langjährige und neue Mitglieder zu einem angeregten Austausch in angenehmer Atmosphäre zusammen.

Ortsverband Glückstadt

Über 40 Teilnehmer*innen des Ortsverbandes Glückstadt fuhren nach England. Allerdings nicht über den Ärmelkanal, sondern auf die Halbinsel Nordstrand ins Restaurant „England“, um Sandschollen zu essen. Nach der kulinarischen Stärkung ging es weiter nach Husum für eine individuelle Städtetour.

Ortsverband Nordschwansen

Mit einer eigenen Internetseite präsentiert sich seit Kurzem der Ortsverband Nordschwansen. Schauen Sie doch einfach mal rein unter: www.sovd-nordschwansen.de!

Ortsverband Kellinghusen / Hohenlockstedt

Knapp 50 Mitglieder des Ortsverbandes Kellinghusen/Hohenlockstedt brachen zu einem Ausflug in die Lüneburger Heide auf. Nach einem kulinarischen Grillspaß ging es anschließend mit Pferdekutschen in die Natur.

Ortsverband Lohe-Rickelshof

Rund 120 Mitglieder beginnen die 75-Jahr-Feier ihres Ortsverbandes Lohe-Rickelshof. Für dieses besondere Ereignis hatte der Vorstand um den Vorsitzenden Dieter Tange ein Grillbüfett organisiert, das keine Wünsche offen ließ.

Ortsverband Kiel-Elmschenhagen-Kroog-Wellsee

Rund 90 Mitglieder folgten der Einladung zum großen Sommerfest des Ortsverbandes. Bei allerbestem Sommerwetter erlebten sie – draußen und drinnen – einen schönen

Nachmittag. Nach dem Essen brachte der Shantychor „De Plattfisch“ Stimmung in die Runde. Mit zufriedenen Gesichtern und noch trockenen Füßen gingen die Mitglieder nach Hause.

Ortsverband Kronshagen

Das überwiegend schöne Wetter in den Sommermonaten nutzte der Ortsverband Kronshagen für zwei schöne Ausflüge. Eine Fahrt führte ins

Schallplattenmuseum nach Nortorf, die zweite dann ging zu den Probsteier Korntagen.

Ortsverband Lübeck-Schlutup

Beim örtlichen Flohmarkt in Lübeck-Schlutup mischte in diesem Jahr auch der SoVD-Ortsverband mit. Mit einem großen Stand wurden Sachspenden der Mitglieder verkauft und erfolgreich an den Mann oder die Frau gebracht.

Fortsetzung auf Seite 13



Ortsverband Appen



Ortsverband Aventoft



Ortsverband Geesthacht



Auszeichnungen

Das SoVD-Ehrenschild für 25-jährige Funktionärstätigkeit erhielt

Jutta Kühl
(Ortsverband Kiel Hassee-Russee).

Der Vorstand gratuliert herzlich.



Ortsverband Glückstadt



Ortsverband Kellinghusen / Hohenlockstedt



Ortsverband Kiel-Elmschenhagen-Kroog-Wellsee



Ortsverband Kronshagen



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Fortsetzung von Seite 12 Ortsverband Norderstedt

Nach vierjähriger Pause veranstaltete der Ortsverband Norderstedt wieder ein Grillfest. Mehr als 120 Mitglieder folgten der Einladung. Im Vordergrund standen dieses Mal die Eheleute Peter und Elke Oest: Auf Beschluss der Mitgliederversammlung wurde Peter Oest in Würdigung seines unermüdlchen Wirkens für den Ortsverband zum Ehrenvorsitzenden

ernannt. Elke Oest wurde für ihr langjähriges Wirken die Ehrenmitgliedschaft im SoVD verliehen. Das Ehepaar Oest zeigte sich sichtlich bewegt von der Ehrung und wünschte dem jetzigen Vorstand viel Erfolg bei der Fortsetzung seiner langjährigen Arbeit.

Ortsverbände Ratekau und Sereetz

Gemeinsam hatten die Ortsverbände Ratekau und Sereetz

ihre Mitglieder zu einer Veranstaltung rund um das Thema Kriminalitätsprävention eingeladen. Bei dem sehr gut besuchten Vortrag berichteten die Polizeidirektion Lübeck und der Weiße Ring unter anderem über die Gefahren des „Enkeltricks“ und warnten vor falschen Polizeibeamt*innen sowie ganz allgemein vor Schockanrufen.

Ortsverband Ratzeburg

Beim traditionellen Bürger- und Schützenfest in Ratzeburg war auch der Ortsverband mit von der Partie. Der gesamte Vorstand sowie die Kreisvorsitzende Astrid Kosiolek waren bei der Fahrt mit dem „Roten Bus“ dabei und konnten so den Bekanntheitsgrad des SoVD in Ratzeburg erheblich steigern.

Ortsverband Schafstedt

Über je einen Roland-Bären sowie eine SoVD-Warnweste freuten sich die Kinder der Grundschule Schafstedt zu ihrem Schulanfang. Mit dieser schönen Aktion überraschte der SoVD-Ortsverband auch in diesem Jahr die Kinder der ersten Klassen.

Ortsverband Schleswig

Der Ortsverband Schleswig wählte im Rahmen der Jahreshauptversammlung Hannelore Zimmermann zur neuen Frauensprecherin. Im Anschluss wurden langjährige Mitglieder geehrt. Ein Vertreter des Betreuungsvereins Kropp informierte zudem in einem Vortrag über die Patientenverfügung.

Ortsverband Wanderup

Eine Tagesfahrt zu „James Farm“ in Hörup unternahm der Ortsverband Wanderup. Nach einer Führung gab es eine Verkostung, anschließend ging es ins Nolde-Museum.

Ortsverband Witzwort

Die 75-Jahr-Feier des Ortsverbandes Witzwort war gut besucht. Neben dem Landesvorsitzenden Alfred Bornhalm gab sich unter anderem auch

Bürgermeister Jan Sievers die Ehre. Highlight des schönen Nachmittages war der Auftritt eines Shantychores.

Ortsverband Zarpfen

Die Mitglieder des Ortsverbandes Zarpfen sahen sich die eindrucksvollen Strohhfiguren in der Probstei an. Die Rundfahrt endete am Museumsbahnhof in Schönberg, wo sich die Teilnehmenden die Historie der Straßenbahn erläutern ließen.



Ortsverband Lübeck-Schlutup



Ortsverband Norderstedt



Ortsverbände Ratekau und Sereetz



Ortsverband Ratzeburg



Ortsverband Schleswig



Ortsverband Witzwort



Ortsverband Wanderup



Ortsverband Schafstedt



Ortsverband Zarpfen

Mitgliederwerbung

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen des Monats September sind:

- Ali Ücuncü (Kreisverband Stormarn)
- Bettina Grün (Kreisverband Dithmarschen)
- Andreas Krekow (Kreisverband Lauenburg)
- Peter Rhode (Kreisverband Kiel)
- Rüdiger Carstens (Kreisverband Lübeck)
- Klaus Reimer (Kreisverband Neumünster)
- Elfriede Jacobs (Kreisverband Nordfriesland)

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir Monat für Monat neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der SoVD hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 engagierte Mitstreiter*innen.

Für das Jahr 2023 lautet unser Wahlspruch:

**„Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft.
Werden Sie Mitglied!“**

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot, die persönliche Arbeit seiner ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und sein unermüdliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Der Landesvorstand dankt allen Werbenden herzlich für ihren Einsatz und bittet sie darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken!



Interview

„Jeder hat eine eigene Aufgabe“

Antje Hüttmann ist seit 2018 Vorsitzende im Ortsverband Neustadt (Holstein). Im Interview verrät sie, wie sie an dieses Ehrenamt gekommen ist und wie ihre tägliche Arbeit aussieht.

___Hallo Frau Hüttmann, warum bringen Sie sich ehrenamtlich ein?

Sozial engagiert bin ich bereits seit meiner Jugend, zum Beispiel im Handballverein. Mir ist es einfach wichtig, Menschen zu unterstützen. Im SoVD bringen wir zum Beispiel teils einsame Menschen zusammen. Oder wir stellen den Kontakt zur Sozialberatungsstelle in Eutin her. Die meisten Menschen sind sehr dankbar. Das gibt mir viel zurück.

___Und wie sind Sie ausgerechnet zum Sozialverband gekommen?

Mitglied geworden bin ich 2016, weil ich selbst ein sozialrechtliches Problem hatte. Dass ich dann so schnell Vorsitzende hier im Ortsverband werden würde, war nicht geplant (sie lacht). Aber der SoVD hier in Neustadt stand 2018 kurz vor der Auflösung, weil der bisherige Vorstand nicht weiter gemacht hat. Deswegen habe ich mich bereit erklärt, den Vorsitz zu übernehmen. Dann kamen noch weitere Mitglieder aus der Deckung, sodass wir sofort einen funktionierenden Vorstand zusammenbekommen haben.

___Welche Rolle spielt der SoVD bei Ihnen in Neustadt?

Mittlerweile hat sich rumgesprochen, dass wir regelmäßig Veranstaltungen organisieren. Da bringen Mitglieder auch schon einmal Freunde und Bekannte mit. Das heißt: Wir führen Menschen zusammen. Auch Menschen, die sonst kaum jemanden haben.

Ein weiteres Highlight für viele sind unsere Reisen, die ich gemeinsam mit meinem Mann organisiere. Wir achten besonders darauf, dass auch Menschen mit Behinderung im Bus mitfahren können. Das kommt gut an – und führt sicherlich dazu, dass wir hier regen Zulauf haben. Mittlerweile sind rund 650 Menschen Mitglied im SoVD Neustadt.

___Was genau sind Ihre Aufgaben als Vorsitzende?

Vor allem die Koordination und Organisation. Mir ist es wichtig, dass jeder im Vorstand seine eigenen Aufgaben hat. Außerdem entscheiden wir am Ende gemeinsam – deswegen treffen wir uns im Vorstand auch regelmäßig.

Darüber hinaus bin ich als Vorsitzende vor allem für die Kontakte im Ort verantwortlich. Etwa zu



Der Ortsverbandsvorsitzenden Antje Hüttmann ist es wichtig, dass Entscheidungen im Vorstand gemeinsam getroffen werden.

anderen Organisationen oder der Stadt. Und ich kümmere mich darum, dass unsere Mitglieder aktuelle Informationen erhalten.

___Und wie viel Zeit geht dabei für Ihr Ehrenamt drauf?

Das ist sehr unterschiedlich. Es gibt Wochen, da benötige ich nur eine Stunde. Wenn etwas Größeres ansteht, können aber auch mal zwölf Wochenstunden draus werden. Aber das Gute am Ehrenamt ist ja: Ich entscheide zu einem guten Teil selbst, was ich mache.

___Das ist ein gutes Stichwort. Es gibt doch bestimmt auch Dinge, die nicht so schön sind, oder?

Na klar. Ich würde mir zum Beispiel wünschen, dass wir im SoVD noch schneller etwas moderner werden. Gerade im Bereich der Kommunikation. Da kommen Infos vom Landesverband manchmal sehr spät an. Wir müssen digitaler werden. Aber gleichzeitig sicherstellen, dass gerade die älteren Mitglieder mitgenommen werden.

Außerdem musste ich 2018 erfahren, dass der Einstieg ins Ehrenamt recht schwer sein kann. Da könnte der Verband mehr unter die Arme greifen – etwa mit

noch mehr Schulungsveranstaltungen.

___Das geben wir gern nach Kiel weiter. Was sind denn umgekehrt die Höhepunkte Ihres Ehrenamts?

Das sind die überaus positiven Rückmeldungen nach unseren Reisen und Veranstaltungen. Wenn sich die Leute mit strahlenden Augen verabschieden. Da merkt man immer, wie wichtig unsere Arbeit hier vor Ort ist.

___Noch ein Wort zu Corona: Wie sind Sie mit Ihrem Ortsverband durch diese schwere Zeit gekommen?

Das war bei uns in Neustadt sicherlich eine besondere Situation. Denn meine Familie ist gleich am Anfang selbst schwer an Corona erkrankt. Wir hatten in dieser Zeit noch weitere gesundheitliche Herausforderungen zu bewältigen. Von daher war die Corona-Zwangspause für uns persönlich sogar von Vorteil. Weil wir uns um uns kümmern konnten.

Der Arbeit hier vor Ort hat das nicht geschadet. Als es wieder losgehen konnte, waren wir wieder da. Und die Menschen kommen genauso wie vor Corona zu unseren Veranstaltungen.



Personalien

„Ich bin hier sehr gut aufgenommen worden“

Seit Juni arbeitet Mirja Schmidt am Empfang der Landesgeschäftsstelle des SoVD in Kiel. Die Rechtsanwalts- und Notargehilfin freut sich über ihre neue Aufgabe im größten Verband Schleswig-Holsteins: „Ich bin hier von den Kolleginnen und Kollegen wirklich gut aufgenommen worden und arbeite sehr gern für den SoVD. Bei über 160.000 Mitgliedern ist natürlich manchmal ganz schön was los, gerade am Telefon. Aber die Arbeit ist sehr vielseitig und macht mir richtig viel Spaß!“



Mirja Schmidt

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Detlef Meyer,
langjähriger Revisor im Ortsverband Averlak-Blangenmoor,

Erich Wollenberg,
langjähriger Vorsitzender im Ortsverband Reinbek.

Wir werden den Verstorbenen immer ein ehrendes Gedenken bewahren.

www.sovd-sh.de



Foto: Jenny Sturm / Adobe Stock